E&W
Erziehung & Wissenschaft 07-08/2021
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

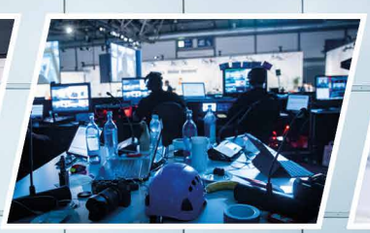
GEW

29. Gewerkschaftstag | 9.– 11. Juni 2021 | Leipzig

Bildung. Weiter denken!

GEW

Bildung krisenfest machen



MAIKE FINNERN

Foto: Kay Herschelmann

Chancengleichheit für alle!

Das Motto unseres Gewerkschaftstages 2021 „Bildung. Weiter denken!“ ist eine gute Überschrift für das, was ich in den kommenden Jahren als unsere gemeinsame Aufgabe sehe: Wir denken Bildung weiter und verpflichten die Politik, Bildung weiterzudenken und zu handeln. Die Pandemie hat deutlich gemacht, was die dringende Aufgabe ist: Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen. Bildung ist keine Ware, sie ist Voraussetzung für ein gutes Leben unabhängig von Geldbeutel und Herkunft, für echte Teilhabe in unserer demokratischen Gesellschaft. Chancengleichheit durch Bildung verlangt gute Arbeitsbedingungen für alle in Bildungseinrichtungen Beschäftigten. Um Chancengleichheit und gute Arbeitsbedingungen zu erreichen, muss nachhaltig in Bildung investiert werden.

Bildung impliziert die unbedingte Verpflichtung zur Nachhaltigkeit und Demokratie, nur dann kann Chancengleichheit entstehen. Die Klimakrise und deren Auswirkungen sind ganz grundlegend eine Frage der Gerechtigkeit. Wenn es uns nicht gelingt, mit Bildung einen Grundstein für mehr soziale Gerechtigkeit zu legen, dann ist die Klimaveränderung größter sozialer Sprengstoff und sorgt dafür, dass es Menschen gibt, die sich Klimawandel leisten können, und auf der anderen Seite ganz viele, die durch ihn alles verlieren.

Für Lernende ist Verlässlichkeit nötig, damit sie ihren Bildungsweg planen und gestalten können. Das heißt, Schulbildung und Studium auf Wunsch dort zu beenden, wo man begonnen hat, und eine verlässliche Finanzierung des Studiums. Bildung braucht zudem zwingend verlässliche Arbeitsbedingungen. Bei der Nachmittagsbetreuung, im offenen Ganztag sowie in der Weiterbildung wird häufig mit Honorar- oder Kleinstverträgen gearbeitet, unter Tarif entlohnt, die Arbeitsbedingungen sind prekär. Die Überlast in den Schulen ist groß, so dass viele nicht bis zum Rentenalter durchhalten. Allen voll ausgebildeten Lehrkräften steht das gleiche Eingangsamt zu. Seiten- und Quereinsteiger*innen verdienen verlässliche Perspektiven und Qualifizierungen. Wenn an Hochschulen solide wissenschaftlich gelehrt und geforscht werden soll, dann braucht es dafür Zeit und das verlässliche Wissen, davon leben zu können.

Chancengleichheit braucht Respekt gegenüber den Lernenden, sie sollen ihre Persönlichkeit durch Bildung entwickeln, dafür benötigen sie zugleich Strukturen und Freiheit für ihren eigenen Weg. Chancengleichheit heißt Respekt gegenüber allen Beschäftigten, egal ob sie mit kleinen Kindern, Jugendlichen oder Erwachsenen arbeiten, egal in welchem Beschäftigungsverhältnis sie sich befinden.

Chancengleichheit benötigt Ressourcen, viel mehr Ressourcen als derzeit. Der DGB hat mit seinen Mitgliedsgewerkschaften ein Steuerkonzept entworfen, das diejenigen, die starke Schultern haben, beispielsweise durch eine Vermögensabgabe und Anhebung des Spitzensteuersatzes mehr in die gesellschaftliche Pflicht nimmt. Das Kooperationsverbot, das finanzielle Leistungen des Bundes für Bildung befristet und Investitionen in Personal ausschließt, muss endlich komplett fallen. Bund, Länder und Kommunen müssen sich als Verantwortungsgemeinschaft für Bildungsfinanzierung verstehen. Aus einer Krise kann man sich nicht heraussparen, man muss aus ihr herauswachsen. Das Festhalten an der Schuldenbremse ist falsch. Gut finanzierte Bildung ist das Rückgrat unserer demokratischen Gesellschaft und eines pluralistischen und antifaschistischen Staats.

Chancengleichheit braucht Solidarität. Alle profitieren von guter Bildung. Daher setze ich auf die Solidarität mit den Beschäftigten im Bildungsbereich und für eine auskömmliche Bildungsfinanzierung.

Für mich heißt „Bildung. Weiter denken!“ Gerechtigkeit, Verlässlichkeit, Respekt, Ressourcen und Solidarität. Mit diesen Forderungen wird die GEW sich einbringen.

Maike Finnern,
GEW-Vorsitzende

Inhalt

GEW-Kommentar
Chancengleichheit für alle! Seite 2

Impressum Seite 3

Auf einen Blick Seite 4

Prämie des Monats Seite 5

Schwerpunkt: 29. GEW-Gewerkschaftstag 2021
1. Großveranstaltung Online-Gewerkschaftstag: Leipzig – hat kein Problem Seite 6
2. Wahl des Geschäftsführenden Vorstands: Drei „Alte“, fünf „Neue“ Seite 8
3. Leitantrag „Bildung krisenfest machen“: Bildungssystem stärken Seite 12
4. Große Mehrheit verabschiedet den Antrag „Aktiv gegen Rechts“ Seite 13

Schule
1. Kompetenzen in der Corona-Pandemie: Mehr als Noten und Prüfungen Seite 14
2. Virologin Jana Schroeder: Hat die Bildungspolitik in der Pandemie versagt? Seite 16
3. Lehrkräfte mit ausländischen Abschlüssen: Berufserfahrung wird nicht gewürdigt Seite 26
4 Dita Vogel zum Projekt TraMiS: Lernen in vielen Sprachen Seite 30
5. Deutscher Schulpreis zeichnet sieben Schulen aus: Mehr Nähe auf Distanz Seite 32
6. GEW-Studie „Digitalisierung im Schulsystem“: Viele drehen am Rad Seite 34

Hochschule
1. Anti-Klassismus-Referate: Arbeiterkinder aller Hochschulen, vereinigt euch! Seite 18
2. Diskussion um die Einführung des Department-Modells: Sägen am Lehrstuhl Seite 25

Hintergrund: 50 Jahre BAföG
1. Prof. Rolf-Dieter Postlep zum BAföG: „Eine echte soziale Errungenschaft“ Seite 20
2. Die Geschichte des BAföG: Einst Motor für mehr Chancengleichheit Seite 22
3. Bundesverwaltungsgericht zum BAföG: Zweifel an Verfassungsmäßigkeit Seite 24

Frauen
Netzwerk F_in debattiert über Frauen im Fußball: Frauenquote – und dann? Seite 29

Gesellschaftspolitik
Lehrkräfteinitiative #TeachOut: Queere Vielfalt sichtbar machen Seite 36

Jugendhilfe und Sozialarbeit
Landes-Kita-Gesetze: „Richtig inklusiv ist das nicht“ Seite 38

Berufliche Bildung/Weiterbildung
Lehrkräfte in Berufssprachkursen: Widerstand gegen „Zwangsfortbildung“ Seite 40

fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit
Schulprojekte während der Pandemie: Video-Event statt Schoko-Verkauf Seite 42

GEW-Intern
1. Fotografin Inge Werth: 90 Jahre – neue Ziele Seite 44
2. Nachruf auf Prof. Tilman Westphalen Seite 44

Mitgliederforum Seite 45

Diesmal Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 73. Jg.

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Maike Finnern
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redaktion: Jürgen Amendt
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
katja.wenzel@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.
Nachdruck, Aufnahme in Onlinedienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträger der „Erziehung und Wissenschaft“ auch auszugsweise nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Die E&W finden Sie als PDF auf der GEW-Website unter:
www.gew.de/eundw.
Hier wird die E&W auch archiviert.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann GmbH
Kurhessenstraße 14
60431 Frankfurt am Main

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 01.01.2019,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH unter
www.presse-monitor.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Aktuelle Infos zur Corona-Pandemie
www.gew.de/corona

#IchbinHanna

Auf Twitter ist eine Debatte über das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) entbrannt. Unter dem Hashtag #IchbinHanna kommentierten Nutzerinnen und Nutzer ein Erklärvideo des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) zum WissZeitVG und machten auf ihre unsicheren Beschäftigungsbedingungen aufmerksam.

In dem Erklärvideo des BMBF werden am Beispiel einer fiktiven jungen Wissenschaftlerin namens Hanna das Gesetz und seine Auswirkungen verteidigt: Die durch das Sonderbefristungsrecht ermöglichte umfassende Befristungspraxis in der Wissenschaft wird als notwendige Voraussetzung für Innovation dargestellt. Zudem wird von der Gefahr der „Systemverstopfung“ gesprochen, sollte man Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Normalarbeitsverhältnisse anbieten. Mit dem Hashtag #IchbinHanna entstand auf Twitter eine Gegenbewegung. Initiiert wurde #IchbinHanna von Amrei Bahr, Kristin Eichhorn und Sebastian Kubon. Der GEW-Hochschulexperte Andreas Keller forderte auf Twitter Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) zu einem Kurswechsel auf.

Neues Führungstrio

Foto: GEW Hamburg

Yvonne Heimbüchel, Sven Quiring, Bodo Haß (v. li. n. re.)

Die GEW Hamburg hat ein neues Führungsteam. Nachdem die Mitglieder bereits Ende Mai Sven Quiring, Yvonne Heimbüchel und Bodo Haß auf einem Online-Gewerkschaftstag zu ihren neuen Vorsitzenden gewählt hatten, ist das Trio Anfang Juni in einer Briefwahl bestätigt worden.

Die bisherige Landesvorsitzende Anja Bensinger-Stolze und ihr Stellvertreter Fredrik Dehnerdt konnten nicht mehr zur Wahl antreten. Einem Rotationsbeschluss der GEW Hamburg zufolge dürfen Vorsitzende den Landesverband maximal zwei Amtszeiten, also acht Jahre führen. Dehnerdt ist nun angestellter Pressereferent bei der GEW Hamburg, Bensinger-Stolze leitet jetzt den Vorstandsbereich Schule der GEW (s. Seite 8 ff.).

HBS startet Mitbestimmungskampagne

Unter dem Titel „Mitbestimmung sichert Zukunft“ hat die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) eine Kampagne zur Stärkung der Mitbestimmung gestartet. Anlässe seien, so die HBS in einer Mitteilung, die Bundestagswahl im Herbst und der 70. Geburtstag der Montanmitbestimmung im Juni dieses Jahres. Seit 1951 regelt ein Gesetz in Unternehmen aus der Kohle- und Stahlbranche die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten. Die Montanmitbestimmung gilt als Vorbild für die Vertretungsrechte der Beschäftigten in anderen Branchen. Rund 200 Unternehmen in Deutschland umgehen laut Untersuchungen der HBS derzeit die paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat durch juristische Tricks. Damit würden in Unternehmen mit mehr als 2.000 inländischen Beschäftigten mindestens 2,1 Millionen Beschäftigten ihre Mitbestimmungsrechte vorenthalten.

Neue GEW-Spitze in Berlin

Foto: Fotostudio Charlottenburg

Tom Erdmann, Martina Regulin

Die Landesdelegiertenversammlung der GEW Berlin hat Martina Regulin und Tom Erdmann zum neuen Vorsitzendenteam gewählt. Die Veranstaltung fand aufgrund der Corona-Pandemie rein digital statt. Regulin folgt Doreen Siebernik nach, die beim Gewerkschaftstag der GEW in Leipzig in den Geschäftsführenden Vorstand der GEW auf Bundesebene gewählt wurde (s. Seite 8 ff.). Regulin leitete bislang den Vorstandsbereich Hochschule und Lehrer*innenbildung in der Berliner GEW. Erdmann ist bereits seit 2015 Co-Vorsitzender des Landesverbandes.

Gegen Antisemitismus

Die Bekämpfung von Antisemitismus an Schulen in Deutschland soll verstärkt werden. Dazu haben die Kultusministerkonferenz (KMK), der Zentralrat der Juden in Deutschland und die Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten im Juni eine gemeinsame Empfehlung beschlossen. In dieser gibt es unter anderem Hilfestellungen für Lehrkräfte. So werden Unterschiede zwischen politischem, sozialem, religiösem und rassistischem Antisemitismus erklärt. Empfohlen wird in dem Papier auch, dass neben der zwingend nötigen Bearbeitung des Themas Holocaust im Geschichtsunterricht „das Judentum im Unterricht nicht auf die Themen der Verfolgung und Schoah sowie die Opfer-Perspektive reduziert wird“. In der Lehrerbildung wird zudem eine intensivere Vermittlung von Kenntnissen zu Antisemitismus, Judentum sowie jüdischer Geschichte und Gegenwart gefordert.

Neuer DSW-Generalsekretär

Foto: privat

Matthias Anbuhl

Matthias Anbuhl wird neuer Generalsekretär des Deutschen Studentenwerks (DSW). Er wurde im Juni auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung von den Delegierten der Studenten- und Studierendenwerke gewählt und wird ab 1. Oktober 2021 Achim Meyer auf der Heyde als Generalsekretär ablösen, der das Amt seit Oktober 2003 innehatte und nun aus Altersgründen ausscheidet. Anbuhl leitete von 2003 bis 2008 das Parlamentarische Verbindungsbüro der GEW in Berlin; seit 2009 ist er Leiter der Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB).

Beitragsanpassung

Nachdem der Gesetzgeber die Rentenwerte in den östlichen Bundesländern zum 1. Juli 2021 um 0,72 Prozent erhöht hat, werden jetzt die Beiträge für die Rentnerinnen und Rentner in den Ost-Landesverbänden der GEW zum 1. Juli entsprechend angepasst.

Nick Strauss, Schatzmeister der GEW

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwarten Sie vier CinemaxX-Gutscheine.*

Prämie des Monats Juli/August:

Vier CinemaxX-Gutscheine

Lachen, weinen, zittern, schmachten, erschrecken ...
Auch große Emotionen sind im Kollektiv am schönsten.
Vier Frei-Tickets für 30 CinemaxX-Kinos bundesweit.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name _____ GEW-Landesverband _____

Straße/Nr. _____ Telefon _____ Fax _____

PLZ/Ort _____ E-Mail _____

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Juli/August 2021/CinemaxX-Gutscheine

Leipzig – hat kein Problem

Fotos: Kay Herschelmann

// Zwei kleine Wackler, einer zu Beginn des ersten Online-Gewerkschaftstages der GEW, einer zum Ende. Das war's: Die Technik erlaubte einen reibungslosen Ablauf der Großveranstaltung mit über 500 Delegierten und Gastdelegierten. Die Fußball-Nationalmannschaft Deutschlands wäre froh, wenn ihre Abwehr 90 Minuten lang so sicher stehen würde. In der Leipziger Messehalle hielt das Techniktool „OpenSlides" drei Tage durch! Geglückte Premiere. Leipzig – hatte kein Problem. //

Wegen des Online-Formats ist der 29. Gewerkschaftstag der GEW, der unter dem Motto „Bildung. Weiter denken!" stand, Mitte Juni auf drei Tage verkürzt worden. Es war ein Wahl-Gewerkschaftstag. Und es wurde kräftig gewählt. Fünf „Neue" werden im achtköpfigen Geschäftsführenden Vorstand in den nächsten vier Jahren die Geschicke der Bildungsgewerkschaft mitlenken. An der Spitze: Maike Finnern, bisher Vorsitzende der GEW Nordrhein-Westfalen. Die 52-jährige Lehrerin löst Marlis Tepe ab, die nach acht Jahren im Amt aus Altersgründen nicht wieder kandidiert hatte (s. Seite 8 ff.).

Stichwort Umbruch: Den gab es nicht nur im Vorstand, sondern auch an anderen Stellen, wenn sich dies auch teilweise noch etwas hinter den Kulissen abspielte: Die jungen und jüngeren GEW-Aktiven rücken nach. Insbesondere Frauen holen sich ihren Teil des Himmels. Und das ist gut so! Sichtbar wurde diese Entwicklung etwa bei der Zusammensetzung der Antragskommission und des Präsidiums, das den Gewerkschaftstag mit ruhiger Hand souverän leitete und das Schiff elegant an mancher Klippe vorbei navigierte.

Zwei zentrale Beschlüsse haben die Delegierten dann aber doch noch am letzten Tag gefasst. Der Leitantrag „Bildung krisenfest machen" des Hauptvorstandes ist eine Reaktion auf die Corona-Krise, die das gesamte Bildungssystem auf den Prüfstand gestellt hat. Er fasst die wichtigsten Forderungen der GEW für alle Bildungsbereiche vom Fachkräftemangel über den Sanierungsstau bei den Gebäuden und der digitalen Infrastruktur bis zur Unterfinanzierung des Gesamtsystems kurz und knackig zusammen. Wichtig war den Delegierten, zusätzlich zu dem professionsbezogenen Leitantrag auch eine Position zu einem gesellschaftspolitisch relevanten Thema zu verabschieden. „Aktiv gegen Rechts" setzt sich mit dem erstarkenden Rechtspopulismus und -radikalismus

auseinander, beschreibt einen Katalog notwendiger Maßnahmen und enthält die Selbstverpflichtung der GEW, sich weiter intensiv mit dem Thema zu beschäftigen (s. Seite 12 f.). Zudem fassten die Delegierten viele Beschlüsse, ohne dass diese diskutiert worden sind: Für dieses Vorgehen hatte die Antragskommission eine Liste sogenannter unstrittiger Anträge erarbeitet. So gab es beispielsweise einen wichtigen Beschluss zum Thema Bildungsfinanzierung, an dem die GEW mit der Initiative „Bildung. Weiter denken!“ seit ein paar Jahren verstärkt arbeitet. Da aber trotzdem viel Inhaltliches auf der Strecke bleiben musste und viele Debatten nicht geführt werden konnten, wird es im nächsten Jahr vom 21. bis 24 Juni einen „Antrags- und Beschlussgewerkschaftstag“ geben. Wieder in Leipzig. Dann aber hoffentlich als Präsenzveranstaltung.

Und die Medien? Haben sie sich für den Gewerkschaftstag interessiert? Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) hat mit Blick auf die Vorstandswahl durch ein großes Interview mit der neuen Vorsitzenden für eine bundesweit laufende Berichterstattung gesorgt. Bayerischer Rundfunk (br) und Mitteldeutscher Rundfunk (mdr), RTL sowie die Leipziger Volkszeitung beispielsweise sind auch ins Geschäft eingestiegen. Direkt nach dem Gewerkschaftstag haben viele Medien, etwa der Focus, das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND), die Funke-Mediengruppe, der Evangelische Pressedienst (epd), der Hessische Rundfunk (hr) oder die taz, die Chance genutzt und Gespräche mit Finnern geführt. Die neue Vorsitzende hat gegenüber diesen Medien ihre Hauptbotschaften platziert. Sie wolle sich für mehr Chancengleichheit in der Bildung einsetzen, betonte Finnern. Dafür sei es dringend notwendig, dass Bund, Länder und Kommunen in einem Schulterschluss deutlich mehr Geld in die Bildung investieren. Die Corona-Pandemie habe die Schwächen des Bildungssystems in Deutschland wie durch ein Brennglas überdeutlich sichtbar gemacht (s. Seite 12). Sie steht damit in Kontinuität zu ihrer Vorgängerin Marlis Tepe. Der Spiegel veröffentlichte zur Staffelübergabe von Tepe auf Finnern ein großes Bilanz-Interview mit der scheidenden Vorsitzenden.

Ulf Rödde,
Redaktionsleiter der „Erziehung und Wissenschaft“

Die Online-Berichterstattung über den Gewerkschaftstag der GEW finden Sie auf der GEW-Website unter: www.gew.de/gewtag21.

Drei „Alte“, fünf „Neue“

// Während des Online-GEW-Gewerkschaftstages vom 9. bis 11. Juni in Leipzig hat die GEW einen neuen Vorstand gewählt. Dabei wurden drei der acht Vorstandsposten neu besetzt, weil die Amtsinhaberinnen und -inhaber nicht wieder antraten. Bei zwei weiteren setzten sich Gegenbewerberinnen und -bewerber gegen die amtierenden Vorstandsmitglieder durch. //

Maike Finnern

Ihre bildungs- und tarifpolitischen Forderungen wird die GEW in den kommenden vier Jahren mit Maike Finnern an der Spitze voranbringen. Die Realschullehrerin erhielt beim ersten Online-Gewerkschaftstag der GEW 94,3 Prozent der Stimmen der Delegierten. Finnern, bisher Landeschefin in Nordrhein-Westfalen (NRW), tritt die Nachfolge von Marlis Tepe an, die nach acht Jahren an der Spitze der GEW aus Altersgründen nicht wieder kandidierte.

Die 52-Jährige kündigte als ein Schwerpunktthema den Kampf gegen Ungerechtigkeiten im Bildungssystem an: „Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen muss das Leitmotiv der Bildungs- und Jugendpolitik sein. Bildungserfolg darf nicht vom soziokulturellen und ökonomischen Hintergrund des Elternhauses und Umfeldes abhängen.“ Damit mehr Geld in Bildung fließen kann, will die neue Vorsitzende zudem das Kooperationsverbot in der Bildung endlich komplett streichen.

Fotos: Kay Herschelmann

Maike Finnern

Finnern war als Lehrerin für Deutsch und Mathematik zuletzt Zweite Konrektorin der Realschule in Enger/Kreis Herford und viele Jahre als Personalrätin im Bezirk Detmold sowie im Hauptpersonalrat beim Schulministerium in Nordrhein-Westfalen tätig. Von 2011 bis 2019 war sie stellvertretende Vorsitzende der GEW NRW und seit Mai 2019 Landesvorsitzende.

Anja Bensinger-Stolze

Der Organisationsbereich Schule wird künftig von Anja Bensinger-Stolze geleitet. Die Hamburger Lehrerin setzte sich mit 55,5 Prozent der Stimmen gegen Ilka Hoffmann durch. Hoffmann stand diesem Bereich acht Jahre lang vor.

Bensinger-Stolze, die von 2013 bis zum Mai 2021 Vorsitzende der GEW Hamburg war, betonte in ihrer Rede ebenso wie Hoffmann die Bedeutung der Inklusion für die Bildungspolitik. „Wir brauchen ein gemeinsames Vorgehen bei schulischer Inklusion“, sagte die 57-Jährige. Dazu müssten alle Akteure – von den Bundesfachgruppen über die Ausschüsse bis zu den Landesverbänden – in Debatten und Entscheidungen mit einbezogen werden. Gegenüber der Kultusministerkonferenz (KMK), die, wie sich in der Corona-Pandemie gezeigt habe, Entscheidungen im Hinterzimmer ohne Beteiligung der Landesparlamente treffe, brauche es eine starke Lobby, „denn dort werden die Weichen für die Schulpolitik in allen 16 Bundesländern gestellt“.

Anja Bensinger-Stolze

Fünf neue und drei bekannte Gesichter hat der Geschäftsführende Vorstand der GEW (v. li. n. re.): Ralf Becker, Frauke Gützkow, Maike Finnern, Doreen Siebernik, Andreas Keller, Nick Strauss, Anja Bensinger-Stolze, Daniel Merbitz.

Doreen Siebernik

Doreen Siebernik

Für den Arbeitsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit wird in den kommenden vier Jahren Doreen Siebernik verantwortlich sein. Die 52-jährige Erzieherin und bisherige Co-Landesvorsitzende der GEW Berlin überzeugte 77 Prozent der Delegierten. Sie löst damit Björn Köhler ab, der diesen Bereich seit 2017 leitete.

Siebernik will ihre Amtszeit dafür nutzen, die Kita als erste Bildungseinrichtung aller Kinder weiter zu stärken und für gut ausgebildete und bezahlte Fachkräfte zu kämpfen. Sie forderte, aus dem sogenannten Gute-Kita-Gesetz ein Qualitätsgesetz zu machen. Als zweites wichtiges Thema nannte die gebürtige Mecklenburgerin den Umbau und die Weiterentwicklung des Halbtagsschulsystems als „eine der größten schulpolitischen Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts“ – vor allem mit Blick auf die Verbesserung der pädagogischen Qualität. Die Ganztagsschule stehe und falle mit den gut ausgebildeten Fachkräften sowie den Lehrerinnen und Lehrern. Siebernik war seit 2011 Co-Landesvorsitzende der GEW Berlin.

Andreas Keller

Andreas Keller geht in eine weitere vierjährige Amtszeit: Die Delegierten wählten ihn mit 90,3 Prozent der Stimmen erneut zum Leiter des Organisationsbereiches Hochschule und Forschung. Mit 88,88 Prozent wurde er zudem als stellvertretender Vorsitzender der Bildungsgewerkschaft bestätigt.

Keller bekräftigte die GEW-Forderung nach Dauerstellen für Daueraufgaben sowie verlässliche Karrierewege an den Hochschulen. Weit oben auf der Agenda steht für Keller auch eine umfassende Reform der Ausbildungsförderung (s. Seite 20 ff.). Stark machen will sich der Vizevorsitzende auch für einen Ausbau der Grundfinanzierung der Hochschulen. Das Kooperationsverbot in der Bildung müsse komplett aus dem Grundgesetz gestrichen werden, damit der Bund die Länder dauerhaft finanziell unterstützen könne.

Andreas Keller

Keller (Jahrgang 1965) ist seit 2007 Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands für den Bereich Hochschule und Forschung, seit 2013 außerdem stellvertretender Vorsitzender der GEW.

Frauke Gützkow

Alte und neue Leiterin des Arbeitsbereichs Frauen-, Gleichstellungs-, Geschlechterpolitik ist Frauke Gützkow. Die 60-Jährige wurde mit 77,3 Prozent der Stimmen in ihrem Amt bestätigt. Gützkow ist seit 2013 im Geschäftsführenden Vorstand der GEW für Frauenpolitik verantwortlich. Auf dem Gewerkschaftstag stimmte eine Mehrheit der Delegierten zudem der Umbenennung ihres Vorstandsbereichs in „Arbeitsbereich Frauen-, Gleichstellungs-, Geschlechterpolitik“ zu.

In den kommenden vier Jahren werde sie sich weiterhin für das Ziel „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ einsetzen, versprach Gützkow. Als weiteren Arbeitsschwerpunkt nannte Gützkow die Aufwertung und Umverteilung der Sorgearbeit. Diese werde nach wie vor >>>

Frauke Gützkow

hauptsächlich von Frauen geleistet – mit der Folge, dass Frauen auch in den pädagogischen Berufen seltener in Vollzeit arbeiteten und beruflich Karriere machen könnten, kritisierte sie.

Daniel Merbitz

Daniel Merbitz bleibt in der GEW der Mann für die Tarif- und Beamtenpolitik. Mit 90,8 Prozent der Delegiertenstimmen wurde er im Amt bestätigt. Der 45-jährige Jurist mit Schwerpunkt Arbeits- und Verfassungsrecht nannte ein Dutzend Großbaustellen seiner zweiten Amtszeit. „Von politischer und strategischer Bedeutung ist die Durchsetzung des Streikrechts für Beamte“, hob er hervor. Außerdem schwor Merbitz die Delegierten bereits auf die nächste Ländertarifrunde im Herbst ein. Diese werde „eine der schwierigsten der vergangenen 20 Jahre“, betonte er. Weil die Tarifrunde 2021 eventuell noch unter Pandemiebedingungen stattfinden müsse, bereite sein Arbeitsbereich sich bereits seit Januar auf mögliche Protestaktionen vor, sagte Merbitz.

Daniel Merbitz

Als „gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ und „eine der bedeutsamsten Fragen der nächsten Zeit“ bezeichnete Merbitz die Etablierung einer neuen Arbeitszeitpolitik. Dabei gehe es um die Reduzierung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie lebensphasenorientierte und flexible Arbeitszeitmodelle. Merbitz leitet den Vorstandsbereich seit 2017.

Ralf Becker

Den Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung wird künftig Ralf Becker leiten. Der 60-Jährige kam bei der Wahl auf 80,2 Prozent der Stimmen und tritt damit die Nachfolge von Ansgar Klinger an, der nach acht Jahren in diesem Amt nicht mehr kandidierte. Becker nannte als sein Ziel, die bisherige erfolgreiche Arbeit seiner Vorgängerinnen und Vorgänger fortzusetzen und die Umsetzung des Grundrechts auf Inklusion in der beruflichen Bildung und der Weiterbildung anzugehen. Weitere Schwerpunkte sollen das Grundrecht auf Ausbildung sowie die dauerhafte Stärkung der berufsbildenden Schulen und der politischen Bildung in Berufs- und Weiterbildung sein.

Zum Thema Digitalisierung sagte Becker: „Die digitale Welt ist durch einen stetigen Wandel gekennzeichnet. Diesen müssen wir gewerkschaftlich begleiten. Das wird eine Daueraufgabe der GEW sein.“

Becker blickt zurück auf rund 20 Jahre ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit an der Uni Kaiserslautern, in den GEW-Landesverbänden Rheinland-Pfalz und Hessen sowie in der Bundesfachgruppe Gewerbliche Schulen.

Ralf Becker

Nick Strauss

Neuer Schatzmeister der GEW ist Nick Strauss. Er setzte sich gegen seinen Mitbewerber Hans Maziol durch. Im ersten Wahlgang hatte keiner der beiden die notwendige absolute Mehrheit erreicht. Maziol, der seit 2016 Schatzmeister der GEW Baden-Württemberg ist, zog daraufhin seine Kandidatur zurück. Nach der Wahlordnung gab es dadurch einen neuen ersten Wahlgang. In diesem erreichte Strauss 61,8 Prozent der Stimmen. Der 53-jährige Berufsschullehrer aus Bremerhaven ist seit 2013 Schatzmeister des Landesverbandes Bremen. Er folgt auf Petra Grundmann, die den Arbeitsbereich Finanzen seit 2001 geleitet hatte. Strauss sagte: „In einer kraftvollen und unabhängigen Basis sehe ich unsere Stärke. Besonders durch Tarifkämpfe wachsen wir. Deswegen ist es richtig, die Mitgliedsbeiträge zugunsten des Kampffonds, der Streikkasse der GEW, zu erhöhen. Dadurch wird eine stärkere Unterstützung der Mitglieder vor Ort möglich.“

Nick Strauss

Emotionale Abschiede

Mit berührenden Worten der Anerkennung sind auf dem Gewerkschaftstag vor den Neuwahlen Vorsitzende Marlis Tepe, Finanzchefin Petra Grundmann und Ansgar Klinger, Vorstandsmitglied für Berufliche Bildung und Weiterbildung, verabschiedet worden. Der stell-

Fotos: Kay Herschelmann

Nicht mehr für den GEW-Vorstand kandidiert haben Ansgar Klinger, Petra Grundmann und Marlis Tepe (v. li. n. re.).

vertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller würdigte Klinger: „Er hat die Fahne der beruflichen Bildung hochgehalten und deutlich gemacht, dass man berufliche Bildung auch nur mit Lehrkräften an berufsbildenden Schulen machen kann. Er hat für die Weiterbildnerinnen und Weiterbildner gekämpft. Er war die Stimme der GEW in Nürnberg bei der Bundesanstalt für Arbeit, hat dort beharrliche Arbeit geleistet. Sorgfalt, Verlässlichkeit und Pünktlichkeit zeichneten ihn aus."

Grundmann, so Keller, sei eine Frau, die mit zwei Dekaden „die längste Amtszeit hier in die Waagschale werfen kann". „Du hinterlässt ein gut bestelltes Feld für deinen Nachfolger", sagte Keller anerkennend. Er beschrieb Grundmann aber nicht nur als geschätzte Schatzmeisterin, sondern auch als „Sozialpädagogin im Geschäftsführenden Vorstand, die sich immer gerne in die bildungs-, tarifpolitischen, aber auch gesellschaftspolitischen Debatten eingemischt hat". Unter großem Applaus in der coronabedingt fast menschenleeren Halle der Messe in Leipzig und der vielen Delegierten vor ihren Bildschirmen wurde die bisherige Vorsitzende Tepe (67) in den Ruhestand verabschiedet. In ihrer Amtszeit war sie gleich zweimal mit Krisensituationen konfrontiert. Einmal mit der sogenannten Flüchtlingskrise, „die uns beschäftigt hat mit den bleibenden Auswirkungen auch auf die Koordinatenverschiebungen in unserer politischen Landschaft", sagte Keller. Und zweitens mit der Corona-Pandemie, die die Agenda heute maßgeblich bestimmt.

Der GEW-Vize war und ist überzeugt: „Ohne Marlis hätten wir nicht so zusammengehalten und diese Herausforderungen beherzt in Angriff genommen. Schon jetzt steht fest, dass die Ära Tepe in die Geschichte der GEW eingehen wird als eine Ära, in der auch historische Erfolge erzielt worden sind." Etwa JA13, die Bezahlung von Grundschul- und Sekundarstufen-I-Lehrkräften nach A13 bzw. E13 in mittlerweile vielen Bundesländern, oder die Aufwertung der Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst sowie die Novellierung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Keller rechnete es Tepe hoch an, dass sie immer auch „die zwischenmenschliche Seite ernstgenommen" habe. „Hier gibt es viele weinende Augen, wenn Marlis Tepe verabschiedet werden muss", sagte er.

Jürgen Amendt,
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft"
Evelyn Bongiorno-Schielke,
Internetredakteurin der GEW
Nadine Emmerich,
freie Journalistin

JOURIST DC80
Dokumentenkamera

- Ultra-HD-Auflösung
- USB-Verbindung
- A3-Aufnahmen
- Für PC und Mac
- Robust und leicht

Comenius EduMedia Siegel

Vergleichssieger SEHR GUT JOURIST DC80 Vergleich.org

Preis: EUR 129,-
inkl. MwSt.

Eine Dokumentenkamera für den Online- und Präsenzunterricht

Zahlreiche zufriedene Lehrkräfte und unabhängige Tests bestätigen: Die Dokumentenkamera JOURIST DC80 ist ungemein praktisch. Die Kamera ermöglicht es den Schülerinnen und Schülern, auch kleinteilige Handlungen wie naturwissenschaftliche Versuche oder Rechenoperationen im Detail nachzuvollziehen. Und das zu einem attraktiven Preis.

Der verwendete Sensor mit Ultra-HD-Auflösung liefert ein detailreiches Bild. Der Kameraarm ist schwenkbar und lässt sich ideal ausrichten.

Drehen, spiegeln oder zoomen Sie das Bild, wie Sie es benötigen. Frieren Sie die Kameraaufnahme ein, nehmen Sie ein Bild oder Video auf.

Jourist Verlags GmbH, Tel: 040-21098290
Produktdatenblatt: **www.scanner.expert**

Wir garantieren eine umgehende Lieferung und bieten einen kostenlosen telefonischen Support an.

Bildungssystem stärken

// Mit einem Sechs-Punkte-Programm will die GEW Lehren aus der Corona-Pandemie ziehen und die akuten Schwächen des deutschen Bildungssystems beseitigen. Hierzu wurde auf dem Gewerkschaftstag in Leipzig der Leitantrag „Bildung krisenfest machen“ verabschiedet. Damit sei es gelungen, so die neu gewählte GEW-Vorsitzende Maike Finnern, „einen Aufschlag zu machen für die Grundsätze der nächsten Jahre“. //

Katja Cordes, stellvertretende Vorsitzende der GEW Schleswig-Holstein, sagte für die Antragskommission: „Bildung krisenfest machen“ sei aus der Corona-Krise heraus entstanden, „die uns alle seit mehr als einem Jahr begleitet, aus einer Situation heraus, die für uns alle neu war, die uns alle viel Kraft und Nerven gekostet hat“. Der Antrag verfolge das Ziel, „für alle Bildungsbereiche und damit alle Organisationsbereiche der GEW aufzuzeigen, an welchen Stellen die Corona-Krise Nachholbedarf sichtbar gemacht hat“.
Wichtige Stichworte des Programms sind: Aufhebung des Kooperationsverbots, Reform der Steuerpolitik, mehr Fachkräfte, Auflösung des Investitionsstaus, Ausbau der digitalen Infrastruktur, Qualität im Ganztag und mehr politische Bildung. „Die mangelnde Chancengleichheit ist und bleibt die Achillesferse des Bildungswesens. Es ist absolut inakzeptabel, wenn die Postleitzahl über die Bildungschancen der Menschen entscheidet“, erklärte Finnern bei der Vorstellung des Antrags.

Screenshot: GEW

Die Corona-Pandemie habe die Schwächen und Defizite des Bildungssystems in Deutschland offengelegt, sagt die Weiterbildungslehrerin Jana Baumgarten in einem von vier Videos, das die GEW für den Gewerkschaftstag produziert hat. „Es fehlt bei der finanziellen Ausstattung an allen Ecken und Enden. Ich unterrichte mit Overhead-Projektoren aus den 1970er-Jahren. Damit kann ich keinen Online-Unterricht machen.“ Die Videos finden Sie unter: www.gew.de/gewtag21/videos.

Corona-Abgabe für Superreiche

Um die Unterfinanzierung des Bildungswesens zu beenden, will die GEW einkommensstarke Schichten mehr in die gesellschaftliche Pflicht nehmen. Sie plädiert für eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine Corona-Abgabe für Superreiche. Außerdem fordert die Bildungsgewerkschaft eine Aussetzung der Schuldenbremse und eine zeitlich erheblich gestreckte Rückzahlung der Corona-Kredite. Zudem müssten die Arbeitsbedingungen der Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher deutlich verbessert werden, um gegen den Fachkräftemangel vorzugehen. Gleichzeitig seien die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen.
Um den Investitionsstau an Schulen und Hochschulen in Milliardenhöhe aufzulösen, schlägt die Bildungsgewerkschaft ein auf zehn Jahre ausgelegtes Bundesprogramm zur Sanierung von Bildungsgebäuden vor. „Wenn es gelingt, ein Zehnjahresprogramm mit jährlich 3,5 Milliarden Euro aufzusetzen, wäre das schon mal ein Riesenschritt nach vorne“, so die GEW-Vorsitzende.
Für einen stärkeren Ausbau der digitalen Infrastruktur sei zudem der Digitalpakt Schule aufzustocken, zu verstetigen und auf andere Bildungsbereiche auszuweiten. Finnern kritisierte, dass über die Entwicklung digitaler hybrider Lehr- und Lernkonzepte in den vergangenen Monaten nicht genug debattiert worden sei. Es gehe der GEW aber immer darum, „unter dem Primat der Pädagogik zu gucken, wie können wir Digitalisierung an Schulen sinnvoll einsetzen“, sagte die GEW-Chefin.
Den Ausbau des Ganztags will die GEW mit einer Qualitätsoffensive verbinden. Um rechtsextremen Parteien, Ideologien und Verschwörungsmythen etwas entgegenzusetzen, fordert sie mehr politische Bildung von der Schule bis zur Weiterbildung. „Eine demokratische, antifaschistische Gesellschaft zu festigen, ist Aufgabe der Bildung und gehört zum Selbstverständnis der GEW“, erklärte Finnern.
In der Präambel des Antrags heißt es: „Die Corona-Pandemie hat die Schwächen und Defizite des Bildungssystems in Deutschland offengelegt und wie unter einem Brennglas deutlich sichtbar gemacht. Die Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte haben dazu geführt, dass die Pandemie die Bildung in eine veritable Krise gestürzt hat. Politik muss jetzt so schnell wie möglich und dennoch nachhaltig um- und gegensteuern, sonst drohen vielen jungen Menschen der sogenannten Corona-Generation erhebliche Nachteile in Ausbildung, späterem Berufsleben sowie gesellschaftlicher und privater Teilhabe.“

Evelyn Bongiorno-Schielke,
Internetredakteurin der GEW
Nadine Emmerich,
freie Journalistin

Angriffe auf Geflüchtete und Asylunterkünfte, der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) Anfang Juni 2019, der Anschlag auf die Synagoge in Halle einige Monate später und das Attentat in Hanau im Februar 2020, bei dem ein rechtsextremistischer Täter neun Menschen mit Migrationsgeschichte (Foto) und seine eigene Mutter tötete, fordern die Zivilgesellschaft heraus. Die GEW erwartet von der Politik deutlich mehr Einsatz gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Foto: IMAGO/Marcel Lorenz

Aktiv gegen Rechts

// Das Erstarken rechtsnationaler und rechtsradikaler Kräfte macht vor den Bildungseinrichtungen nicht Halt. Die GEW forderte auf dem Gewerkschaftstag in Leipzig von der Politik, Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus zu bekämpfen und will sich selbst ebenfalls stärker engagieren. //

Die GEW betrachtet die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung, das Erstarken rechtsnationaler und rechtsradikaler Kräfte, damit einhergehende autoritäre, demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen sowie die wachsende Gewaltbereitschaft mit größter Sorge. Menschen werden aus rassistischen Motiven oder weil sie sich für Menschenrechte, Demokratie und Vielfalt engagieren, verbal und tätlich attackiert oder gar ermordet.

Diese Entwicklungen machten, so die Bildungsgewerkschaft, vor den Bildungseinrichtungen nicht Halt. Sie forderten pädagogische Fach- und Lehrkräfte in der täglichen Praxis vielfach heraus, auf abwertende Äußerungen und Gewaltvorfälle zu reagieren, über Fake News und Geschichtsrevisionismus aufzuklären sowie menschenverachtenden und antidemokratischen Tendenzen in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der verstärkten Einflussversuche und gezielten Angriffe der AfD im Bildungswesen, um eine kritische Auseinandersetzung zu verhindern und ihre rechtsradikale Programmatik umzusetzen, müsse sich die GEW diesen Herausforderungen stellen. Während des Gewerkschaftstages sprachen sich die Delegierten daher für ein stärkeres Engagement von Politik und Bildungseinrichtungen gegen Rechts aus.

Angriffe, Anschläge, Morde

Die Zahl der rechtsextrem motivierten Straftaten in Deutschland sei gestiegen, rechtsterroristische Anschläge häuften sich. Während der Komplex Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) nach wie vor nicht umfassend aufgeklärt und weiterhin Bezugspunkt extrem rechter Netzwerke sei, hätten zahlreiche Vorfälle der jüngsten Vergangenheit erneut tiefe Wunden hinterlassen, heißt es in dem von den Delegierten mit großer Mehrheit verabschiedeten Antrag „Aktiv gegen Rechts – für eine solidarische Gesellschaft“. Dazu zählten Angriffe auf Geflüchtete und Asylunterkünfte, der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) Anfang Juni 2019, der Anschlag auf die Synagoge in Halle einige Monate später und das Attentat in Hanau im Februar 2020, bei dem ein rechtsextremistischer Täter zehn Menschen getötet hatte.

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus erwartet die GEW daher deutlich mehr Einsatz von Bundesregierung und Bundestag. Dazu fordert sie unter anderem eine ressortübergreifende Zusammenarbeit und eine koordinierte Gesamtstrategie, die sowohl die Länder als auch Sozialpartner und zivilgesellschaftliche Organisationen einbeziehe. Das Vorgehen gegen autoritäre Tendenzen und menschenfeindliche Ideologien sei eine gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die ausreichend und dauerhaft finanziert werden müsse.

Die GEW verlangt unter anderem ein Demokratiefördergesetz, verlässliche Strukturen für politische Bildung sowie mehr Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Menschen, die diskriminiert und Opfer rechter Gewalt werden. Wichtig sei zudem, die Handlungskompetenz pädagogischer Fachkräfte zu stärken.

Die Kultusministerkonferenz (KMK) und die Landesregierungen müssen nach Ansicht der GEW die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften und pädagogischem Personal sowie die Kooperation mit Fachkräften der außerschulischen Bildung fördern und Angebote zur rassismuskritischen Bildungsarbeit und Demokratiebildung ausbauen. Historisch-politische Bildung soll als Querschnittsaufgabe aller Fächer verankert werden. Dazu seien Änderungen in Schulgesetzen und Verwaltungsvorschriften sowie Revisionen von Lehrplänen, Studienordnungen, Curricula und Bildungsmaterialien erforderlich.

Die GEW selbst will das methodische und fachliche Know-how, die Haltungen und das Engagement ihrer Mitglieder noch stärker fördern und unterstützen. Der Hauptvorstand prüft dazu unter anderem die Arbeitsgruppe „Aktiv gegen Rechts“ zu verstetigen und zu erweitern, eine Strategie zum Umgang mit Angriffen im Netz zu entwickeln und eine GEW-„Task Force Gegenrede“ einzurichten.

Jürgen Amendt,
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft“

Cartoon: Freimut Woessner

Mehr als Noten und Prüfungen

// Die Pandemie hat nicht nur für Lernlücken gesorgt, sondern vor allem selbstständiges Lernen und digitale Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler gefördert. Und sie hat die soziale Ungleichheit in den Fokus gerückt. //

Typisch, finden sie: Alle reden nur über Bildungslücken und Lernrückstände. „Lernstandserhebungen sollen jetzt zeigen, was wir alles nicht können“, bemängelt ein Junge. Dabei würden die Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der Bielefelder Laborschule viel lieber zeigen, was sie während der Corona-Pandemie gelernt haben. Zum Beispiel in punkto Digitalisierung. So haben sie im Lockdown im Deutschunterricht zu zweit oder dritt zu Hause ein kleines Theaterstück zu Wolfgang Borcherts „Küchenuhr“ gedreht: Die

Jugendlichen haben die Szenen mit ihrem Handy aufgenommen, daraus ein Video geschnitten, den fertigen Film an die Klasse geschickt und danach per Videokonferenz darüber diskutiert. „So etwas konnten sie vorher nicht“, sagt Lehrerin Sabine Geist. Die Kinder hätten große digitale Kompetenzen erworben. „Wir Lehrkräfte übrigens auch.“ Die Pandemie hat zudem selbstständiges Lernen gefördert. Und zugleich gnadenlos bloßgelegt, wie sehr benachteiligte Kinder auf der Strecke bleiben.

„Profitiert haben diejenigen, die immer profitieren“, stellt die Didaktische Leiterin der Reformschule fest. Vielen Schülerinnen und Schülern habe die enge Begleitung beim Lernen sehr gutgetan. „Wir konnten mit viel mehr Ruhe und Bedacht auf sie eingehen als normalerweise im Unterricht.“ Egal ob per Telefon, Mail oder Videokonferenz: Die Lehrkräfte nahmen sich mindestens zweimal pro Woche viel Zeit für ein individuelles Feedback. Zudem konnten sich die Schülerinnen und Schüler jederzeit melden, wenn sie eine Aufgabe nicht verstanden hatten. „Das hat wirklich gut geklappt“, sagt Geist. Allerdings sei nicht von der Hand zu weisen, dass es auch Kinder und Jugendliche gab, die sich sehr schwertaten und massive Unterstützung brauchten.

Schule als „Sortiermaschine“

„Die Erfahrungen sollten genutzt werden, Bildung neu zu denken“, fordert Bildungsexpertin Ilka Hoffmann. Die ehemalige Leiterin des Vorstandsbereichs Schule der GEW macht sich dafür stark, den Fokus in der Debatte wegzulenken von Defiziten – und lieber darüber zu sprechen, was Kinder und Schulen jetzt wirklich brauchen: Ermutigung und Unterstützung. Ihrer Meinung nach hat die Corona-Pandemie deutlich vor Augen geführt, dass es bei Bildung um sehr viel mehr geht als um Noten und Prüfungen. Doch die Politik habe vor allem Sorge um die Abiturprüfungen gehabt und auf Teufel komm raus Klausuren durchboxen wollen. „Damit einher ging häufig die Vorstellung eines standardisierten Frontalunterrichts, der sich per Livestream ins Kinderzimmer übertragen lässt“, kritisiert Hoffmann. Auch viele digitale Lernprogramme folgten einem simplen Richtig-Falsch-Schema und seien nicht geeignet, die Lernentwicklung gut zu begleiten.

Im Zug hörte die Gewerkschafterin, wie sich zwei Mädchen darüber unterhielten, dass in diesem Schuljahr wegen Corona aufs Sitzenbleiben verzichtet wird. Die Freundinnen freuten sich: „Da brauchen wir uns gar nicht mehr anzustrengen.“ Kein Wunder, findet Hoffmann, schließlich erlebten viele Schülerinnen und Schüler die Schule nur als „Sortiermaschine“. Statt sie ständig zu benoten und zu bewerten, sollten Kinder lieber ermuntert werden, lebenslang lernen zu wollen, meint die Schulexpertin. Dafür gelte es, ihre individuelle Entwicklung zu fördern: Was klappt gut? Wo braucht es Unterstützung? „Ganz wichtig ist, dass die Kinder nicht aus Druck oder Angst heraus lernen“, so Hoffmann, „weil sie sonst eine Fünf schreiben oder die Lehrerin schimpft.“ Davon ließen sich vor allem Mädchen und Jungen schnell entmutigen, die zu Hause wenig gefördert werden, warnt sie. Schon vorher sei die soziale Situation der Schülerinnen und Schüler in die Noten eingeflossen. „Doch durch Corona ist diese Ungleichheit ganz klar zutage getreten.“

Eine Kommission von Bildungsexpertinnen und -experten im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung kommt zu einem ähnlichen Ergebnis. „Lehren aus der Pandemie: Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen sichern“, lautet der Titel ihrer Empfehlungen. Die Krise habe die „wirklich brennenden Themen“ im Bildungsbereich offengelegt, betont der Geschäftsführende Direktor des DIPF, Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, Kai Maaz. Dazu zählt: Wie lässt sich soziale Ungleichheit abbauen? Und wie gehen Lehrkräfte mit Heterogenität in den Klassen um? Der Vorsitzende der Kommission ist überzeugt, dass alle Kinder von gutem Unterricht profitieren. „Aber leistungsschwache Schülerinnen und Schüler, die zu Hause keine Unterstützung erhalten, noch ein Stück mehr.“

Nach Ansicht des Soziologieprofessors zeigt das Milliardenprogramm des Bundes, dass die Situation benachteiligter Kinder verstärkt in den Blick genommen wird. „Das Bewusstsein dafür ist da, dass die Kinder unterschiedliche, auf sie angepasste Angebote brauchen“, betont Maaz. „Und zwar nicht als einmalige Insellösung, sondern als langfristige Strategie.“ Lehrkräfte müssten dazu befähigt werden, alle Kinder zu erreichen. Dazu gehört seiner Meinung nach, dass sie im Unterricht differenzieren und die Aufgaben individuell an den Lernstand und die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler anpassen. Die Pandemie habe zudem deutlich aufgezeigt, wie zentral persönliches Feedback für die Lernentwicklung sei. „Das wussten wir allerdings auch schon vor Corona“, fügt Maaz hinzu.

Individuell fördern

Viele Lehrkräfte erlebten im Wechselmodell, wie angenehm und mit besseren Lernergebnissen es sich mit der Hälfte der Klasse unterrichten lässt. In der Bielefelder Reformschule unterstützen Studierende im Unterricht, so dass oft zwei Erwachsene für acht bis zehn Mädchen und Jungen zuständig sind. „Da hat man wirklich die Chance, individuell auf jedes Kind zu gucken“, betont Geist. Die Pandemie habe noch einmal den großen Wert des Präsenzunterrichts verdeutlicht. Obwohl die Laborschule die Schülerinnen und Schüler ab der 1. Klasse systematisch aufs selbstständige Lernen vorbereitet – Noten gibt es überhaupt erst ab der 10. Klasse –, haben einige vor Freude fast geweint, als sie wieder normal zur Schule gehen konnten. Die Jugendlichen regten sofort an, einen Wandertag zu machen, Klettern zu gehen „und gemeinsam Spaß zu haben“, berichtet die Lehrerin. „Allen ist bewusst geworden, dass dieser Teil von Schule genauso wichtig ist.“ Trotzdem gibt es Pläne, auch künftig bei Bedarf aufs Homeschooling zurückzugreifen. „Die Erfahrung hat gezeigt, wie gut das Distanzlernen klappen kann.“

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

Hat die Bildungspolitik in der Pandemie versagt?

// Jana Schroeder, Fachärztin für Mikrobiologie, Virologie, Infektionsepidemiologie und Infektiologin beim Klinikverbund der Stiftung Mathias-Spital in Rheine weiß, dass Corona-Impfungen für die Grundschülerinnen und -schüler zu Beginn des neuen Schuljahres noch nicht möglich sein werden. Im Interview erklärt sie, was zu tun ist, damit Schulen trotzdem offen bleiben könnten. //

E&W: Wie infektiös sind Grundschülerinnen und -schüler?

Jana Schroeder: Am Anfang der Pandemie hielt sich beharrlich das Narrativ: Kinder sind weniger infektiös. Das ist inzwischen widerlegt. Übertragungswege funktionieren ja simpel: Träger des Virus ist der Mensch. Kinder, das wissen Eltern und Pädagogen, bringen regelmäßig Erkrankungen im Bereich der oberen Atemwege aus der Kita oder Schule mit. Es wäre außergewöhnlich, wenn das bei Corona anders wäre.

E&W: Aber Kinder erkranken doch selten schwer?

Schroeder: Das stimmt, die meisten Kinder überstehen Corona gut, die meisten Erwachsenen aber übrigens auch. Man darf dieses Thema jedoch nicht binär betrachten – sozusagen gestorben oder nicht. Auch Kinder können schwer erkranken, sie haben ein Risiko von rund 1:1.000 bis 1:5.000, eine schwere Entzündungsreaktion (PIMS: Paediatric Inflammatory Multisystem Syndrom) zu bekommen, und sie können auch an Long-Covid erkranken. Corona ist auch bei Kindern keine ausschließlich gutartige Erkrankung – dementsprechend hat sich zum Beispiel die „American Academy of Paediatrics“ geäußert.

E&W: Müssen Schulen im Herbst also wieder schließen?

Bis Impfstoffe gegen Corona auch für Grundschülerinnen und -schüler zur Verfügung stehen, kann es bis Ende dieses Jahres oder gar Anfang 2022 dauern. Bis dahin muss an den Schulen regelmäßig getestet werden.

Foto: IMAGO/Laci Perenyi

Schroeder: Hoffentlich nicht! Aber die Frage, ob Grundschulen erneut schließen müssen, könnte sich im Herbst erneut stellen – je nach den politischen Entscheidungen zur Pandemiebekämpfung. Wir erinnern uns: Dieselben Politiker, die behauptet haben, dass Kinder am Infektionsgeschehen keinen Anteil hätten, haben die Schulen dichtgemacht. Ich warne davor, dieses Virus und seine Varianten zu unterschätzen.

E&W: Die Lösung, Kinder, die jünger als zwölf Jahre sind, zu impfen, ist noch nicht in Sicht.

Schroeder: Optimisten erwarten den Impfstoff für Ende 2021. Es könnte aber auch erst Anfang des Jahres 2022 soweit sein.

E&W: Gibt es eine kurzfristige Strategie?

Schroeder: Ich gehe davon aus, dass wir die Kinder über den Sommer mit einer Art „Kokon-Strategie“ schützen können. Das bedeutet: Alle Erwachsenen, die um Kinder herum sind, lassen sich impfen. Durch diesen Schutzschirm, so ist die Hoffnung, gibt es nur wenige Infektionen bei Kindern. Das hat aber einen Haken: Im Herbst und Winter nimmt die „Sterile Immunität“ vermutlich wieder ab – das heißt, dass das Risiko steigt, dass asymptomatische Infektionen und die Weitergabe des Virus zunehmen. Aller Wahrscheinlichkeit nach kommt es dann zu Ausbrüchen bei den Ungeimpften. Dazu zählen auch Kinder.

E&W: Ist eine NoCovid-Strategie in der Grundschule machbar?

Schroeder: Letztendlich ist die NoCovid-Strategie eine intelligente Öffnungsstrategie, also eine möglichst niedrige Inzidenz gepaart mit kontrollierten Öffnungen. Ich habe mich schon oft dafür ausgesprochen und halte diese Strategie weiterhin für gut und richtig.

E&W: Haben Sie eine Empfehlung für die Lehrkräfte?

Schroeder: Alle Lehrerinnen und Lehrer sollten sich unbedingt impfen lassen. Das allein reicht aber nicht. Wir brau-

Foto: ZDF/C

Die Virologin Jana Schroeder setzt auf einen Mix aus Maßnahmen, um die Schulen für Grundschülerinnen und -schüler nach den Sommerferien offen zu halten. Schulpolitisch, so Schroeder, dürfe der Sommer nicht wieder so verschlafen werden wie der vergangene.

chen generell in der Gesellschaft niedrige Inzidenzwerte, um die zu schützen, die noch nicht geimpft sind. Unverändert gelten natürlich die AHA+A+L-Regeln: Abstand halten, Handhygiene beachten, Alltagsmaske tragen, die Corona-Warn-App nutzen und Lüften.

E&W: Lüften und Filter waren in diesem Schuljahr ein Reizthema.

Schroeder: Ausreichende und regelmäßige Lüftung von Klassenzimmern ist eine zwingende Notwendigkeit. Viele Studien zeigen, dass der Einsatz von Luftfiltern in Klassenräumen eine wichtige Maßnahme und wirkungsvoller ist als reines Lüften. Keine Hygienemaßnahme ist perfekt, letztlich greifen alle ineinander und sorgen damit für den größtmöglichen Schutz.

E&W: Haben Pool-Tests sich bewährt?

Schroeder: Ja, unbedingt. Die Pool-PCR-Tests, bei denen die Proben der Kinder einer Klasse zusammen mittels PCR-Tests ausgewertet werden, sind dem Antigen-Schnelltest überlegen. Die „Lolly-Methode“ ist auch angenehmer anzuwenden als ein Schnelltest. Das muss sich so einschleifen wie das morgendliche Zähneputzen, aber eben in der Schule.

E&W: Was macht die Pandemie mit Grundschülerinnen und -schülern?

Schroeder: Es liegt in der Verantwortung der Eltern und der Schulen, den Kindern die Pandemie kindgerecht zu vermitteln. Ich wehre mich dagegen, die Pandemie für Kinder als „ein verlorenes Jahr“ zu bezeichnen. Kinder lernen in der Pandemie viele Dinge, mit denen Generationen davor nicht konfrontiert waren. Viele Kinder haben sich vorbildlich verhalten und machen das wirklich ganz toll. Sie haben viel Solidarität gegenüber der älteren Generation gezeigt. Es ist jetzt Zeit, etwas zurückzugeben.

E&W: Sie sagen: Passt gut auf eure Kinder auf – machen die Schulverantwortlichen das auch?

Schroeder: Bislang hat man sich politisch immer nur auf kurze Lockdown-Strecken eingestellt, für eine längere Sicht gab es keine Konzepte. Mir ist bewusst, dass es hier nicht nur eine „virologische Sicht“ auf die Dinge geben kann, aber es muss in einem Land wie Deutschland doch möglich sein, die Pandemiebekämpfung strikt auf ein wissenschaftliches Fundament zu stellen, Fernunterricht in Gang zu bringen und den Kinderschutz an die besonderen Erfordernisse anzupassen und auszubauen. Meine Position ist nicht „Schule auf oder zu“, sondern „Schule sicher“. Ich hoffe, dieser Sommer wird schulpolitisch nicht wieder so verschlafen wie der vergangene.

E&W: Haben die Bildungspolitikerinnen und -politiker versagt?

Schroeder: Bis zum Beginn der Pandemie war ich der Überzeugung, dass Politikerinnen und Politiker eher besser sind als ihr Ruf – mittlerweile muss ich sagen, dass ich mir bei den Kultusministerinnen und -ministern nicht ganz sicher bin. Ich glaube, niemand würde sagen, dass das Thema Schule in dieser Pandemie gut gelaufen ist.

Interview: Klaus Heimann,
freier Journalist

Aktionsbündnis Gesundheit fördern

Dank zeigen für den unermüdlichen Einsatz des medizinischen und pflegerischen Personals in der Pandemie und die Zukunft der Universitätsmedizin aktiv mitgestalten – dafür steht das bundesweite **Aktionsbündnis Gesundheit fördern.** Jede Spende hilft – ob groß oder klein!

Spendenkonto:
IBAN: DE52 3702 0500 0600 0700 05
BIC: BFSWDE33XXX
Verwendungszweck: Gesundheit fördern

Mehr Infos unter
aktionsbuendnis-gesundheit.de
oder QR-Code scannen:

Für Lehrer*innen und andere pädagogische Kräfte

www.schulorganisation.com

Lehrerkalender
ErzieherInnenkalender
Beobachtungen und Dokumentation
Elterngespräche
Förderpläne
Schülerverhalten
u. v. m.

Materialien vom Fachverlag

für Lehrkräfte und alle anderen pädagogischen Fachkräfte, für Schulen, für Kindertageseinrichtungen und die Erzieherinnen und Erzieher zur Eigenorganisation und zur Unterstützung der täglichen Arbeit.

Dokumentation · Organisation · Rechtssicherheit

F&L SCHULORGANISATION

Arbeiterkinder aller Hochschulen, vereinigt euch!

// Je geringer die finanziellen und kulturellen Familienressourcen sind, desto weniger Menschen schaffen es an eine Hochschule. Gegen diese Diskriminierung haben sich in den vergangenen Jahren an mehreren Hochschulen sogenannte Anti-Klassismus-Referate gegründet. //

Fotos: privat

Richard Dietrich leitet das Referat für finanziell und kulturell benachteiligte Studierende (FikuS) an der Uni Münster. Sein Wunsch: „So vielen Betroffenen wie möglich klarmachen, dass die Hürden und die Ablehnung, die sie im Bildungssystem erleben, kein Individualversagen sind, sondern ein strukturelles Problem."

Als der Soziologie-Student Andreas Kemper mit einigen Gleichgesinnten im Jahr 2003 das Referat für finanziell und kulturell benachteiligte Studierende (kurz: FikuS) an der Universität Münster gründete, scheute er sich noch, das Wort „Arbeiterkinder" zu benutzen. Das klinge zu sehr nach Klassenkampf, biete zu viel Angriffsfläche für Attacken von rechts und schrecke selbst viele Linke ab, fürchtete er. Was hinter der Abkürzung steht, war aber von Anfang an klar: eine Interessenvertretung für Studierende mit einer sogenannten niedrigen Bildungsherkunft, oder schlicht und einfach: für Arbeiterkinder.

Bis zur Gründung einer weiteren Interessenvertretung für Arbeiterkinder an einer deutschen Universität sollten mehr als 15 Jahre vergehen. Dann ging es jedoch schnell: In den vergangenen drei Jahren gründeten sich in kurzer Folge an mehreren Hochschulen Anti-Klassismus-Referate, ein Dachverband für den ganzen deutschsprachigen Raum ist im Aufbau. Nach innen sind sie Anlaufstellen für von Klassismus betroffene Studierende, klären diese über ihre Rechte und Möglichkeiten auf, bieten Workshops zu verschiedenen Themen an. Nach außen versuchen sie, durch öffentliche Veranstaltungen und Stellungnahmen auf Missstände und Diskriminierung im Bildungssystem aufmerksam zu machen.

Zu dieser neuen Generation studierender Arbeiterkinder gehört Alex Zapf, die 2018 an ihrer Universität in Marburg zusammen mit einem Kommilitonen ein Arbeiterkinder-Referat gründete – erst das zweite in Deutschland. Ganz von vorn mussten die beiden dabei nicht anfangen, denn vor Ort gab es schon einen Arbeitskreis „Antiklassismus" – und das FikuS in Münster hatte vorgemacht, wie eine institutionalisierte Interessenvertretung für Arbeiterkinder aussehen könnte. Dennoch gestaltete sich die Etablierung des Referats schwierig, gab es Widerstände in der Studierendenvertretung. Bei der entscheidenden Sitzung des Studierendenparlaments musste sich Zapf gegen die typischen Einwände verteidigen: Klassismus gebe es in unserer Leistungsgesellschaft gar nicht, sie selbst sei doch der beste Beweis dafür, dass die soziale Herkunft den Bildungsweg nicht determiniere. Am Ende wurde das Arbeiterkinder-Referat mit nur einer Stimme Mehrheit angenommen, allerdings unter dem Vorbehalt, dass es jederzeit wieder abgeschafft werden kann. Für Zapf war das ein Teilsieg. Gleichzeitig musste sie konstatieren: „Leider sind immer noch nicht alle bereit anzuerkennen, dass Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft in diesem Land existiert."

Ein strukturelles Problem

Dabei zeigen die Zahlen überdeutlich, dass der Bildungserfolg eines Kindes in Deutschland stark von den finanziellen und kulturellen Ressourcen der Eltern abhängt. Von 100 Arbeiterkindern nehmen aktuell 21 ein Hochschulstudium auf, nur eines erlangt den Doktorgrad. Von 100 Akademikerkindern gehen da-

„Die Corona-Pandemie hat erneut eindrücklich gezeigt, wie sehr Klassenunterschiede nach wie vor unsere Gesellschaft und unser Bildungssystem prägen", sagt Laura Beische (rechts), Autonomes Referat für antiklassistisches Empowerment, Uni Köln.

gegen 74 studieren und zehn schaffen es bis zur Promotion. Je höher die Qualifikationsstufe, umso weniger Menschen wird man dort finden, deren Eltern nicht selbst studiert haben. Lange Zeit gab es in der Wissenschaft und der öffentlichen Debatte jedoch keine etablierten Begriffe, um diese Art der Diskriminierung im Bildungssystem zu beschreiben. Das Wort „classism“ wurde zwar schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gebraucht, um Benachteiligung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer ökonomischen Klasse zu benennen, eine größere Verbreitung fand es aber nie.

Erst in den vergangenen Jahren hat sich das Bild gewandelt: Mit der Übersetzung von Didier Eribons „Rückkehr nach Reims“ ins Deutsche wurde auch hierzulande eine Welle von Publikationen losgetreten, in der sich Bildungsaufsteiger mit ihrer proletarischen Herkunft und mit dem Stigma auseinandersetzen, das damit verbunden ist. Ein Unterstützungsverein für sozial benachteiligte Schülerinnen, Schüler und Studierende, der sich ohne viel Aufhebens „Arbeiter-Kind.de“ nennt, wird mit Preisen und medialer Aufmerksamkeit überhäuft, und der Begriff „Klassismus“ hat Einzug in die Debattenkultur in Deutschland gefunden.

Diese Veränderung spürt auch Richard Dietrich, der seit 2017 das FikuS in Münster leitet. Während seiner Amtszeit häuften sich die Anfragen von Studierenden, die an ihrer Uni ebenfalls ein Arbeiterkind-Referat gründen wollten. Nach Marburg folgten Köln und München, weitere sind in Berlin, Frankfurt am Main, Hildesheim und anderen Städten in Planung. Dietrich nahm gerne die Gelegenheit wahr, anderen Betroffenen zu helfen und sein Wissen darüber zu teilen, wie man den Antrag für ein Referat durch die verschiedenen Uni-Gremien bekommt, wie eine Satzung dafür aussehen sollte, wen man für Vorträge und Workshops über Klassismus gewinnen könnte. Er ist froh, dass an deutschen Universitäten nun einiges in Bewegung kommt. Seine eigenen frühen Studienerfahrungen waren von Befremden und dem Gefühl des eigenen Ungenügens geprägt. Sein Wunsch: „So vielen Betroffenen wie möglich klarmachen, dass die Hürden und die Ablehnung, die sie im Bildungssystem erleben, kein Individualversagen sind, sondern ein strukturelles Problem.“

Sprachlosigkeit überwinden

Auch sein Vorgänger Kemper engagiert sich nach fast 20 Jahren noch für die Belange der Arbeiterkinder an Hochschulen. In diesem Jahr hat er erlebt, wie der unter seiner Beteiligung entstandene deutschlandweite Verein zum Abbau von Bildungsbarrieren seine Arbeit aufnahm. Das Projekt wurde bereits 2010 ins Leben gerufen, schlief damals aber wegen zu geringen Interesses schnell wieder ein. Jetzt wurde es, getragen von den vielen neuen Arbeiterkinder-Referaten, wieder aktiviert. Der Verein fungiert als ein Dachverband für die unterschiedlichen, jeweils an ihren Unis gewählten Referentinnen und Referenten, die wiederum auch den Vorstand im Verband stellen. Damit bleiben die demokratische Legitimation und der Anschluss an die Basis gewahrt.

Das erste gemeinsame Projekt, das sich der Verein vorgenommen hat, ist die Herausgabe der Zeitschrift „Dishwasher“, die im ganzen deutschsprachigen Raum erscheinen soll. Bisher gab es sie nur an der Uni Münster. Dieses „Magazin von und für Arbeiter*innenkinder“ dient der Selbstverständigung der von klassistischer Diskriminierung Betroffenen, denen bei ihrem Eintritt in die akademische Welt oft die Worte fehlen, um die manchmal unsichtbaren Barrieren zu beschreiben, auf die sie stoßen. Im „Dishwasher“ sollen Erfahrungen und theoretisches wie praktisches Rüstzeug geteilt werden, um dieser Sprachlosigkeit etwas entgegenzusetzen. Noch fehlt allerdings das Geld, um das Magazin in großer Auflage zu drucken. Der Verein hat daher einen Spendenaufruf gestartet. Danach hofft man, dass sich das Magazin durch die Erlöse selbst tragen kann.

Vorstandsvorsitzende des Vereins ist neben Dietrich aus Münster die Kölner Biologiestudentin Laura Beische. 2019 hatte sie mit ein paar Mitstreiterinnen und Mitstreitern an ihrer Uni das Autonome Referat für antiklassistisches Empowerment ins Leben gerufen. Der unverblümt kämpferische Name des Referats zeigt, wie viel selbstbewusster heute von Klassismus betroffene Studierende ihr Anliegen vortragen können. Beische glaubt, der Trend zu immer sichtbarer werdendem antiklassistischem Engagement werde auch in Zukunft anhalten. Der Dachverband, dem sie vorsitzt, soll dabei in Zukunft eine wichtige Rolle bekommen: Er soll die verschiedenen Initiativen und Gruppen, die sich für mehr Bildungschancen von Arbeiterkindern einsetzen, miteinander vernetzen und ihnen finanziell unter die Arme greifen. „Diese Arbeit ist heute so wichtig wie eh und je“, findet Beische, „die Corona-Pandemie hat erneut eindrücklich gezeigt, wie sehr Klassenunterschiede nach wie vor unsere Gesellschaft und unser Bildungssystem prägen.“

„Leider sind immer noch nicht alle bereit anzuerkennen, dass Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft in diesem Land existiert“, stellt Alex Zapf, Arbeiterkinder-Referat Uni Marburg, fest.

Joshua Schultheis,
Redaktion bbz – Berliner Bildungszeitschrift
der GEW Berlin

Spenden:
Verein zum Abbau von
Bildungsbarrieren e. V.
Sparkasse Münsterland Ost
DE93 4005 0150 0000 5117 09
WELADED1MST

„Eine echte soziale Errungenschaft“

// Vor 50 Jahren wurde das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) eingeführt und damit der Grundstein für eine individuelle Studienförderung gelegt. Die Grundidee war, finanziell weniger gut gestellten jungen Menschen eine höhere Schulbildung und ein Studium zu ermöglichen. Diese Idee ist heute aktueller denn je. Damit es seinen Zweck weiterhin erfüllen kann, müsse das BAföG aber grundlegend reformiert werden, fordert der Präsident des Deutschen Studentenwerks (DSW), Prof. Rolf-Dieter Postlep, im E&W-Interview. //

E&W: Das BAföG wird dieses Jahr 50. Ist das ein Grund zu feiern?

Prof. Rolf-Dieter Postlep: Grundsätzlich ist das absolut ein Grund zu feiern. Das BAföG ist das Schlüsselinstrument für mehr soziale Gerechtigkeit im Hochschulstudium. Unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zu studieren, ist eine echte soziale Errungenschaft. Wenn Sie überlegen, dass schätzungsweise mehr als fünf Millionen Menschen dank BAföG studieren konnten, dann ist das schon eine bemerkenswerte Zahl. Was allerdings Anlass zur Sorge gibt, ist die Entwicklung, die das BAföG in den vergangenen sieben, acht Jahren genommen hat. 2012 hatten wir 671.000 Geförderte, 2019 waren es noch 489.000. Noch nie war unter den Studierenden der Anteil der Geförderten niedriger als heute. Das ist ein Grund, darüber nachzudenken, wie man das BAföG reformieren muss, damit es wieder seinen eigentlichen Zweck erfüllen kann.

E&W: Das BAföG hat heute längst nicht mehr die Bedeutung für die Studienfinanzierung, die es zu Beginn seiner Geschichte hatte. Was hätte wann getan werden müssen, um diesen Relevanzverlust zu verhindern?

Postlep: Das BAföG hätte wahrscheinlich eine ganz andere Entwicklung genommen, wenn man das, was man bei anderen Sozialleistungen ja immer tut, nämlich eine automatische Erhöhung etwa in Abhängigkeit von der Entwicklung der Lebenshaltungskosten, auch hier vorgenommen hätte. Aber leider lehnt die Bundesregierung auch heute noch eine Bindung des BAföG an einen jährlichen, messbaren Indikator ab. Stattdessen soll alle zwei Jahre ein gesetzlich vorgeschriebener amtlicher BAföG-Bericht erstellt werden, der dann die Grundlage für eine regelmäßige Erhöhung der Bedarfssätze und der Elternfreibeträge sein soll. Aber wie hoch diese Steigerungen ausfallen und ob sie überhaupt kommen, ist dann immer eine politische Entscheidung. Im Durchschnitt wurde das BAföG so nur einmal in jeder Legislaturperiode angehoben. Was man schon gar nicht gemacht hat, ist eine strukturelle Anpassung des BAföG an die sich verändernde Lebenswirklichkeit der Studierenden. Begriffe wie „Teilzeit-“ oder „Orientierungsstudium“ existieren im BAföG nicht. Das ist meiner Meinung nach einer der entscheidenden Fehler in der Entwicklung des BAföG.

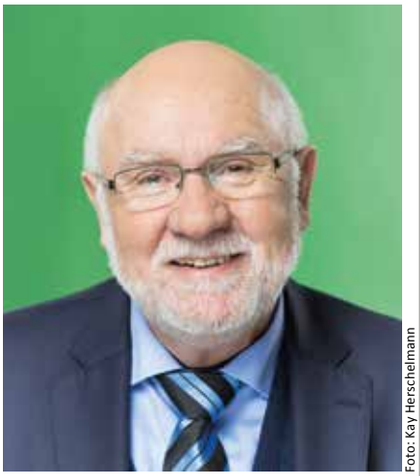


Foto: Kay Herschelmann

Prof. Rolf-Dieter Postlep

E&W: Im Vergleich zu den vorherigen Anpassungen ist die BAföG-Erhöhung von 2019 recht großzügig ausgefallen. Die Bundesregierung hatte auch nichts Geringeres als eine „Trendumkehr“ beim BAföG angekündigt. Ist diese Ihrer Meinung nach gelungen?

Postlep: Nein, das glaube ich nicht. Die strukturellen Probleme des BAföG sind nach wie vor nicht bewältigt. Außerdem glaube ich, dass selbst bei den Erhöhungen, die jetzt vorgesehen sind, immer noch nicht das aufgeholt wird, was man in der Vergangenheit versäumt hat. Deshalb fordern wir als DSW, die Elternfreibeträge so schnell wie möglich um weitere 15 Prozent zu erhöhen. Auch die Erhöhung der Fördersätze geht zwar in die richtige Richtung, ist aber immer noch zu gering. Zu dem bedarfsdeckenden Betrag, den wir einmal haben ermitteln lassen, fehlen 200 Euro im Monat (s. Seite 24). Ein weiterer wichtiger Punkt ist die halb-kreditäre Finanzierung des BAföG. Man müsste wieder zum Vollzuschuss übergehen. Ganz entscheidend ist auch, dass die Förderdauer über die Regelstudienzeit hinaus verlängert werden muss. Mindestens zwei Semester, würde ich sagen. Zudem muss man das BAföG entbürokratisieren. Die bisher sehr aufwändige Beantragung sollte einfacher gehen in einer digitalen Welt. Wenn man das alles online abwickeln könnte, dann würde wahrscheinlich auch die Zahl der Anträge wieder steigen.

E&W: Die GEW würde außerdem gerne die Altersgrenze beim BAföG fallen sehen. Wie stehen Sie dazu?

Postlep: Das unterstreiche ich auch. Wenn man bis zum 30. Lebensjahr das BAföG nicht beantragt, ist man nicht mehr förderberechtigt. Die Lebensläufe der Studierenden sind heute jedoch sehr unterschiedlich. Wenn jemand später anfängt zu studieren, dann hat das meist gute Gründe.

Cartoon: Christiane Pfohlmann

E&W: Außerdem fordert die GEW, dass das BAföG auf lange Sicht elternunabhängig gezahlt wird.

Postlep: Das ist ein sehr strittiges Thema. Im DSW haben wir dazu noch keine gemeinsame Position formuliert, deshalb kann ich Ihnen nur sagen, wie ich das persönlich sehe. Ich finde, das elternunabhängige BAföG ist keine so gute Idee. Wenn nämlich das BAföG eine Sozialleistung ist – und das ist es ja – dann ist seine Rechtfertigung dann gegeben, wenn Eltern nicht genug Geld haben, ihre Kinder studieren zu lassen. Deshalb muss man auch die Auszahlung des BAföG von der Finanzkraft der Beziehenden abhängig machen. Und noch ein Punkt: Wenn Sie wirklich allen Studierenden das Studium bezahlen wollen, dann müssten Sie mehr Geld ausgeben, als realistisch zu finanzieren wäre. Deshalb gehen die meisten Modelle mit elternunabhängigem BAföG auch von für mein Verständnis sehr niedrigen Fördersätzen aus.

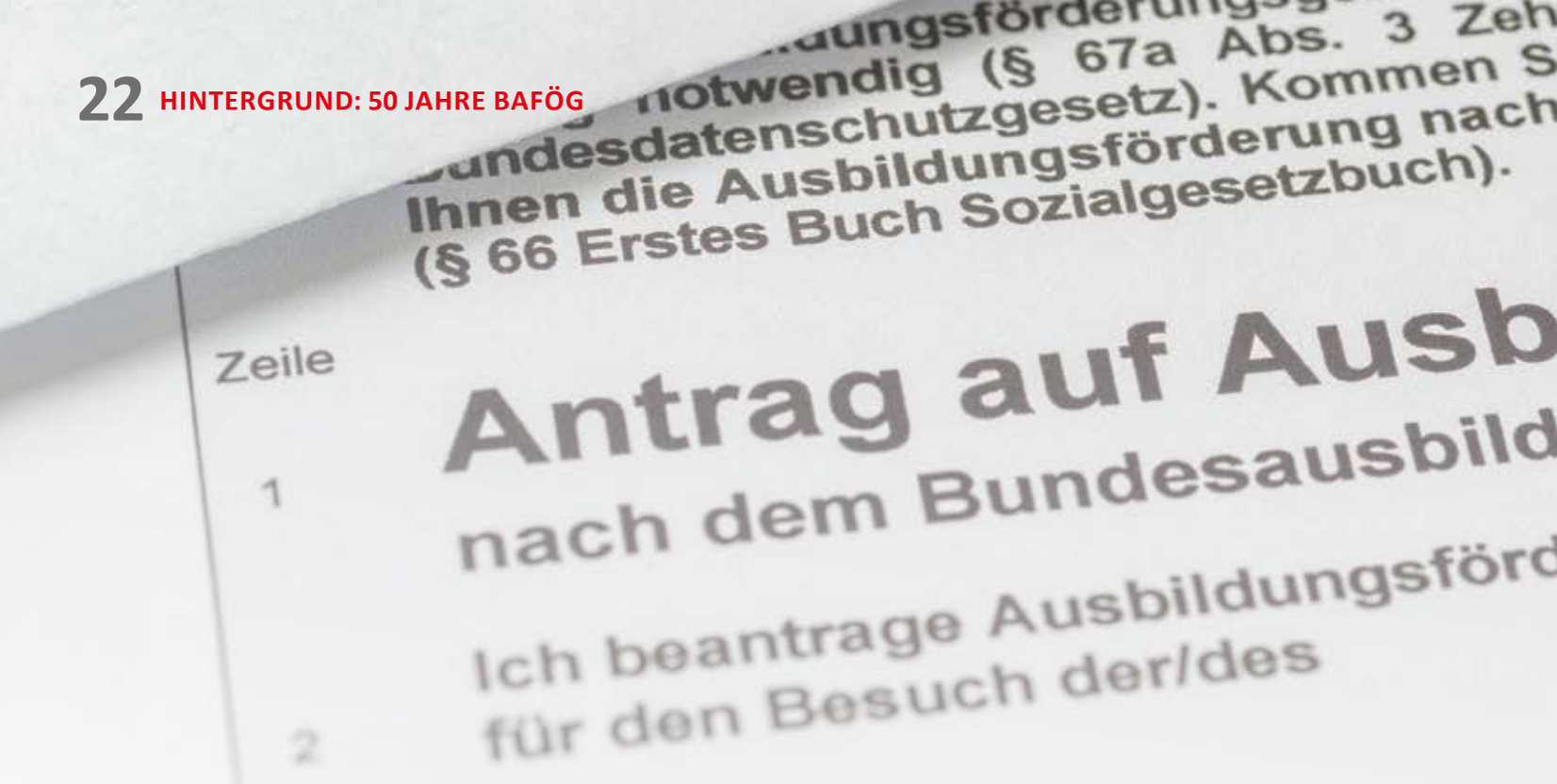
E&W: Welche Rolle spielt das BAföG aktuell dabei, den Studierenden während der Corona-Pandemie unter die Arme zu greifen?

Postlep: Zum einen wurde beschlossen, die letzten beiden Semester nicht auf die Studiendauer anzurechnen. Das finde ich wichtig und gut. Ich hätte mir aber gewünscht, dass das BAföG kurzfristig geöffnet wird, sodass alles, was man jetzt an Überbrückungshilfen separat über die Studentenwerke abwickeln muss, über das BAföG laufen kann. Die aktuelle Pandemie hat gezeigt, dass dem BAföG ein Öffnungsmechanismus in Zeiten der Krise fehlt. Einen solchen müsste man dringend einbauen.

E&W: Im Herbst sind Bundestagswahlen. Wie groß ist Ihre Hoffnung, dass sich danach Ihre Wünsche für das BAföG erfüllen werden?

Postlep: Ich hoffe sehr, dass sich eine neue Regierung endlich der strukturellen Probleme des BAföG annimmt und bereit ist, hier Änderungen herbeizuführen. Wie weit diese je nach Koalition gehen werden, kann ich heute noch nicht sagen. Wir gucken uns aber sicherlich die Parteiprogramme mit Blick auf deren Aussagen zur Studienfinanzierung sehr genau an und werden die politischen Entwicklungen in unserer Funktion als BAföG-Anwalt der Studierenden begleiten.

Interview: Joshua Schultheis,
Redaktion bbz – Berliner Bildungszeitschrift der GEW Berlin



Einst Motor für mehr Chancengleichheit

// Die Einführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) am 26. August 1971 fiel in eine politisch turbulente Zeit. Neben einer Liberalisierung der Gesellschaft strebte die erste sozialdemokratisch geführte Bundesregierung auch mehr soziale Gerechtigkeit an. Gleichzeitig änderte sich die Struktur der Wirtschaft nachhaltig, und der Bedarf an gut ausgebildeten Arbeitskräften stieg schnell. //

Dem Thema Bildung kam in dieser Situation in doppelter Hinsicht eine wichtige Bedeutung zu: Einerseits sollte sie zu einem Motor des sozialen Aufstiegs werden, andererseits die Nachfrage nach spezialisierten Fachkräften bedienen. Ein Instrument dafür war das BAföG. Das Neue am BAföG war, dass es nicht an gute Studienleistungen, sondern an die Höhe des Einkommens der Eltern geknüpft war. Mit dem neuen Gesetz gab es damit das erste Mal einen individuellen Rechtsanspruch auf eine staatliche Förderung des Studiums.
Im darauffolgenden Jahr erhielten bereits 44,6 Prozent der etwa 600.000 Studierenden in der Bundesrepublik finanzielle Unterstützung im Rahmen des BAföG. In dieser ersten Phase gab es die Zahlungen noch als Vollzuschuss – die Studierenden mussten nichts zurückzahlen. 1974 wurde jedoch bereits die erste Darlehenskomponente in das Gesetz eingefügt und der Anteil der Förderberechtigten in den folgenden Jahren immer weiter gesenkt. Unter der Regierung von Helmut Kohl (CDU) wurden schließlich die BAföG-Zahlungen zu einem Volldarlehen umgewandelt. Das Ziel, mehr Chancengleichheit durch besseren Zugang zu Bildung zu schaffen, wurde aufgegeben, der Arbeitsmarkt für studierte Arbeitskräfte schien gesättigt.

Sinkende Förderquote

Nach der Wiedervereinigung 1990 wurde zwar vom Modell des Volldarlehens abgerückt – seitdem sind die BAföG-Zahlungen zur einen Hälfte ein zinsloses Darlehen, zur anderen ein Zuschuss –, und die ab 1998 regierende rot-grüne Koalition verbesserte die Förderbedingungen sogar teilweise. Ein echter Wandel hin zu einem wirklich effektiven Instrument zur Förderung einkommensschwacher Schülerinnen, Schüler und Studierender wurde aber auch damit nicht erreicht.
2019 erhielten nur noch 11 Prozent der Studierenden BAföG – prozentual wa-

Aufstiegs-BAföG

Mit dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) werden seit 1996 Fortbildungen gefördert, die zu einem beruflichen Aufstieg führen sollen. Voraussetzung ist, dass der Abschluss, auf den die Fortbildung vorbereitet, über dem Niveau einer Facharbeiter-, Gesellen- und Gehilfenprüfung oder eines Berufsfachschulabschlusses liegt. Die Zielgruppe umfasst vor allem Menschen, die bereits einen ersten Berufsabschluss haben, schließt aber auch Bachelorabsolventinnen und -absolventen oder Studienabbrecherinnen und -abbrecher nicht grundsätzlich aus. Die Fortbildung wird je zur Hälfte als Zuschuss, zur anderen Hälfte als Darlehen mit bis zu 15.000 Euro gefördert. Bei einem Vollzeitprogramm erhalten beispielsweise alleinstehende Geförderte für den Lebensunterhalt monatlich knapp 900 Euro. Im Jahre 2018 erhielten 167.000 Menschen eine Förderung nach dem AFBG. J. S.

Foto: IMAGO/Panthermedia

Im Jahre 2019 erhielten lediglich 11 Prozent der Studierenden BAföG – ein so niedriger Anteil wie noch nie in der 50-jährigen Geschichte der Ausbildungsförderung.

ren es nie weniger. Gleichzeitig ist unter ihnen der Anteil derjenigen, die neben dem Studium arbeiten, mit zwei Dritteln so hoch wie nie zuvor. Um diesem Bedeutungsverlust des BAföG entgegenzuwirken, novellierte die Bundesregierung das BAföG 2019, nach den Worten von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) sollte damit eine „Trendumkehr" für das Förderungsgesetz eingeleitet werden. Tatsächlich fallen die Zahlungsaufschläge etwas höher aus als bei vielen vorherigen Anpassungen des BAföG. Kritiker weisen aber darauf hin, dass selbst damit die Steigerung der Lebenshaltungskosten in den vergangenen Jahren nicht annähernd abgedeckt worden sei und die Zahl der BAföG-Geförderten sieben Jahre in Folge sank.

Auch der GEW geht die jüngste BAföG-Reform nicht weit genug. „Soll das Gesetz einen echten Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leisten, müssen deutlich mehr Studierende, Schülerinnen und Schüler von ihm profitieren, das BAföG wieder zu einem Vollzuschuss und der Höchstbetrag an den realen Bedarf angepasst werden", sagt der stellvertretende Vorsitzende und Hochschulexperte der GEW, Andreas Keller. Mittelfristig wünscht sich die GEW eine elternunabhängige Ausbildungsfinanzierung und die Wiedereinführung der Förderungsmöglichkeit aller Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II.

Joshua Schultheis,
Redaktion bbz – Berliner Bildungszeitschrift der GEW Berlin

Zweiter Bildungsweg

Seit es den zweiten Bildungsweg gibt, können auch Schülerinnen und Schüler unter bestimmten Bedingungen durch das BAföG gefördert werden. 2019 gab es rund 191.000 Geförderte, die zur Schule gingen – seit 2010 ist das ein Rückgang von über 40 Prozent. Förderwürdig ist zum Beispiel, wer das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg anstrebt, sich also dafür entscheidet, nach einer Berufsausbildung bzw. einer Phase der Berufstätigkeit die Hochschulreife nachzuholen. Wer dabei ein Abendgymnasium oder ein Kolleg besucht, erhält zudem elternunabhängig und vollbezuschusst den Höchstsatz von derzeit 723 Euro ausgezahlt. Die GEW setzt sich dafür ein, dass im Bedarfsfall auch für Menschen mit Fluchterfahrung die Förderung des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung in den Schulen und Einrichtungen des zweiten Bildungswegs gesichert ist.

J. S.

Beamtendarlehen 10.000 € -120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 40 Jahren.

NEUER exklusiver Beamtenkredit - Unser bester Zins aller Zeiten - Sensationell günstig
2,50% echter Vorteilszins
effektiver Jahreszins
Repr. Beispiel gemäß §6a PAngV (2/3 erhalten): 50.000 €, Lfz. 120 Monate, 2,50% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,47% p.a., mtl. Rate 470,70 €, Gesamtbetrag 56.484.- € Vorteil: Kleinzins, kleine Rate. Annahme: gute Bonität.
SUPERCHANCE um teurere Kredite, Beamtendarlehen/Versicherungsdarlehen & Girokredite sofort entspannt umschulden. Reichsparen mit unserem neuen Exklusivzins, warum mehr zahlen.
Unser neuer und bester Zins aller Zeiten, noch nie waren die Zinskosten so gering!
Deutschlands günstiger Spezial-Beamtenkredit ohne Versicherungen
Exklusivzins sehr gut
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel: (0621) 178180-0
info@ak-finanz.de
www.AK-Finanz.de

Zweifel an Verfassungsmäßigkeit

// Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hält die Feststellung der Bedarfssätze nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) für nicht verfassungskonform. Dies geht aus einem Urteil des Leipziger Gerichts von Ende Mai hervor. Geklagt hatte eine Studentin. Die GEW sieht sich in ihrer Forderung nach einer BAföG-Reform bestärkt und rät zum Widerspruch gegen den letzten BAföG-Bescheid. //

Foto: Pixabay/Chefchen

Das Bundesverwaltungsgericht hält die Festlegung der BAföG-Bedarfssätze für verfassungswidrig.

Nach Überzeugung des BVerwG ist die Festlegung des BAföG-Bedarfssatzes nicht mit dem „verfassungsrechtlichen Teilhaberecht auf gleichberechtigten Zugang zu staatlichen Ausbildungsangeboten“ vereinbar, heißt es in dem Urteil. Da das BVerwG selbst Gesetze nicht für verfassungswidrig erklären darf, hat es eine Vorlage an das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) beschlossen. Das letzte Wort haben jetzt die obersten Richterinnen und Richter in Karlsruhe.

Konkret zweifelt das BVerwG an, dass der Gesetzgeber im BAföG „ein taugliches Berechnungsverfahren“ für die Höhe der Bedarfssätze gewählt, die dafür relevanten Tatsachen „vollständig und zutreffend ermittelt“ und dies „mit einem nachvollziehbaren Zahlenwerk“ dargelegt hat. Im Ergebnis könnten die BAföG-Sätze als so niedrig angesehen werden, dass sie das über das Grundrecht der Berufswahlfreiheit garantierte ausbildungsbezogene Existenzminium verletzen. Ihren studentischen Mitgliedern empfiehlt die GEW, Widerspruch gegen ihren letzten BAföG-Bewilligungsbescheid einzulegen. So können Ansprüche auf BAföG-Nachzahlungen für den Fall gesichert werden, dass das BVerfG der Argumentation des BVerwG folgt und das Gesetz in seiner jetzigen Fassung kippt. GEW-Mitglieder können auf der GEW-Website ein Musterschreiben für einen Widerspruch an die zuständige BAföG-Behörde herunterladen: www.gew.de/bafoeg-widerspruch-pdf. Darüber hinaus können sie sich kostenlos von der Rechtsstelle ihres Landesverbands beraten lassen.

Politik muss jetzt handeln

Die Entscheidung des BVerwG ist eine schallende Ohrfeige für die Hochschulpolitik der Bundesregierung, die jetzt schnell reagieren muss. Seit seinem Inkrafttreten vor 50 Jahren wurde die Ausbildungsförderung regelrecht heruntergewirtschaftet (s. Seite 22 f.). Eine umfassende BAföG-Reform gehört daher in das 100-Tage-Programm der neuen Bundesregierung.

Eine vom Deutschen Studentenwerk in Auftrag gegebene Studie hatte den Grundbedarf nach dem BAföG bereits 2016 mit 500 bis 550 Euro beziffert. Heute liegt der Grundbedarfssatz mit 427 Euro immer noch deutlich darunter. Auch mit der Wohnpauschale in Höhe von 325 Euro kann selbst in preiswerten Hochschulstädten eine Wohnung oder ein WG-Zimmer kaum finanziert werden. Das BAföG muss daher in einem ersten Schritt um mindestens 150 Euro angehoben und künftig regelmäßig an Preissteigerungen angepasst werden. Analog zu den Regelungen fürs Wohngeld muss es höhere Wohnzuschüsse in Städten mit besonders hohen Immobilienpreisen geben.

Weitere Forderungen der GEW zielen auf eine kräftige Erhöhung der Elternfreibeträge, die Wiedereinführung der Regelförderung von Schülerinnen und Schülern, die Verlängerung der Förderungshöchstdauer um zwei Semester je Studiengang, die Abschaffung von Altersgrenzen und die Umwandlung des BAföG in einen Vollzuschuss, der nicht zurückgezahlt werden muss. Perspektivisch tritt die Bildungsgewerkschaft für ein elternunabhängiges Studienhonorar ein.

Der Bundesausschuss GEW Studierende hat außerdem gemeinsam mit Jugend- und Studierendenorganisationen die Petition „50 Jahre BAföG – (k)ein Grund zu feiern!“ initiiert, die unter www.bafoeg50.de online unterzeichnet werden kann. „Langfristig muss das BAföG familienunabhängig und wieder als Vollzuschuss gestaltet werden. Es braucht ein BAföG, das zum Leben reicht“, erklärte Sprecherin Nathalie Schäfer.

Andreas Keller,
GEW-Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung

Sägen am Lehrstuhl

// Talare tragen sie zwar nicht mehr, die Ordinarien, der Muff haftet ihnen aber immer noch an. Das finden zumindest diejenigen Stimmen im Wissenschaftsbetrieb, die die Organisationsstruktur der deutschen Hochschulen für überholt halten. Das hierzulande geltende Lehrstuhlprinzip wollen sie durch das vor allem in den angelsächsischen Ländern verbreitete Department-Modell ersetzen. Das Für und Wider wurde in einer Online-Diskussion – organisiert von GEW, ver.di und der Initiative „Frist ist Frust" – abgewogen. //

Tilman Reitz kann dem Lehrstuhlprinzip nichts abgewinnen. Er hat es zwar mittlerweile selbst zum ordentlichen Professor in Jena gebracht, auf dem Weg dorthin aber so viele schlechte Erfahrungen mit dem Organisationsprinzip deutscher Hochschulen gesammelt, dass er dieses am liebsten durch ein ganz anderes ersetzt sähe.

Das aktuell herrschende „Lehrstuhlprinzip" bedeutet, dass es einige wenige Lehrstuhlinhaberinnen und -inhaber gibt, die gut besoldet weitestgehend ungestört forschen und lehren können. Für viele andere in der akademischen Wissenschaft gilt dagegen, dass sie befristet angestellt sind und in Abhängigkeit zu ihren vorgesetzten Professorinnen oder Professoren stehen. Reitz ist überzeugt, dass dies nicht nur zahlreiche junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in eine untragbar prekäre Berufslage bringt, sondern auch der Qualität von Forschung und Lehre schadet.

Dem Modell, in dem Macht und Mittel stark konzentriert sind, stellt Reitz die Department-Struktur gegenüber. Die Idee: Für bereits promovierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bietet die Hochschule grundsätzlich unbefristete Arbeitsverhältnisse – Tenure-Track-* oder Dauerstellen – an; ausgeprägte Hierarchien soll es keine mehr geben, Organisationsmittelpunkt der Wissenschaft wird nicht mehr der Lehrstuhl, sondern das Institut (Department) sein. Gleichzeitig glaubt Reitz, dass wieder stärker auf eine Grundfinanzierung der Hochschulen gesetzt werden sollte, da die Zuteilung von Forschungsgeldern durch wettbewerbsähnliche Ausschreibungen Innovation sowie Forschungs- und Lehrfreiheit behindert.

Weniger Promotionen

Die Gegenseite, an diesem Abend repräsentiert vom Präsidenten der Universität Potsdam, Oliver Günther, hatte es nicht leicht bei diesen überzeugend vorgetragenen Argumenten und einem Publikum, das während der Debatte über die Chatfunktion seine Sympathien für Reitz' Position klar kundtat. Günther machte denn auch von Anfang an deutlich, dass er nicht für das seiner Meinung nach an vielen Stellen überholte Lehrstuhlprinzip steht. Auch er findet, dass die Praxis der Kettenbefristung der Wissenschaft mehr schadet als nutzt. Allerdings gibt es seiner Ansicht nach mit dem Tenure-Track-Modell bereits mehr Planungssicherheit und Unabhängigkeit für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Zudem sollte auch die Zahl der Promotionen reduziert werden und denjenigen, die für die Wissenschaft nicht geeignet sind, frühzeitig der Ausstieg nahegelegt werden. Zudem ist Günther davon überzeugt, dass es nicht für jede Disziplin, für jedes Institut die eine richtige Lösung gibt. Er wünscht sich, dass es den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern selbst überlassen wird, zu wählen, welche Organisationsform die beste für sie ist.

Nach einem zweistündigen Austausch räumte Reitz ein, dass viele seiner Positionen gar nicht so weit weg von denen Günthers sind. Einen ganz entscheidenden Unterschied gebe es aber: Während Günther der Meinung sei, im Großen und Ganzen bewegten sich die deutschen Hochschulen in die richtige Richtung, glaube er, dass nur eine umfassende Reform das Ruder noch herumreißen könne.

Joshua Schultheis,
Redaktion bbz – Berliner Bildungszeitschrift der GEW Berlin

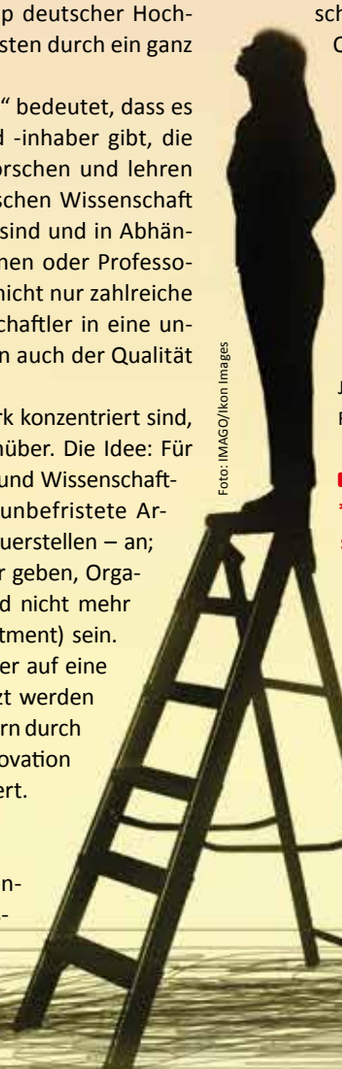


Foto: IMAGO/Ikon Images

***Tenure-Track-Professuren sollen dem wissenschaftlichen Nachwuchs eine verlässliche berufliche Perspektive bieten. Die Wissenschaftlerin oder der Wissenschaftler wird zwar zunächst nur befristet eingestellt, erhält aber – nach erfolgreicher Bewährungsphase („Tenure Track") – unmittelbar im Anschluss eine dauerhafte Professur.**

Befristete Arbeitsverträge, das Abhängigkeitsverhältnis und die mangelnde Planbarkeit der Karriere schrecken viele von der akademischen Laufbahn ab. Ein Lösungsvorschlag ist, Lehrstühle durch Department-Strukturen zu ersetzen – bestehend aus mehreren Professuren.

Berufserfahrung wird nicht gewürdigt

// Während die Länder zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels zahllose Quer- bzw. Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger engagieren, stoßen gut ausgebildete migrierte Kolleginnen und Kollegen auf hohe Hürden. Die GEW untersucht den Missstand jetzt in einer Studie – und fordert die Gleichbehandlung der Qualifikationen, die nicht in Deutschland erworben worden sind. //

Als Referent für Bildungspolitik der GEW Hessen kennt Roman George viele Tücken des Schulsystems. Seit einigen Monaten allerdings stößt der Politikwissenschaftler auf bisher kaum geahnte Fallstricke für Lehrkräfte mit ausländischen Abschlüssen. „Der Weg in den Beruf ist in Deutschland für migrierte Lehrkräfte wahnsinnig schwierig“, sagt George. „Die Anerkennung ihrer Qualifikation ist im Vergleich zu anderen Berufsgruppen mit besonders hohen Hürden versehen – formale Abschlüsse spielen eine ganz zentrale Rolle.“ Zurzeit erstellt der Referent im Auftrag der GEW eine Studie zur Anerkennungs- und Beschäftigungspraxis migrierter Lehrkräfte und sucht auch nach Best-Practice-Beispielen. Rund 25 qualitative Interviews hat er geführt, mit zugewanderten Lehrerinnen und Lehrern ebenso wie mit Fachleuten.

Was George dabei gehört hat, ließ ihn mitunter erschrecken. Da war der markante Fall einer Lehrerin aus Rumänien, die schon mehr als ein halbes Jahr auf die Anerkennung ihres Berufsabschlusses wartete und nicht wusste, was ihr bevorstand. Obwohl sie hervorragend Deutsch spricht, musste sie noch die Hürde einer Zertifizierung mit dem höchsten Sprachlevel C2, dem Großen Deutschen Sprachdiplom, nehmen. Statt ihre Kompetenzen zu nutzen, ließ das Bundesland die Frau lieber im Unklaren zu Hause sitzen – während ihr Mann längst als Chirurg in einer Klinik operieren durfte. „Die hohen Sprachvoraussetzungen in Deutschland sind häufig ein gravierendes Hindernis“, berichtet George. „Die notwendigen Deutsch-Sprachkurse, um das geforderte Niveau zu erreichen, werden aber gar nicht flächendeckend in allen Bundesländern angeboten.“ Einige Länder organisierten allerdings inzwischen zielgruppengenaue Fachsprachenangebote, um benötigte Kompetenzen zu vermitteln.

Hohe formale Hürden

Außer den hohen Sprachanforderungen gibt es mindestens ebenso hohe formale Barrieren. Selbst wenn manche Lehrkräfte zehn Jahre und mehr Berufspraxis aus ihren Heimatländern mitbringen, müssen sie haarklein Studienleistungen und Punkte nachweisen oder nachholen. „Berufserfahrung wird nicht gewürdigt“, sagt George. Ein weiteres zentrales Problem sei das zweite Unterrichtsfach, das in den meisten Bundesländern verlangt wird – während Lehrkräfte in vielen Herkunftsländern nur in einem Unterrichtsfach ausgebildet werden. Allerdings nehmen mittlerweile manche Bundesländer migrierte Lehrkräfte trotzdem in den Schuldienst auf – und lassen sie berufsbegleitend ein zweites Fach studieren.

Klar ist: Die hohen Anforderungen haben gravierende Folgen. „Ein Großteil der im Ausland ausgebildeten Lehrkräfte kann in Deutschland nicht im erlernten Beruf tätig werden“, sagt George. Nach dem jüngsten Anerkennungsbericht der Bundesregierung geht er davon aus, dass von rund 4.000 Interessierten im Jahr, die eine Beratung aufsuchen, lediglich knapp 2.500 Anerkennungsanträge stellen. Nur in jedem zehnten Fall wird eine volle Gleichwertigkeit anerkannt, während rund 15 Prozent pauschal abgelehnt werden. Mehr als zwei Drittel der Antragsteller bekommen indes teils aufwändige und kostspielige Ausgleichsmaßnahmen auferlegt, wie langwierige Anpassungslehrgänge von bis zu drei

Foto: Shutterstock/GEW

In vielen Fächern werden derzeit Lehrerinnen und Lehrer dringend gesucht. Die Einstellung eingewanderter Fachkräfte ist ein Mittel gegen den Lehrkräftemangel.

Refugees welcome!

Die Universität Potsdam hat 2016 ein Programm für geflüchtete Lehrkräfte aufgelegt – heute ist es beispielgebend.

Als im Sommer 2015 mehr als eine Million geflüchtete Menschen nach Deutschland kamen, reagierte die Uni Potsdam sofort. Noch 2016 startete sie das bundesweit einzigartige „Refugee Teachers Program“ – ein bis heute erfolgreiches Qualifizierungsprogramm für geflüchtete Lehrkräfte (s. E&W 10/2016). Mittlerweile wurde das Angebot auf alle Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte und ausländischer Berufsqualifikation ausgeweitet und weiterentwickelt. Die Teilnehmenden, die über einen Hochschulabschluss und Berufspraxis in ihrem Herkunftsland verfügen müssen, werden in vier Semestern sprachlich, fachlich, pädagogisch und interkulturell für die Arbeit an brandenburgischen Schulen vorbereitet.

Aktuell sind zehn Teilnehmende dabei. Das Programm ermöglicht ihnen in vier Semestern neben dem Erlernen der deutschen Sprache bis zum Level C1 gute Einblicke ins Schulsystem sowie Hospitationen. Zudem besteht die Chance, Mathe, Physik, Sport und Wirtschaft-Arbeit-Technik als zweites Fach zu studieren. Weitere Fächer wie Englisch sollen dazukommen. Danach folgen ein Jahr schulpraktische Qualifizierung und eine Eignungsprüfung oder ein Anpassungslehrgang. Klares Ziel: die vollständige Lehramtsqualifikation.

Das Land Brandenburg finanziert das Refugee Teachers Program aktuell mit jährlich 500.000 Euro. „Unser Land wird davon profitieren, wenn es uns gelingt, Zuwandererinnen und Zuwanderer für unsere Hochschulen und Schulen zu gewinnen“, sagt Wissenschaftsministerin Manja Schüle (SPD). Bis September 2020 wurden 160 geflüchtete Lehrkräfte zum Programm zugelassen, 105 haben es erfolgreich abgeschlossen. Von ihnen seien bisher 39 im brandenburgischen Schuldienst angekommen – elf unbefristet, 26 befristet und zwei in Elternzeit, erzählt Projektleiterin Anna Aleksandra Wojciechowicz. Einige Absolventen seien auch in Berlin untergekommen. Zudem schlügen etliche Abgängerinnen und Abgänger andere Wege ein, etwa als Erzieherinnen und Erzieher, als Vertretungslehrkräfte oder sie nähmen Stellen an Freien Schulen an, so Wojciechowicz. S. H.

Jahren – teils ohne Verdienst. „In kaum einem anderen Beruf sind die Hürden so hoch wie im Lehramt“, sagt George. Viele der Kolleginnen und Kollegen würden sich daher in Jobs als Seiteneinsteigerinnen und -einsteiger, Unterrichtshilfe oder Sprachförderkraft flüchten oder Vertretungsverträge annehmen, die allerdings schlechter bezahlt oder nur befristet sind. Georges Fazit: „Eine Vereinfachung und bundesweite Koordination der Länder wäre sehr im Interesse migrierter Lehrkräfte – und der interkulturellen Öffnung der Schulen.“

Juri Haas sieht das ähnlich. Der Dresdner ist Mitglied des Leitungsteams im Bundesausschuss Migration, Diversity, Antidiskriminierung (BAMA) der GEW und hat einen Antrag zum Gewerkschaftstag mit verfasst. „Lehrkräfte mit ausländischen Berufsabschlüssen stoßen im deutschen Schulsystem zu oft auf ungerechtfertigte Hürden“, kritisiert Haas. „Für die GEW ist es eine gewerkschaftliche Selbstverständlichkeit, die Kolleginnen und Kollegen in der Anerkennung ihrer Qualifikationen zu unterstützen.“ Eine Debatte des Themas auf dem Gewerkschaftstag im Juni musste indes verschoben werden – pandemiebedingt.

Sven Heitkamp,
freier Journalist

WUS
World University Service

Jede*r hat das
Recht auf Bildung.
Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Wer wir sind

World University Service (WUS) ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das Menschenrecht auf Bildung einsetzen.

Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

WUS unterstützt ausländische Studierende durch Lobbyarbeit, berufliche Orientierung und Reintegration sowie durch das **Studienbegleitprogramm STUBE Hessen** und das **Portal Hessische Hochschulen im Nord-Süd-Kontext**.

Globales Lernen

Die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** vernetzt nicht-staatliche und staatliche Akteur*innen zu entwicklungspolitischer Bildung.

Das **Portal Globales Lernen** hält Informationen und Bildungsangebote zum Globalen Lernen bereit.

Das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** präsentiert im Auftrag der 16 Deutschen Länder deren entwicklungspolitische Ziele und Aktivitäten.

Das Projekt **Grenzenlos - Globales Lernen in der beruflichen Bildung** vermittelt Lehrkooperationen mit Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika an berufsbildende Schulen.

Der **WUS-Förderpreis** zeichnet Studienabschlussarbeiten aus, die ausgewählte Themen der 17 Nachhaltigkeitsziele behandeln.

www.wusgermany.de

Auf die Plätze, fertig,
Wasser!

Jetzt organisieren!
www.arche-nova.org/spendenlauf
Checkliste zum Runterladen

Spendenlauf an Ihrer Schule
mit **arche noVa** für
Wasserprojekte weltweit!

arche noVa
Initiative für Menschen in Not

„Man hängt total in der Luft“

// Yuliya Schmidt aus Belarus ist ausgebildete Lehrerin und deutsche Staatsangehörige. Dennoch arbeitet sie in Dresden als Dolmetscherin und Übersetzerin – statt in einer Schule. Im Interview erzählt die 36-Jährige die Geschichte ihrer Odyssee. //

E&W: Sie leben als ausgebildete Lehrerin seit zehn Jahren in Deutschland, können aber nicht in ihrem Beruf arbeiten. Wie erleben Sie die Situation?

Yuliya Schmidt: Es ist schade und traurig, dass man so mit Lehrkräften mit ausländischen Qualifikationen umgeht. Da überlegt man schon, ob man noch gern in den deutschen Schuldienst möchte.

E&W: Wie sind Sie als Lehrerin ausgebildet?

Schmidt: 2007 habe ich in meiner Heimatstadt Witebsk an der Staatlichen Mascherow-Universität ein fünfjähriges Lehramtsstudium abgeschlossen und die Qualifikation als Lehrerin für russische Sprache und Literatur sowie für deutsche Sprache erhalten. Ein Jahr später habe ich zudem einen Magister der philologischen Wissenschaften absolviert.

E&W: Haben Sie auch praktische Erfahrung als Lehrerin?

Schmidt: Schon während des Studiums konnte ich meine Fächer drei Jahre an einer staatlichen Mittelschule unterrichten und nach dem Magisterabschluss Deutsch an meiner Hochschule vermitteln. Danach habe ich ein Jahr in Moskau in einer Anwaltskanzlei für deutsche Kunden als Dolmetscherin und Übersetzerin gearbeitet.

E&W: Wie hat es Sie nach Dresden verschlagen?

Schmidt: 2011 bin ich der Liebe wegen nach Dresden gegangen – der Liebe zu meinem heutigen Ehemann und zur deutschen Sprache. Ich habe an der TU Dresden Germanistik studiert und war Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ich lebe also schon seit zehn Jahren in Deutschland, seit 2018 bin ich eingebürgert; mein Sohn geht aktuell in die erste Klasse.

E&W: Sie arbeiten dennoch als öffentlich bestellte, beeidigte Dolmetscherin und Übersetzerin für Russisch und Belarussisch – und nicht als Lehrerin. Warum?

Schmidt: Das müsste man eigentlich die Schulbehörden fragen. Ich arbeite bereits seit acht Jahren als Freiberuflerin für sächsische Ämter, für die Justiz, für das Landeskriminalamt und andere. Seit meiner Einbürgerung 2018 habe ich überlegt, meinen alten Beruf auszuüben und in den Schuldienst zu gehen, weil dieser mir mehr Sicherheit bietet. Ich habe meine Unterlagen zur Anerkennung ausländischer Bildungsnachweise eingereicht, weil eine meiner Studienkolleginnen mit dem identischen Lehrerdiplom aus Belarus ohne Probleme ihre Anerkennung für beide Fächer bekommen hat. Sie unterrichtet längst an einer Oberschule und ist verbeamtet. Weil ich ja zusätzlich einen deutschen Masterabschluss in Germanistik habe, war ich sehr entspannt. Aber ich habe mich geirrt.

Foto: privat

Yuliya Schmidt

E&W: Warum? Was passierte?

Schmidt: Abgegeben habe ich die Unterlagen im Mai 2018 – aber die erhoffte Anerkennung habe ich bis heute nicht. Bis Herbst 2019 hatte ich noch nicht einmal etwas vom Landesamt für Schule und Bildung gehört und habe deshalb nachgefragt. Bald darauf habe ich den Bescheid erhalten, dass ich nur für das Lehramt Russisch an Oberschulen zugelassen werde, aber nicht für Deutsch als Fremdsprache. Begründung: Ich hätte das zweite Fach nicht ausreichend studiert. Das war sehr schlimm für mich. Mein Widerspruch, in dem ich alles exakt erklärt habe, wurde monatelang nicht beantwortet und dann abgelehnt. Auch ein Schreiben an den Präsidenten des Landesamtes brachte nichts.

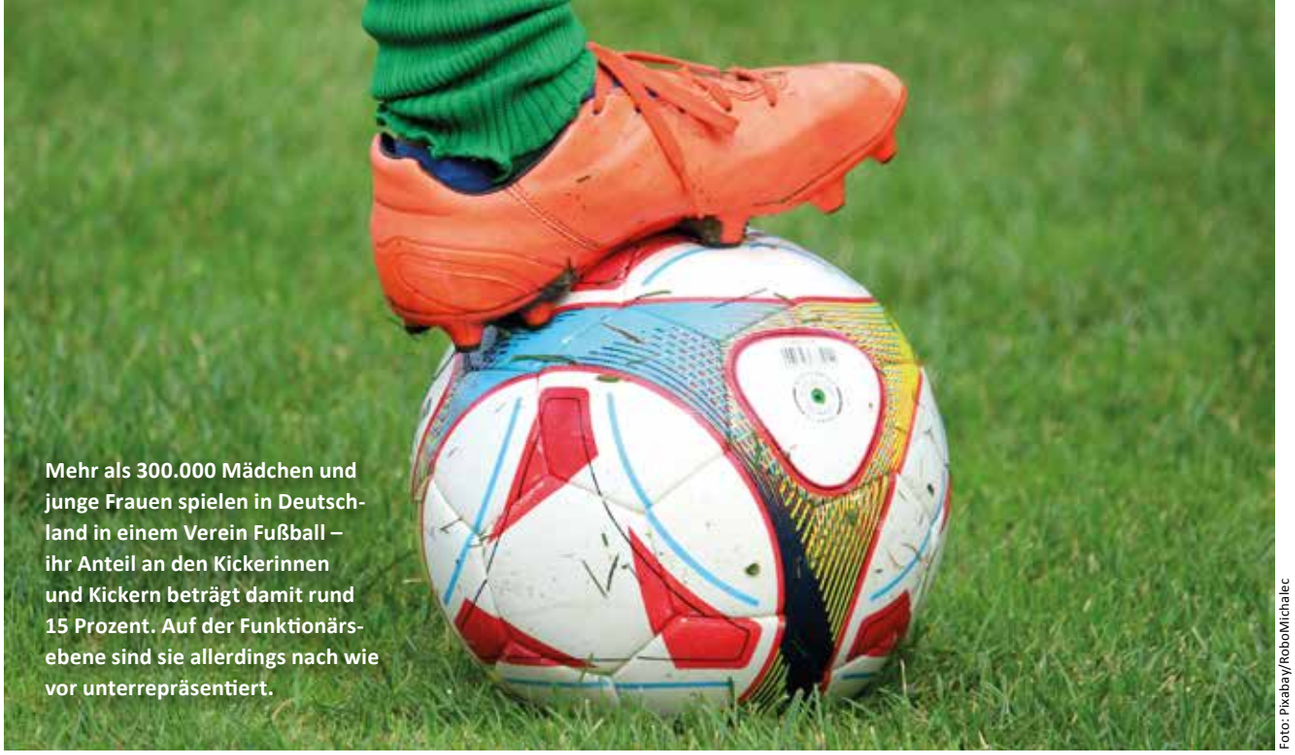
E&W: Und wie ist es heute?

Schmidt: Ich habe einen Anwalt eingeschaltet, und nach mehreren Gesprächsversuchen haben wir im September 2020 Klage beim Verwaltungsgericht Dresden eingereicht. Wir sind der Meinung, dass man viele meiner bisherigen Studienleistungen in Deutsch bisher nicht richtig zur Kenntnis genommen hat. Über diese formalen Fehler und offenen Fragen ist bis heute nicht entschieden. Außerdem engagiere ich mich in der GEW, die mich gut unterstützt, und helfe migrierten Lehrkräften, denen es ähnlich geht.

E&W: Wie kann die Geschichte noch zu einem guten Ende kommen?

Schmidt: Schwierig zu sagen, man hängt total in der Luft, weil nicht kommuniziert wird. Inzwischen besuche ich auch einen Anpassungslehrgang an der TU Dresden für das Lehramt Deutsch an Oberschulen. Das dauert in der Regel vier Semester. Wie alles am Ende ausgeht und ob ich noch eine Anerkennung für das Lehramt bekomme – ich weiß es nicht.

Interview: Sven Heitkamp, freier Journalist



Mehr als 300.000 Mädchen und junge Frauen spielen in Deutschland in einem Verein Fußball – ihr Anteil an den Kickerinnen und Kickern beträgt damit rund 15 Prozent. Auf der Funktionärsebene sind sie allerdings nach wie vor unterrepräsentiert.

Foto: Pixabay/RoboMichalec

Frauenquote – und dann?

// Wenn es um Frauen im Fußball geht, kommt niemand mehr an dem Netzwerk F_in vorbei. Im Juni wurde über Quoten, Diversität, die Ultra-Szene und vieles mehr debattiert. //

Es braucht keine Europameisterschaft, um auf die Integrationskraft des Fußballs zu verweisen: Bundesweit spielen mehr als zwei Millionen Kinder und Jugendliche in insgesamt rund 15.000 Vereinen. Unter ihnen sind mehr als 300.000 Mädchen und junge Frauen.

Gute Gründe also, sich dem Fußball so zu nähern wie anderen jugendrelevanten Feldern: pädagogisch, politisch, aktivistisch, wissenschaftlich. Auf welchem Niveau das, von der nicht so fußballaffinen Öffentlichkeit unbemerkt, geschieht, ließ sich im Juni bei der jährlichen Konferenz von „F_in – Frauen im Fußball“ beobachten. Seit 2004 vereint das Netzwerk Fans und Fanprojekt-Mitarbeiterinnen, Wissenschaftlerinnen und Journalistinnen.

Natürlich geht es, wenn Frauen zu Fußball tagen, immer um die Rollen, die sie spielen (dürfen). Allen Bekenntnissen zum Trotz sind die Führungspositionen des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) nach wie vor fast durchweg männlich besetzt; in den obersten drei Ligen wird keine einzige Herrenmannschaft von einer Frau trainiert. Der Frauenfußball – von dem bei der Konferenz oft gefragt wurde, warum dieser so heißt, während der Männerfußball schlicht als „Fußball“ daherkommt – fristet nach wie vor ein Schattendasein.

Kompetenzschmiede Ultra-Szene

Was das bedeutet, brachte mit Kathrin Längert eine einstige DFB-Pokalsiegerin auf den Punkt. Unter dem Motto „Wie viel Ausbeutung verträgt der Frauenfußball?“ berichtete die heutige Lehramtsstudierende von bizarren Verhältnissen: Bis zur U-17-Nationalmannschaft müssten Frauenteams um „Trainingsplätze, -zeiten und Minibusse kämpfen“. Forderten sie Prämien, wie sie für Männer üblich sind, müssten sie sich dafür rechtfertigen. Längert: „Wenn sich, von der Basis bis in die Spitze, nichts tut, wird die Entwicklung des weiblichen Fußballs nie so professionell, wie es die Spielerinnen längst sind.“ Die Schiedsrichterin Riem Hussein, die im Mai das Women-Champions-League-Finale pfiff und im DFB in der 3. Liga der Herren eingesetzt wird, erklärte: „Du bist nie gleichwertig. Läuft ein Spiel schlecht, ist die Frau auf dem Platz eh schuld. Läuft es gut, heißt es: Wenn eine Frau pfeift, spielen die Männer nicht so aggressiv.“

Eine 30-Prozent-Quote, wie sie prominente Frauen jüngst für DFB-Führungspositionen forderten, wurde positiv betrachtet und zugleich kritisch gewendet. „Frauenquote – und dann? Fußball divers denken“ hieß die Auftaktveranstaltung, in der so quer wie queer diskutiert wurde. „Welche Frauen sind damit gemeint – weiße, akademische CIS-Frauen mittleren Alters?“, fragte Pia Mann vom DFC Kreuzberg. In dem Verein spielen seit bald zehn Jahren Frauen, Lesben, Trans- und Interpersonen. Seit 2018 gibt es eine „AG Trans“ im Berliner Fußball-Verband (BFV), seit 2020 eine Regelung im Spielbetrieb für Menschen, die sich dem dritten Geschlecht zuordnen. Mann: „Der Fußball muss gesellschaftliche Entwicklungen mitgehen. Berlin zeigt, dass sich, dank jahrelangen Engagements und politischem Willen, etwas tut.“

Quer diskutieren lässt sich auch die Welt der Ultras, jener Fans, die im Stadion für die meiste Präsenz und Furore – allerdings auch für so manche Gewaltattacke – sorgen. Sie seien die „größte Jugendkultur unserer Zeit, man muss sich ihnen widmen“, erklärte Heidi Giuliano-Thaler. Für ihre Dissertation sprach sie mit einigen der wenigen weiblichen Ultras. Damit untersuchte sie eine Szene, „in der Männer nähen, malen, reimen, singen, weinen und kuscheln“, bemerkte sie mit einem Augenzwinkern, und in der Frauen auf viele Abwertungsmechanismen träfen: von Sexismus in Reinkultur bis zu Vorurteilen, sie seien Spaßbremsen, Gehilfinnen der Kommerzialisierung oder als „Freundin von …“ lästiges Beiwerk. Die Politikwissenschaftlerin stellte aber auch fest: „Wenn es darum geht, Strategien gegen patriarchale Machtstrukturen einzuüben, ist die Ultra-Szene eine regelrechte Kompetenzschmiede.“

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

Lernen in vielen Sprachen

// Für einen Teil der Schülerinnen und Schüler in Deutschland ist ein zukünftiges Leben im Ausland eine Option – für kurze Zeit oder auf Dauer. Wie Schulen mit transnationaler Mobilität in diesem Sinne umgehen, ist Gegenstand des Projekts TraMiS (Transnationale Mobilität in Schulen) an der Universität Bremen. E&W sprach mit Dita Vogel, Senior Researcher im Arbeitsbereich Interkulturelle Bildung an der Uni Bremen und Teil des TraMiS-Leitungsteams. //

E&W: Sie haben in einem Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Transnationale Mobilität in Schulen" untersucht. Was kann man sich unter diesem Begriff vorstellen?

Dita Vogel: Für Schülerinnen und Schüler in Deutschland ist ein Leben im Ausland heute eine realistische Option. Sei es für kurze Zeit, etwa im Rahmen eines Austauschprojektes, sei es für immer oder auch notgedrungen – wenn beispielsweise nach einer Flucht kein dauerhaftes Bleiberecht gewährt wird. Wir haben gefragt, wie Schulen mit Zukunftsperspektiven umgehen, die nicht auf Deutschland beschränkt sind, und wo sie Verbesserungsbedarf sehen.

E&W: Für das Projekt TraMiS wurden zwölf Schulen als Kooperationspartnerinnen ausgewählt. Was hat die Einrichtungen unterschieden, worin bestanden die Gemeinsamkeiten beim Umgang mit Zuwanderung und Sprachenerwerb?

Vogel: Die Einrichtungen sind in der Tat sehr unterschiedlich. Wir haben Schulen mit hohem und niedrigem Anteil an Zugewanderten ausgewählt, Schulen in großen und kleinen Städten, private und öffentliche Schulen, Schulen mit und ohne mehrsprachige Bildungsgänge. Gemeinsam ist allen, dass sie sich mit Engagement auf die Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler einstellen. Deshalb konnten wir viel aus den Interviews mit Schulleitungen, Lehrkräften und Eltern lernen und auch durch Projekte, die in den Schulen mit Schülerinnen und Schülern durchgeführt wurden.

E&W: Zugewanderte Jugendliche verlassen in Deutschland häufiger als Gleichaltrige ohne Zuwanderungsgeschichte die Schule ohne Abschluss und erreichen seltener einen höheren Bildungsabschluss. Hat das Projekt TraMiS eine Antwort darauf gefunden, wie dieses Problem gelöst werden kann?

Vogel: Es ist erstaunlich, wie wenig Forschung es in Deutschland zum Einfluss der Aufnahmebedingungen auf den Schulerfolg gibt. Unser Projekt, in dem wir qualitativ arbeiten, hat deutlich auf die Problematik von Zugewanderten hingewiesen, die erst im Schulalter oder später als Jugendliche zugewandert sind. Sie werden in den meisten Schulen systematisch benachteiligt, weil die Prüfung von Fach- und Deutschkenntnissen nicht getrennt wird. In den meisten Fächern wie den Naturwissenschaften werden bereits im Herkunftsland erworbene Fachkenntnisse nur wahrgenommen, wenn sie in einem guten Deutsch vorgetragen werden. Das ist einer der demotivierenden Faktoren, die letztlich zu schlechteren Schulleistungen und -abschlüssen führen.

E&W: Wäre ein Fachunterricht in der Herkunftssprache eine Alternative?

Vogel: Ja, es ist durchaus denkbar, dass Unterricht zum Beispiel in Fächern wie Mathematik oder in den Naturwissenschaften in der Einstiegsphase, in der die Lernenden noch keine guten Deutschkenntnisse haben, in der Herkunftssprache erfolgt. Das ist nicht einfach zu realisieren, aber auch die Ermutigung zur Nutzung von Lehrbüchern und Online-Ressourcen in Herkunftssprachen kann dazu beitragen, dass sich Jugendliche Zusammenhänge besser erarbeiten können, auch wenn sie dann auf Deutsch abgefragt werden.

E&W: Welche Empfehlungen leiten Sie aus den Ergebnissen des Forschungsprojekts für die Schulpraxis ab?

Vogel: Wir haben in unserem Forschungs- und Entwicklungsprojekt fünf Impulse mit Vorschlägen für Bildungspolitik und Schulentwicklung veröffentlicht – zum Sprachenlernen in der Schule, zur Aufnahme neu Zugewanderter, zum Einfluss von Wissen und der Haltung von Lehrkräften, zur multiprofessionellen und multilingualen Erweiterung von Kollegien und zur Horizonterweiterung durch Auslandsaufenthalte. Mit Blick auf die Aufnahme Zugewanderter schlagen wir durch ausländische Erfahrungen angeregte Modellversuche vor. Ein schwedisches Modell mit einer mehrsprachigen Kompetenzermittlung zum Einstieg, einem

Foto: Pixabay/Stokpic

kurzen Schwedischkurs, langfristigem Unterricht in Schwedisch als Zweitsprache und bilingualen Lernbegleitungen liefert Anregungen dafür, wie vor allem die Integration Jüngerer besser gelingen könnte. Bei im Jugendalter Zugewanderten sollten auch Modellversuche mit spezialisierten Klassen nach dem Vorbild des International Network for Public Schools in den USA durchgeführt werden. Diese Netzwerkschulen haben zugewanderte Jugendliche mit schlechten Startbedingungen beispielsweise in der Bronx in New York überdurchschnittlich oft zu einem qualifizierten Abschluss geführt.

E&W: Und was sollte sich für Kinder und Jugendliche ändern, die von Anfang an in Deutschland zur Schule gegangen sind?

Vogel: Wir brauchen einen anderen Umgang mit Sprachenkenntnissen und Sprachenfächern in der Schule. Wer eine Sprache sowohl mündlich als auch schriftlich auf dem Niveau beherrscht, das derzeit für die „zweiten Fremdsprachen" verlangt wird, sollte einen Rechtsanspruch darauf haben, dies nachweisen zu dürfen. Bisher muss er oder sie – von wenigen Ausnahmen abgesehen – eine weitere Sprache in der Schule lernen, um das Abitur machen zu dürfen, auch wenn drei Sprachen schon gut beherrscht werden. Gleiche Kompetenzen sollten aber gleich viel für den Schulabschluss zählen. Wer zum Beispiel gute Polnisch- oder Türkisch-, Tamilisch- oder Lettischkenntnisse bei den Eltern oder in einer Sonntagsschule erworben hat, sollte ein Recht auf Prüfung erhalten. Dieser Vorschlag wurde bereits in Fachwissenschaften diskutiert und wird jetzt auch der Kultusministerkonferenz vorgelegt.

E&W: Viele Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien beherrschen die Familiensprache allerdings nur unzureichend. Was ist mit ihnen?

Vogel: Natürlich gibt es auch viele Schülerinnen und Schüler, die eine in der Familie gesprochene Sprache nur mündlich einigermaßen beherrschen. Bisher können sie bestenfalls einen Unterricht in der Herkunftssprache besuchen, üblicherweise in Randstunden am anderen Ende der Stadt. Für diese Leistung erhalten sie dann eine Bemerkung im Zeugnis. Sie sollten stattdessen jedoch in der Schule die Gelegenheit bekommen, ihre Kenntnisse auszubauen – wenn nötig im Online-Unterricht.

E&W: Schule und Bildungspolitik sind bislang darauf fokussiert, die Integration von Migrantinnen und Migranten voranzutreiben, indem diese so schnell wie möglich Deutsch lernen; die Pflege der Herkunftssprache wird als integrationshemmend betrachtet. Steht Ihr Modell der Integration entgegen?

Vogel: Keineswegs. In der Forschung ist die Annahme, dass das Lernen einer Herkunftssprache integrationshemmend ist, schon lange widerlegt. Wer in Deutschland aufgewachsen ist und in der Schule Englisch und Französisch gelernt hat, gilt deswegen ja auch nicht als schlecht integriert, sondern gut darauf vorbereitet, in der exportorientierten deutschen Wirtschaft oder den international vernetzten Hochschulen zu arbeiten. Warum sollten Jugendliche schlecht integriert sein, wenn sie Deutsch, Englisch und Türkisch beherrschen? Wenn die vielen Sprachen, die Kinder und Jugendliche von Hause aus mitbringen, in der Schule ausgebaut werden und eine nicht nur symbolische, sondern zeugnisrelevante Wertschätzung erfahren, ist das nicht nur für sie selbst, sondern auch gesellschaftlich und wirtschaftlich vorteilhaft.

Foto: TraMiS

Dita Vogel

Interview: Jürgen Amendt,
Redakteur der „Erziehung und Wissenschaft"

Das Forschungs- und Entwicklungsprojekt TraMiS ist Ende April abgeschlossen worden. Gefördert wurde es vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und beratend unterstützt durch die GEW sowie die Freudenberg Stiftung. Mehr Informationen unter www.tramis.de

Nach wie vor ist das deutsche Schulsystem auf zugewanderte Kinder und Jugendliche nur unzureichend eingestellt. Vor allem bei der Anerkennung sprachlicher Fähigkeiten und Leistungen in der Herkunftssprache gibt es Reformbedarf.

Mehr Nähe auf Distanz

// Sieben Schulen wurden für ihre Lernkonzepte während der Corona-Pandemie mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet. Eines verbindet alle: eine gelungene Mischung aus persönlicher Zuwendung und guten digitalen Lösungen. //

Manchmal in dieser seltsamen Zeit des Lockdowns haben die Lehrkräfte der Grundschule am Dichterviertel in Mülheim an der Ruhr die Kinder abends zusammengetrommelt. Die Eltern waren beauftragt, für heißen Kakao und einen Schlafanzug zu sorgen. Als es dunkel wurde, trafen sich Dutzende kleiner Grundschülerinnen und -schüler im blauen Licht ihrer Laptops. Dann ging es los: mit dem digitalen Leseabend.

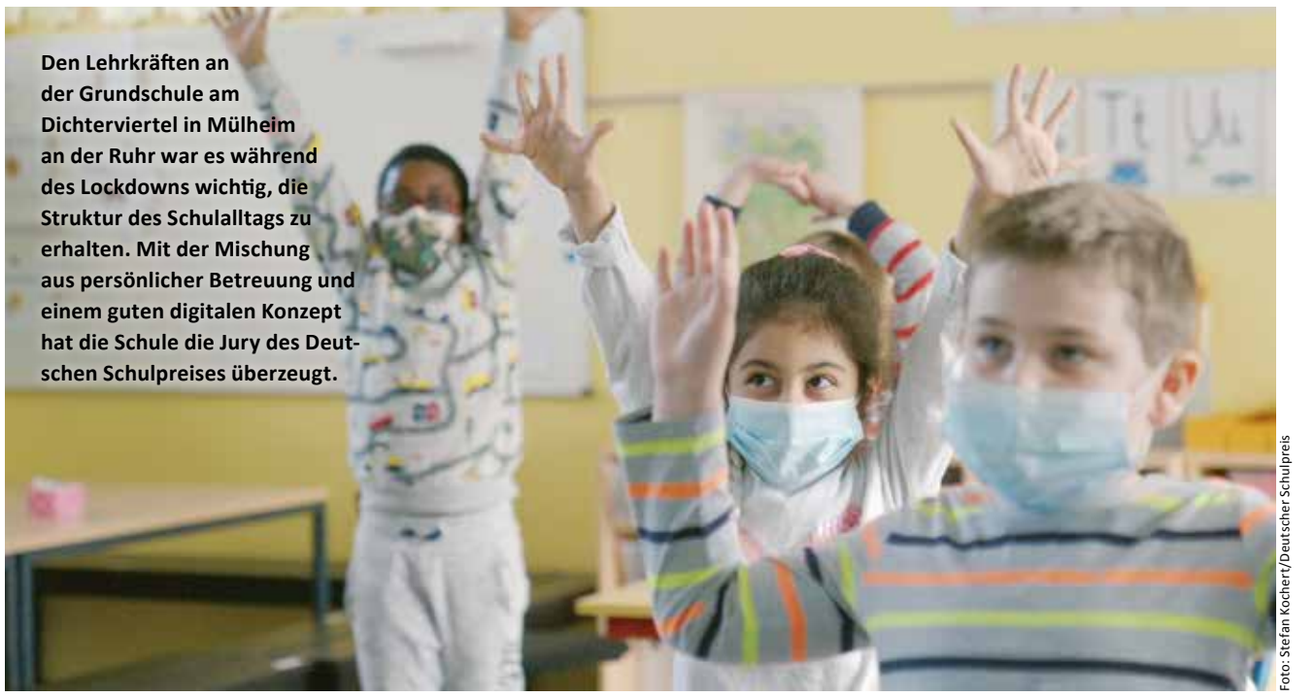
„In der Pandemie war es für uns das Wichtigste, die Beziehung zu den Kindern und unsere Verantwortung für ihre Lernprozesse aufrecht zu erhalten“, sagt Schulleiterin Nicola Küppers. Der Stoff war zunächst zweitrangig. „Ob wir in der Krise die Lerneinheit über die Tulpe durchbekommen oder nicht, ist für die Kinder doch völlig unwichtig. Ob wir sie mit Schule weiter erreichen und wirklich Lernen ermöglichen, dagegen zentral.“ Gerade für ihre Schülerinnen und Schüler in dem benachteiligten Viertel der Stadt, in dem Chancengleichheit jeden Tag aufs Neue eine Herausforderung ist.

Als der erste Lockdown kam, fuhr Küppers daher eine klare Linie: Sie führte neben Online-Leseabenden ein digitales Schülerparlament und eine „digitale Freundschaftsbank“ zur Unterstützung trauriger Kinder ein. Sie verbot Arbeitsblätter für zu Hause, installierte stattdessen eine digitale Plattform für Erklärvideos und Feedback-Chatrooms und schickte die Kolleginnen und Kollegen erstmal drei Wochen in eine Digital-Fortbildung. Gemeinsam entwickelten sie ein Konzept für das Lernen auf Distanz, bereiteten den gesamten Unterrichtsstoff fürs Selbstlernen online auf. Ein Mix aus gemeinsamem Morgenkreis, individuellen Lernphasen, Zwischenreflexionen und nachmittäglichen Online-Ausflügen, zum Beispiel in die Zoos auf der ganzen Welt. Eine Besonderheit: Einige Lehrkräfte blieben den ganzen Tag live im digitalen Klassenzimmer sitzen, jederzeit per Video sichtbar und bereit für Nachfragen. „Wir waren näher aneinander als vorher“, sagt Küppers, „und haben allen Schülerinnen und Schülern individuelles Lernen auch in der Pandemie ermöglicht.“

Weniger Klassenarbeiten

Die Grundschule am Dichterviertel ist eine der sieben Schulen, die 2021 mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichnet wurden. „Wir wollten damit innovative Konzepte sichtbar machen, die Schulen im Umgang mit der Corona-Krise auf die Beine gestellt oder weiterentwickelt haben“, so Andrea Preußker von der Robert-Bosch-Stiftung, die den Preis vergibt. 366 Einsendungen wurden analysiert, sieben Themenfelder ausfindig gemacht (s. Kasten), mit denen sich die Schulen während der Pandemie besonders beschäftigt hatten. Deshalb gab es in diesem Jahr zum ersten Mal in der Geschichte des Schulpreises mehrere Gewinnerinnen: Das beste Konzept für jedes Feld wurde prämiert.

Wie können wir die soziale Arbeit an der Schule unter Corona-Bedingungen weiterführen und unsere Netzwerke stärken? Das hatten sich Gabi Obst und ihr Team am Evangelischen Gymnasium Nordhorn gefragt. Zum Beispiel für das



Den Lehrkräften an der Grundschule am Dichterviertel in Mülheim an der Ruhr war es während des Lockdowns wichtig, die Struktur des Schulalltags zu erhalten. Mit der Mischung aus persönlicher Betreuung und einem guten digitalen Konzept hat die Schule die Jury des Deutschen Schulpreises überzeugt.

Foto: Stefan Kochert/Deutscher Schulpreis

Sieben Mal Lernen im Lockdown

Netzwerke knüpfen: Evangelisches Gymnasium, Nordhorn
Kooperationen mit Universitäten oder Sportvereinen, Andachten per Webkonferenz. Als Ausgleich gab es soziales Engagement mit Abstand: von Balkonkonzerten für Altenheime bis zum Einkaufsservice für Ältere.

Individuell fördern: Mosaikschule, Förderschule, Marburg
Zugeschnitten auf die individuellen Förderpläne wurden Form des Lernens und Begleitung der Kinder festgelegt. Klare Regeln, Rituale und Strukturen gaben Halt.

Digitale Lösungen umsetzen: Integrierte Gesamtschule, Lengede
Großer digitaler Werkzeugkasten, Zugriff auf alle Funktionen und Inhalte eines zentralen digitalen Lernmanagementsystems mit individuellem Passwort und jedem marktüblichen Endgerät.

Bildungsgerechtigkeit fördern: Grundschule am Dichterviertel, Mülheim an der Ruhr
Arbeitsblätter waren im Lockdown verboten. Stattdessen setzte die Schule auf persönliche Begleitung: Videokontakt, Erklärvideos, digitalen Sendeplan mit Morgenkreis, English-Time und Online-Leseabende im Schlafanzug.

Zusammenarbeit in Teams stärken: Städtische Gesamtschule Körnerplatz, Duisburg
Gemeinsam Ressourcen nutzen, Neues ausprobieren. Eine ausgefeilte Teamstruktur der Lehrkräfte erleichterte die Zusammenarbeit und den offenen Austausch über den richtigen Weg. Das setzte sich im kooperativen Lernen der Schülerinnen und Schüler fort.

Selbstorganisiertes Lernen ermöglichen: Städtische Gesamtschule, Münster-Mitte
Aus Lernbüros und Tischgruppen wurden virtuelle Systeme, Lernpläne und Projektaufgaben. Eine digitale Lernlandschaft, geprägt von Eigenverantwortung und einem Mix aus Distanz- und Präsenzphasen, trug die Schülerinnen und Schüler durch die Krise.

Beziehungen gestalten: Grund- und Stadtteilschule Alter Teichweg, Hamburg-Dulsberg
„Be part“ nennt sich das Konzept, das in allen Facetten der Schul- und Unterrichtsgestaltung im Lockdown oberste Leitschnur blieb. Partizipation, Miteinander und digitale Strukturen machten Schule zur Heimat, zum Beispiel mit der Videoshow „Dulsberg late Night“ oder dem Schulessen to go. A. D.

sozialdiakonische Praktikum, für das die Neuntklässler des Gymnasiums ein Jahr lang in Altenheime, Flüchtlingscafés oder zur Tafel gehen. Schnell waren gefunden: Balkonkonzerte vor den Altenheimen und Einkaufsservice, Weihnachtspäckchen schicken und Hunde ausführen. „Anderes haben wir digital organisiert“, sagt Schulleiterin Obst. Die Lernhilfe älterer für jüngere Schülerinnen und Schüler lief ebenso über die Online-Plattform i-surf wie die Montagsandachten mit Pfarrern der Region. Obst: „Da standen dann Eltern und Kinder zu Hause gemeinsam vor dem Bildschirm.“

Eine „Taskforce Unterricht“ feilte an Konzepten für Online-Stunden und Leistungsbewertung. Weniger Unterrichtsgespräche, mehr kleine Impulse; weniger Klassenarbeiten, mehr Exposés und Projektarbeit. Das Digitale schuf neue Verbindungen: Ein Trainer des ehemaligen Bundesligavereins HSG Nordhorn gab Online-Handballsessions, Schülerinnen und Schüler legten sich im Wohnzimmer Wurflinien mit Eierkartons nach. Und wie hätte die Schule am nordwestlichen Rand der Republik ohne den neuen Online-Kick Professoren der Universität Osnabrück, eine Rabbinerin aus Berlin oder das Jungunternehmerteam des Startups Agrolution im Unterricht begrüßen können? Obst: „Für uns war die Pandemie ein Zukunftsbeschleuniger.“

Auf diese Zukunft hat sich die Integrierte Gesamtschule (IGS) Lengede schon seit 2017 vorbereitet. „Als der Lockdown kam, war unser Digitalisierungskonzept gerade perfekt fertig geworden“, sagt Schulleiter Jan-Peter Braun. Innerhalb von zwei Tagen nach Beginn des Lockdowns war die komplette Schulgemeinschaft online: in einer digitalen Lernumgebung, die jedem der Schulgemeinschaft vom Hausmeister über Lehrkräfte und Eltern bis zu den Fünftklässlern mit einem individuellem Passwort Zugang zur kompletten Lernmanagementplattform ermöglicht. „Alles browserbasiert, damit sich die Schülerinnen und Schüler mit jedem beliebigen Endgerät einwählen können.“

So einfach wie möglich

Monatelang hatte die Schulgemeinschaft vorab an Kriterien für den digitalen Unterricht gefeilt, die Online-Plattform konnten die Lehrkräfte jedes Jahrgangs selbst auswählen. „So stand jeder in der Verantwortung“, sagt Braun. Tatsächlich wählten alle das gleiche System: Itslearning, eine einfache Oberfläche mit Videos, Wochenplänen und Feedbackchats, auf der ein Dutzend unterschiedliche Textverarbeitungsprogramme, Meetingtools und Cloud-Anwendungen laufen. In der Oberstufe bewährten sich lange Videovorlesungen als Übung für die Uni, in der Unterstufe kamen kurze Videobegrüßungen für den Start in den Tag gut an. „Unsere Strategie: So einfach wie möglich, so viel wie nötig“, so Braun. Minimale Steuerung, minimale Vorgaben. „Dann kann man sich auf das Wesentliche konzentrieren: die optimale Gestaltung der Lernprozesse.“

Anja Dilk,
freie Journalistin

Viele drehen am Rad

// Eine bundesweit für Schulen der Sekundarstufe I und II repräsentative Studie der GEW zeigt: Trotz Digitalisierungsschub an den Schulen bestehen weiterhin enorme Techniklücken. Außerdem wächst die digitale Kluft zwischen den Schulen. Während der Corona-Pandemie waren Lehrkräfte zudem gezwungen, völlig neue Aufgaben zu bewältigen. Fragen an den Leiter der Studie „Digitalisierung im Schulsystem", Frank Mußmann, Universität Göttingen. //

E&W: Die guten Nachrichten zu Beginn: Welches positive Ergebnis der Studie hat Sie am meisten überrascht?

Frank Mußmann: Sicherlich die Tatsache, dass digitale Medien in der einen oder anderen Form bei 90 Prozent der von uns befragten Lehrkräfte im normalen Unterrichtsgeschehen angekommen sind. 68 Prozent arbeiten inzwischen sogar täglich mit digitalen Medien im Unterricht.

E&W: Nennen Sie mal ein Beispiel. Wie hat sich die Nutzung von Lernmanagementsystemen verändert?

Mußmann: In 2018 gab es eine internationale Befragung, der zufolge nur 2 Prozent der Lehrkräfte in Deutschland regelmäßig Lernmanagementsysteme eingesetzt haben. Inzwischen sind es 39 Prozent. Und wenn man die hinzunimmt, die diese Technologie gelegentlich nutzen, kommen weitere 19 Prozent dazu. Auch hier sprechen wir von einem Digitalisierungssprung.

E&W: Entscheidend ist gutes WLAN an Schulen. Wie sieht es damit aus?

Mußmann: Inzwischen arbeiten 70 Prozent der Lehrkräfte an einer Schule, die WLAN für alle Lehrerinnen und Lehrer bietet. Allerdings haben wir weiterhin Schulen, in denen das WLAN nur im Lehrerzimmer oder gar nicht verfügbar ist.

E&W: Lehrkräfte kritisieren seit Jahren, dass ihnen die Schule keine Dienst-Smartphones oder -Notebooks zur Verfügung stellt. Was hat sich hier getan?

Mußmann: An 18 Prozent der Schulen ist das komplette Kollegium mit tragbaren digitalen Endgeräten versorgt. Wir können aber nicht sagen, ob das private oder Dienst-Geräte sind. Es kommen nochmal 30 Prozent hinzu, an denen es einzelne Schulsätze gibt und sich Lehrkräfte für bestimmte Unterrichtseinheiten Endgeräte ausleihen können.

E&W: Die Studie zeigt, dass die Unterschiede zwischen den Schulen bei der Digitalisierung enorm sind. Was genau haben Sie herausgefunden?

Mußmann: Etwa 12 Prozent der Schulen in unserem Datensatz sind „Digitale Vorreiterschulen". Es folgen „Digital orientierte Schulen" und „Durchschnitt-Schulen". Circa 33 Pro-

Foto: mauritius images/Tetra Images/Jamie G

Tablet statt Tafel – bei der Digitalisierung der Schulen gibt es zwar Fortschritte, in vielen Einrichtungen ist die digitale Infrastruktur allerdings nach wie vor unbefriedigend.

zent aller Schulen sind „Digitale Nachzügler-Schulen“, sie haben eine signifikant schlechtere digitale Infrastruktur und Strategie.

E&W: Welche Folgen hat es für Schülerinnen und Schüler, wenn sie eine „Digitale Nachzügler-Schule“ besuchen?

Mußmann: Sie haben deutlich weniger Möglichkeiten, digitale Kompetenzen zu entwickeln. Das gefährdet die gesellschaftliche Teilhabe und ist ein neues, zusätzliches Gerechtigkeitsproblem.

E&W: Und die „Vorreiter-Schulen“? Was sagen die dort tätigen Lehrerinnen und Lehrer?

Mußmann: Sie empfinden es als Wertschätzung, wenn der Schulträger oder das Bundesland eine vernünftige digitale Infrastruktur zur Verfügung stellt, die sie pädagogisch und didaktisch sinnvoll einsetzen können. Auch das Schulklima ist besser, die Arbeitszufriedenheit ist höher. Und vielleicht das Wichtigste: Es gibt definitiv weniger Stress für die Lehrkräfte, zum Beispiel weil die IT-Systeme verlässlicher sind und nur selten ausfallen.

E&W: Stichwort Arbeitsbelastung der Lehrkräfte. Zu welchen Ergebnissen kommen Sie?

Mußmann: Während der Pandemie sind durch das Homeschooling und den Wechselunterricht neue Anforderungen hinzugekommen: Alles musste doppelt vorbereitet werden – sowohl analog als auch digital. Manche Schülerinnen und Schüler mussten sich zudem zu Hause ein Endgerät mit zwei, drei Geschwistern teilen. Das zu managen, ist für Lehrkräfte eine gewaltige Herausforderung. Und länger arbeiten, sich noch mehr belasten, das geht auf Dauer nicht. Denn schon vor Corona haben viele an ihrer Belastungsgrenze gearbeitet. Das heißt, sie müssen ihre Prioritäten neu setzen. Dann werden andere Aufgaben weniger ausgeführt oder fallen sogar weg. Das heißt am Ende: Faktisch kommt es zu Qualitätseinbußen.

E&W: Welche politischen Forderungen ergeben sich daraus?

Mußmann: Wir müssen davon ausgehen, dass sich jetzt Erschöpfungserscheinungen bei Lehrkräften zeigen. Diese brauchen professionelle Unterstützung. Wir müssen auch damit rechnen, dass die eine oder andere Lehrkraft ausfällt. Erforderlich ist eine Reduktion der Unterrichtsstunden. Gerade in den Bereichen, in denen hochbelastete Pädagoginnen und Pädagogen arbeiten.

E&W: Und was muss sich an Schulen tun, damit der jetzt gestartete Digitalisierungsprozess pädagogisch sinnvoll und nachhaltig fortgesetzt werden kann?

Mußmann: Dazu braucht es vor allem die Entwicklung digitaler Strategien, und dies auf der Ebene jeder einzelnen Schule. Es geht um das richtige Maß der Digitalisierung im jeweiligen Fach. Es geht nicht darum, Konzepte, die von irgendwelchen Anbietern kommen, eins zu eins zu übernehmen. An solchen Schulentwicklungsprozessen sollten Schulleitungen, Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern beteiligt werden.

E&W: Eine Frage zum Design der Studie. Beteiligt haben sich 2.750 Lehrkräfte an Gymnasien, Gesamtschulen und vergleichbaren Schulen aus allen Bundesländern. Kann es sein, dass vor allem jene mitgemacht haben, die ihren Frust loswerden wollten?

Foto: picture alliance/dpa/Holger Hollemann

Frank Mußmann

Mußmann: Wir haben eine Reihe von Sicherungsmaßnahmen eingebaut. Das macht man aus statistischen Gründen so. Wir haben zum Beispiel auch diejenigen Lehrkräfte befragt, die nicht mitmachen wollten. Die Mehrheit sagte: Ich konnte nicht teilnehmen, weil ich einfach keine Zeit habe. Ich dreh‘ sowieso schon am Rad, da kann ich nicht auch noch eine Studie machen.

E&W: Die ersten Studienergebnisse wurden Anfang Juni präsentiert. Wie war das Medienecho?

Mußmann: Größer als erwartet. Wir haben alle Leitmedien erreicht und über 20 Rundfunk- und Fernsehinterviews geführt. Das Handelsblatt hat vorab berichtet. Über die Nachrichtenagentur dpa haben sich viele kleinere Medien angeschlossen. Welche Auswirkungen haben Pandemie und Homeschooling auf die Digitalisierung – das wollten viele wissen.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Frank Mußmann, Thomas Hardwig, Kooperationsstelle Georg-August-Universität Göttingen: „Digitalisierung im Schulsystem. Herausforderung für Arbeitszeit und Arbeitsbelastung von Lehrkräften“: www.gew.de/studie-digi-schulsystem

Queere Vielfalt sichtbar machen

// Was mit einem Instagram-Post eines schwulen Lehrers begann, verbreitete sich in Windeseile über Twitter, Facebook und Co. Dutzende Lehrkräfte outeten sich. Ihre Botschaft: „Wir brauchen mehr queere Sichtbarkeit in Bildungseinrichtungen." In der Initiative #TeachOut haben sie sich zusammengeschlossen. //

Anfang des Jahres, als die Welle der Berichterstattung in den Medien und im Netz das Thema Diversity mit neuer Kraft nach oben spülte, wurde Philipp Aigner hellhörig. Erst hatten sich 185 Schauspielerinnen und Schauspieler mit ihrer Initiative #ActOut öffentlich als „lesbisch, schwul, bi, trans*, queer, inter oder non-binär" geoutet. Dann ermutigte eine Reihe namhafter Fußballer mit der Initiative #ihrkönntaufunszählen nicht geoutete Mitspieler, ihre sexuelle Orientierung nicht länger zu verheimlichen. Schließlich erfuhr Aigner von einer weiteren Initiative: #TeachOut. Fasziniert von „dieser Welle der Gemeinschaft" klinkte sich Aigner ein.

Seit Mitte März ist der 37-jährige Gymnasiallehrer aus Bayern nun im Dauereinsatz. Er gehört zum Orgateam von #TeachOut, das sich wenige Wochen nach dem ersten Post per Video-Konferenz zusammenschloss. Er hat Mailverteiler aufgebaut, Kontakte in Redaktionen zusammengestellt, Mustertexte für Mailings verfasst. „Dann sind wir ausgeschwärmt." Seit April kommen Interviewanfragen im schnellen Takt. Die häufigste Frage, die Aigner seitdem hört: Eine Initiative gegen die Diskriminierung von LSBTI** an Schulen, ist das wirklich noch nötig im Jahr 2021? „Stimmt, denke ich meist spontan, eigentlich ist doch alles super", sagt Aigner. „Dann halte ich einen Moment inne und merke – nee, unter der Oberfläche hakt noch vieles."

Angst vor Vorbehalten

Wie kann es sein, dass jüngst bei einer Umfrage zu LSBTI* an europäischen Schulen im Rahmen des Programms Erasmus+ der Europäischen Union (EU), die Aigner mit organisierte, viele Schulleitungen abwinkten: „Wir nehmen da lieber nicht teil, zu heikel"? Dass Freunde noch immer Scheu haben, Hand in Hand durch die Straßen zu schlendern. Dass er sich im Referendariat erst selbst nicht von der Sorge hat lösen können, die ihn schon sein Leben lang begleitet: Werde ich mit Vorbehalten konfrontiert, wenn ich sage, dass ich schwul bin? Erst nachdem er eine feste Vollzeitstelle an einem Gymnasium erhielt und ein Gefühl dafür entwickelte, wie Kollegium, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern ticken, wagte er den Schritt. Nicht mit einem Paukenschlag, sondern indem er nebenbei von seinem Freund sprach.

Nach einigen Jahren wussten die meisten an seiner Schule, dass er mit einem Mann verheiratet ist. Und auch jetzt, da Aigner im Bayerischen Kultusministerium arbeitet, macht er keinen Hehl aus seiner Homosexualität. „Doch auch wenn die Reaktionen meist positiv sind, bleibt immer diese kurze, besorgte Überlegung im Hirn: Welche Konsequenzen wird meine Offenheit haben?", sagt Aigner. „Normalität ist erst erreicht, wenn diese Überlegung nicht mehr nötig ist."

Genau das hat Annika Sanner vor einigen Wochen animiert, aus dem Hashtag #TeachOut eine organisierte Initiative zu machen. Über Instagram schloss sich die Grundschullehrerin aus Rheinland-Pfalz mit anderen Interessierten aus dem Bildungsbereich zusammen. Es entstand eine bunte Mischung – unterschiedliche sexuelle Orientierungen, unterschiedliche Altersgruppen, Schulformen, Fachkräfte an Kitas, Beschäftigte an Hochschulen. Gemeinsam erarbeitete ein Kernteam Ziele und Forderungen: „Wir wollen queere Vielfalt im Bildungsbereich sichtbar machen und das Bildungssystem selbst diskriminierungsfreier gestalten", erläutert Sanner.

Mit einem Strauß von Forderungen wollen die Initiatoren den Weg dafür ebnen: indem etwa der Schutz geschlechtlicher Vielfalt in alle Landesdiskriminierungsgesetze aufgenommen und Beschwerdestellen eingerichtet werden; indem Unterrichtsmaterialien auch queere Lebenswelten abbilden, indem sexuelle und geschlechtliche Vielfalt Pflichtthema in Studium, Aus- und Weiterbildung sowie fester Bestandteil der Bildungspläne werden. Sanner: „Lehrkräfte wissen noch viel

Foto: mauritius images/Oneinchpunch/Alamy

Anfang des Jahres hatten sich 185 Schauspielerinnen und Schauspieler mit ihrer Initiative #ActOut öffentlich als „lesbisch, schwul, bi, trans*, queer, inter oder non-binär" geoutet. Kurze Zeit später starteten Pädagoginnen und Pädagogen in den sozialen Medien die Initiative #TeachOut, um sich für mehr Selbstverständlichkeit queerer Vielfalt im Bildungsbereich einzusetzen.

zu wenig darüber, wie sie Schülerinnen und Schüler beim Coming-out begleiten können oder wie sie bei Diskriminierungen eingreifen sollten."

Zudem sollte das Thema nicht Sonderaspekt einer Unterrichtseinheit zur Sexualerziehung sein, fordert Sanner, sondern ebenso selbstverständlich wie andere Lebensrealitäten auch. Warum nicht eine Matheaufgabe, in der zwei verheiratete Frauen die Finanzplanung ihres Hauses kalkulieren müssen? Warum nicht im Morgenkreis nebenbei erzählen: „Ich war mit meiner Frau wandern." Sanner: „Wir brauchen Role Models, die Kindern signalisieren: Das ist halt ganz normal."

Wie sehr das wirkt, hat sie selbst erlebt. Als sie ihren Viertklässlern zum ersten Mal von ihrer Frau erzählte, wurde sie mit Fragen überschüttet: Woher wusstest du, dass du dich in eine Frau verliebt hast? Wollt ihr Kinder und wie geht das? Ein Mädchen erzählte erleichtert: „Ach, mein Onkel ist auch mit einem Mann zusammen." Zu Sanners Hochzeit beklebten Erstklässler Windlichter in bunten Farben, von den Eltern gab es einen Blumenstrauß.

Und doch ist Diskriminierung in der Schule noch lange nicht verschwunden. „Schwule Sau" gehört nach wie vor zu den häufigsten Schimpfwörtern auf Schulhöfen in Deutschland. Kein Wunder, dass nach einer Studie des Deutschen Jugendinstituts (DJI) die meisten Jugendlichen aus Angst vor Ausgrenzung und Mobbing ein Coming-out in der Schule vermeiden.

Offenheit signalisieren

Bei den Lehrkräften sieht es nicht viel anders aus. Das zeigt eine Befragung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes von 2017: Nur 43,5 Prozent der LSBTI*-Lehrkräfte gehen an ihren Schulen offen mit ihrer sexuellen Identität um, 43,6 Prozent sprechen nicht darüber. Ein Drittel der Befragten hatte in den vergangenen zwei Jahren Diskriminierungen erlebt, neun von zehn LSBTI*-feindliche Äußerungen von Schülerinnen und Schülern gehört. Signifikant seltener werden Diskriminierungserfahrungen, wenn es an der Schule eine Beschwerdestelle gibt und Vielfalt festes Thema in den Lehrplänen ist.

Wenn Bodo Busch Gespräche über Diskriminierung führt, wird der Informatiklehrer im Ruhestand von der AG LSBTI* in der GEW Nordrhein-Westfalen (NRW) von Jüngeren oft gefragt: Wie war das eigentlich früher? Dann erzählt der 63-Jährige aus den 1980er-Jahren. „Für die Offenheit gegenüber Schwulen wurde damals sehr gekämpft, bisexuelle und Transpersonen dagegen waren noch kaum präsent." Die Studie „Out in Office" des Vereins Charta der Vielfalt von 2017 bestätigt: Das Thema Bisexualität am Arbeitsplatz kam erst mit zehn Jahren Verzögerung auf, bis Transsexualität in das Bewusstsein der Öffentlichkeit trat, dauerte es weitere zehn Jahre. „Das hat gerade erst begonnen", sagt Busch.

In Köln engagiert sich Busch mit Elan in der AG LSBTI*. Auch heute noch bekommt er Anfragen beunruhigter Lehrkräfte: „Ich habe ein Stellenangebot an einer kirchlichen Schule – soll ich meine Orientierung verschweigen?" – „Meine Transition steht bevor, mein Schulleiter bittet mich, sie zu verschieben, bis mein Praxissemester vorbei ist. Was soll ich tun?" Busch wundert das nicht. „Einerseits ist heute vieles sichtbarer geworden, andererseits wächst der Protest jener, die wollen, dass alles so bleibt wie es mal war. Das zeigt sich zum Beispiel in der LSBTI*-feindlichen #Demofüralle in Stuttgart", sagt Busch. „Wenn man das Fenster aufmacht, weht eben Wind rein."

Busch weiß, wie wichtig es gerade deshalb ist, auch als Institution Offenheit zu signalisieren. Seine ehemalige Schule gehörte zu einer der ersten in NRW mit dem Titel „Schule der Vielfalt". Eine Selbstverpflichtung mit klaren Leitlinien und einem deutlichen Signal – alle sind willkommen. Busch: „Viele Eltern haben ihre Kinder deshalb bei uns angemeldet."

Auch Sanner ist zuversichtlich. Anfang März hatten sich gerade mal 30 Lehrkräfte geoutet. Stand Ende Mai waren es bereits mehr als 100. Und mehr als 1.500 Follower, die #TeachOut unterstützen.

Anja Dilk,
freie Journalistin

***LSBTI*: Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen**
www.teachout.de

Foto: privat

Die Kolleginnen und Kollegen von Philipp Aigner wissen, dass er homosexuell ist. „Doch auch wenn die Reaktionen meist positiv sind, bleibt immer diese kurze, besorgte Überlegung im Hirn: Welche Konsequenzen wird meine Offenheit haben? Normalität ist erst erreicht, wenn diese Überlegung nicht mehr nötig ist", sagt der Lehrer aus Bayern.

Foto: privat

„Wir wollen queere Vielfalt im Bildungsbereich sichtbar machen und das Bildungssystem selbst diskriminierungsfreier gestalten", beschreibt Grundschullehrerin Annika Sanner aus Rheinland-Pfalz das Ziel der Initiative #TeachOut.

Foto: Tom Rathmann

In Köln engagiert sich Bodo Busch in der AG LSBTI* der GEW. Zum gesellschaftlichen Klima gegenüber queeren Menschen sagt der Informatiklehrer im Ruhestand: „Einerseits ist heute vieles sichtbarer geworden, andererseits wächst der Protest jener, die wollen, dass alles so bleibt wie es mal war."

„Richtig inklusiv ist das nicht“

// Gemeinsam lernen und spielen: Das sollte in Deutschlands Kindertageseinrichtungen (Kitas) eigentlich Standard sein. Aber in vielen Landes-Kita-Gesetzen taucht zum Leidwesen von Behindertenverbänden und Kita-Verantwortlichen nicht einmal der Begriff „Inklusion“ auf. Gleichzeitig wünschen sich Fachleute, neben Behinderung weitere Dimensionen der Ausgrenzung in den Blick zu nehmen. //

Rufe und Gelächter schallen durch den mit Bäumen bestandenen Außenbereich der Kita Preesterbarg in Flensburg. Kinder turnen auf den Spielgeräten, buddeln in der Sandkiste oder rennen um die Wette. Jannis (Namen der Kinder geändert) kann dabei nicht mitmachen, er hat kaum Kontrolle über seinen Körper. Also liegt er auf einer dicken Matte zwischen den Bäumen und schaut zu. Allein ist er nicht: Lotta sitzt neben ihm und reicht ihm Holzwürfel. Das Spiel scheint beiden Spaß zu machen, jedenfalls eine Weile, dann läuft Lotta – sechs Jahre alt, aber in ihrer kognitiven Entwicklung auf dem Stand einer Dreijährigen – wieder los.

In der Kita Preesterbarg, die zum Trägerverein Adelby 1 gehört, haben viele Kinder eine diagnostizierte Behinderung. Früher wurde hier in heilpädagogischen Kleingruppen gearbeitet. Das neue Kita-Gesetz in Schleswig-Holstein, das nach mehrjähriger Vorbereitungszeit im Januar in Kraft trat, sieht solche Gruppen nicht mehr vor. Jede Kita soll grundsätzlich jedes Kind aufnehmen können, so will es das Gesetz. Keine Trennung mehr in Regel- und Sondereinrichtungen, dieser Anspruch ist eigentlich gelebte Inklusion. Aber der Begriff selbst taucht im Gesetz nicht auf. Das macht es schwieriger für Kitas, die seit Jahren an neuen Konzepten arbeiten.

Grundsätzlich sei Deutschland bei der Inklusion in den vorschulischen Gruppen verhältnismäßig weit, urteilt die Bertelsmann Stiftung. In ihrer Studie zum Stand der Inklusion im deutschen Bildungswesen, die 2016 erschien, heißt es: „Gemeinsames Lernen und Spielen ist in Kitas bereits weit verbreitet.“ Knapp 70 Prozent der Kinder mit Behinderung, die jünger als sechs Jahre sind, werden demnach inklusiv betreut – Tendenz steigend. Je älter die Kinder werden, desto mehr von ihnen wechseln vom Regel- in ein Sondersystem, entsprechend sinke die Inklusionsquote, so das Fazit des Studienautors und Bildungsforschers Klaus Klemm. Er kritisiert, dass jedes Bundesland eigene Regeln hat und so „der Wohnort über die Teilhabe an Inklusion entscheidet“. Sinnvoll wären einheitliche Standards sowohl für Diagnostik als auch für die inklusive Betreuung der Kinder.

Hohe Hürden im Alltag

Doch da auch die Kita-Gesetzgebung Landessache ist, bleibt es beim Flickenteppich – fast noch stärker als im Schulbereich, denn die Kitas unterliegen je nach Land dem Zugriff der Bildungs- oder der Sozialministerien. Nicht nur in Schleswig-Holstein fehlt der Begriff „Inklusion“ in den Gesetzen. Teilweise ist von Integration die Rede. Die meisten Länder formulieren einen generellen Anspruch von Kindern auf gemeinsame Betreuung. Im Berliner Kindertagesstättenförderungsgesetz heißt es etwa: „Keinem Kind darf auf Grund der Art und Schwere seiner Behinderung oder seines besonderen Förderungsbedarfs die Aufnahme in eine Tageseinrichtung verwehrt werden.“ Allerdings wird diese Zusage im folgenden Satz abgeschwächt: „In der Regel“ würden Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit anderen gefördert.

Einzig Bayern hat 2018 eine Richtlinie zur „Förderung der Inklusion in der Tagespflege“ erlassen. Ziel soll sein, „im Vorgriff auf eine Gesetzesänderung die Träger der öffentlichen Jugendhilfe zu unterstützen, ein inklusives System der Kindertagespflege aufzubauen“, heißt es auf der Homepage des Bayerischen Familien- und Sozialministeriums. In Thüringen sollen laut Gesetz Kinder mit Behinderungen „inklusiv gefördert“ werden, allerdings auch hier mit der Einschränkung „grundsätzlich“.

Im Alltag sind die Hürden hoch, auch weil viele Einrichtungen sich gar nicht zutrauen, Kinder mit schwersten und mehrfachen Behinderungen angemessen zu versorgen. Die Eltern von Kindern wie Jannis oder Lotta, die aufgrund kognitiver und körperlicher Behinderungen viel Unterstützung brauchen, stimmen mit den Füßen ab und melden ihre Kleinen in den früheren Förder-Kitas an, schließlich sind hier die Räume barrierefrei und die Spielgeräte behindertengerecht. Vor allem aber gibt es multiprofessionelle Teams mit heilpädagogisch geschulten Fachkräften. Zwar besuchen durchaus Kinder aus der Nachbarschaft die Kita Preesterbarg. Doch die Kinder mit einer festgestellten Behinderung „kommen per Bus von überall her. Richtig inklusiv ist das

Foto: Esther Geißlinger

nicht“, sagt Jana Barthelmey, Heilpädagogin im Preesterbarg. Allerdings verstehe sie die Eltern: „Wir haben die Erfahrung und die Netzwerkpartner. Wie das eine Regel-Kita schaffen soll, weiß ich gar nicht.“

Unklare Begriffsdefinition

Schwierig ist der Umgang mit der Inklusion bereits deshalb, weil Uneinigkeit darüber herrscht, was der Begriff eigentlich meint. Björn Köhler, im Vorstand der GEW bis Mitte Juni für den Kita-Bereich verantwortlich, erinnert: „In der UN-Behindertenrechtskonvention ist im englischen Text von inclusion die Rede. Das ließe sich mit dem deutschen Begriff Integration übersetzen, aber es gibt den Willen in Deutschland, darüber hinauszugehen.“ Doch Inklusion, wie viele Fachleute sie verstehen, bedeute etwas anderes, als mehr Kinder mit festgestellter Behinderung in die Regel-Einrichtungen zu bringen, betont Köhler: „Integration schaut auf das Kind und will es so unterstützen, dass es am System teilhaben kann. Inklusion meint eine Veränderung des Systems.“ Dabei habe Inklusion „kein festgelegtes Ergebnis, sondern ist ein Prozess“, heißt es im „Index für Inklusion in Kindertageseinrichtungen“, dessen deutschsprachige Fassung die GEW herausgibt.

Bedauerlich findet Köhler, dass im normalen Sprachgebrauch, aber auch in Politik und Verwaltung „Inklusion auf Behinderung reduziert wird. Dabei gibt es viele exkludierende Faktoren, etwa Herkunft, Sprache oder gesellschaftliche Schicht.“

Das Problem: Bis auf wenige Ausnahmen – in Bayern gibt es Geld für Sprachförderung, in Hamburg läuft seit Januar das Programm Kita-Plus, das mehr Personal für Spracherwerb und Alltagsbegleitung bereitstellt – ist aber nur der Faktor Behinderung an eine personelle Unterstützung gebunden: Kinder mit diagnostiziertem Förderbedarf haben individuellen Anspruch auf Teilhabe-Leistungen. „So ein Stempel mag im Verwaltungshandeln notwendig sein“, sagt Köhler. „Doch es widerspricht dem inklusiven Gedanken, Kinder in solche Kategorien aufzuteilen.“

Antje Süchting, Kita-Leiterin in Husum an der Nordsee, arbeitet mit ihrem Team an einer „systemischen Lösung“. Zurück zu den Kleingruppen des heilpädagogischen Systems wolle sie nicht, betont das GEW-Mitglied. „Aber mit dem Standard-Fachkraft-Kind-Schlüssel ist das Personal nicht ausreichend.“ Doch weil der Kreis Nordfriesland ein sogenanntes Sozialraumkonzept verfolgt, können die Träger mit Budgets arbeiten und diese flexibel für die ganze Gruppe einsetzen. „Wir vertreten, dass alle Kinder zu verschiedenen Zeiten einen Bedarf an Förderung haben“, sagt Süchting. Mit Hilfe heilpädagogischer Fachkräfte und Assistenzen sollten „alle Kinder betreut werden, ohne zu fragen, wer welche Diagnose hat“.

Das erfordert eine neue Art zu arbeiten: „Inklusion fällt nicht vom Himmel“, sagt Dunja Dahmke, Kita-Referentin vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein. „Man muss sie entwickeln.“ Aus Sicht des Verbandes solle die Kita ein „atmendes System“ sein, mit flexiblen Lösungen für Personal, Gruppengröße und Extra-Zeiten für Teamentwicklung, Gespräche und Fachberatung.

Auch bei der GEW gehen die Forderungen und Vorschläge in ähnliche Richtungen: Gruppengrößen sollten flexibler gehandhabt werden, etwa um Kindern die ersten Kita-Wochen zu erleichtern. Teams sollten multiprofessioneller und diverser werden. Und ja, das koste Geld, sagt Heiko Frost, Geschäftsführer des Flensburger Vereins Adelby 1. „Aber wenn die Politik das nicht ausgeben will, soll sie es klar sagen.“

Esther Geißlinger,
freie Journalistin

Wie schwierig es ist, den Gedanken der Kita für alle Kinder in der Praxis umzusetzen, ist am Beispiel der Kita Preesterbarg in Flensburg zu beobachten. Zwar wird die Einrichtung auch von Kindern besucht, die nicht beeinträchtigt sind, doch die Mädchen und Jungen mit einer festgestellten Behinderung sind in der Mehrheit, weil die Einrichtung über die nötigen personellen und fachlichen Ressourcen zu deren Betreuung verfügt.

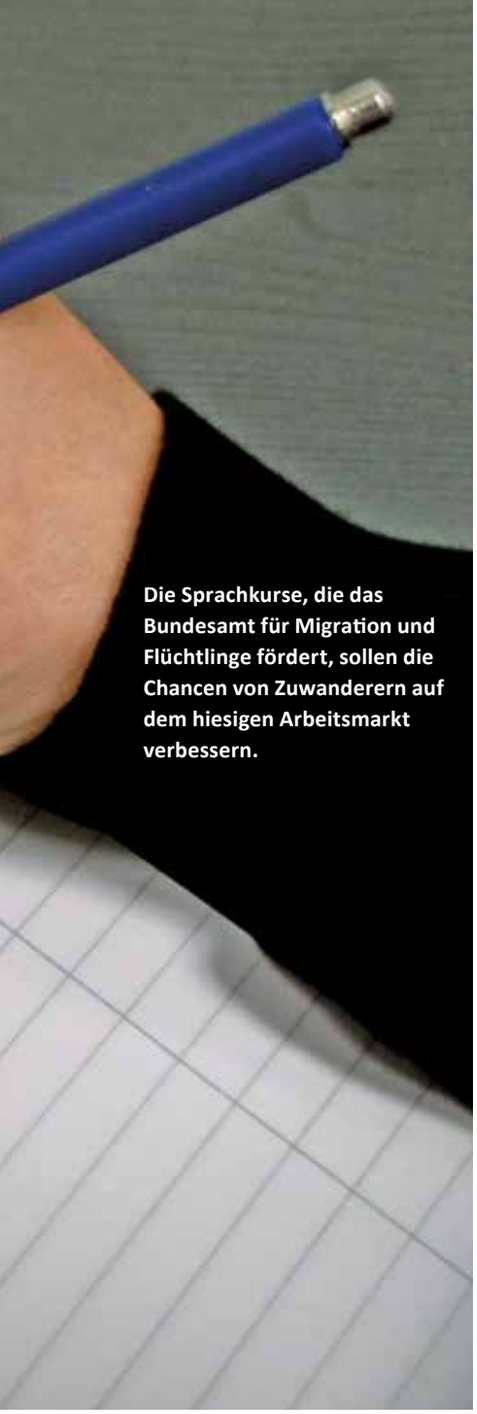
Widerstand gegen „Zwangsfortbildung“

// Lehrkräfte in Berufssprachkursen (BSK) sind gezwungen, bis zum Jahresende eine umfangreiche Weiterbildung zu besuchen. Andernfalls dürfen sie nicht mehr unterrichten. Betroffene und GEW protestieren. //

Was Thomas Schmidt, freiberuflicher Dozent an der Volkshochschule (VHS) Köln, erbost: Selbst erfahrene Lehrkräfte, die seit Jahren berufliche Sprachkurse leiten, müssen die Weiterbildung besuchen. So wolle es das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Er habe bereits zwei Fortbildungen für BSK sowie weitere berufsbezogene Zusatzqualifikationen absolviert. Doch das BAMF weigere sich, diese anzuerkennen. Schmidt nennt das eine „diskriminierende Herabwürdigung“ seiner Qualifikation. Kolleginnen und Kollegen mit vergleichbarem Lebenslauf sehen das ähnlich, betont das Kölner GEW-Mitglied. Neben Festangestellten sind laut Schätzungen bundesweit auch 5.000 freiberufliche Lehrkräfte betroffen.

Große Nachfrage

„Additive Zusatzqualifizierung für Lehrkräfte in Berufssprachkursen“ (ZQ-BSK) heißt die Fortbildung, die das BAMF verlangt. Die Teilnahme wird vom BAMF mit 840 Euro pro Person finanziert. Allerdings verlangen die Träger von jeder Lehrkraft einen Eigenanteil, der sich zwischen 30 und 200 Euro bewegt. Die ZQ-BSK umfasst 80 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten, verteilt auf acht Module. Plus 80 Unterrichtseinheiten Selbstlernphase. Plus Abschlussarbeit von 15 bis 20 Seiten. Das entspricht gut einem Monat zusätzlicher Arbeit. Wer freiberuflich unterrichtet, erhält dafür kein Honorar. Für Schmidt ein Grund mehr, zu protestieren: „Prekär beschäftigte Menschen, denen die Corona-Lockdowns erhebliche Einbußen beschert haben, werden vom BAMF durch die 160-stündige Zusatzqualifizierung gehindert, diese wettzumachen.“ Das schrieb der Freiberufler an Nina Warken, Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU und Integrationsbeauftragte ihrer Fraktion. Warken solle sich bitte dafür einsetzen, dass das BAMF die Verpflichtung zur Teilnahme an der ZQ-BSK aufhebe. Auch sollten die Lehrkräfte künftig an der Ausgestaltung der Fortbildungen



Die Sprachkurse, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge fördert, sollen die Chancen von Zuwanderern auf dem hiesigen Arbeitsmarkt verbessern.

Foto: Pixabay/Katja_Kolumna

beteiligt werden. Schmidt kritisierte zudem, dass von acht Modulen lediglich eines das wichtige Thema Digitalisierung behandele. Warken antwortete am 1. März 2021: Sie habe „Verständnis dafür, dass diese Maßnahme für Dozenten mit langjähriger Berufserfahrung nicht nachvollziehbar erscheint". Die Anregung, Einzelfälle individuell zu prüfen, werde sie an das BAMF weitergeben. Warken versprach, „das Thema Zusatzqualifizierung" bei einem ihrer nächsten Gespräche mit dem Ministerium für Inneres und dem BAMF anzusprechen. Auf E&W-Nachfrage erklärte Warken Anfang Mai, dass sie die Kritik an das BAMF übermittelt, das BAMF eine Prüfung zugesichert habe.

Einer der Weiterbildungsträger, der die ZQ-BSK anbietet, ist das Institut für Internationale Kommunikation e. V. (IIK) in Düsseldorf. Die meisten Teilnehmenden „scheinen positiv überrascht, auch wenn sie vorher skeptisch gegenüber einer ‚Zwangsfortbildung' waren". Das berichtet Matthias Jung, Geschäftsführender Vorstand des IIK. Zur Kritik an den Kursen sagt Jung: „Ich habe vor dieser ZQ noch nie Tränen bei Fortbildungsteilnehmenden gesehen." Warum jetzt? „Weil manche mit dem Druck nicht klarkommen."

Dozentinnen und Dozenten berichten, wie schwer es ist, einen Platz zu finden. Beim IIK Düsseldorf ist bis Ende November alles belegt. Manchmal gebe es „kurzfristig Nachrückerplätze", sagt Jung. „Eventuell" richte das IIK weitere ZQs ein. Der Hamburger Träger passage gGmbH meldet: Aktuell unterrichte man in vier Kursen jeweils 16 Teilnehmende. Ab Juli werde es drei weitere geben. „Auf unserer Warteliste führen wir 532 Interessierte", so passage weiter. Lehrkräfte befürchten deshalb, dass sie keine neuen Unterrichtsaufträge mehr erhalten, sollten sie bis zum Jahresende keinen Weiterbildungsplatz gefunden haben.

Ansgar Klinger, der bis Mitte Juni den Vorstandsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung der GEW leitete, kritisiert, „dass keine verkürzte Variante der Zusatzqualifizierung vorgesehen ist, die die Vorkenntnisse erfahrener Lehrkräfte berücksichtigt". Der zeitliche Umfang sei „berufsbegleitend schlicht nicht zu bewältigen". Zwar begrüße die GEW eine „auf wissenschaftlicher Basis beruhende unterrichtspraktische Ausbildungsphase für Integrations- und Sprachkurse". Eine Zusatzqualifikation müsse jedoch „inhaltlich im Dialog mit Lehrkräften und der GEW entwickelt werden", so Klinger. Er fordert ferner, die Frist für den Erwerb der ZQ-BSK zu verlängern. Den Honorarkräften müssten die Einnahmeausfälle vergütet werden.

BAMF weist Kritik zurück

Das BAMF weist sämtliche Kritikpunkte zurück. Das Engagement der Lehrkräfte, die sich bereits zu berufsbezogenem Deutsch fortgebildet hätten, werde durch „die zahlreichen Möglichkeiten der Direktzulassung ausreichend gewürdigt", so Christoph Sander, Pressesprecher der Nürnberger Behörde. Wer also bestimmte Hochschulabschlüsse und Fortbildungen nachweist, kommt laut BAMF um die ZQ-BSK herum. Und der enorme Zeitaufwand, plus Verdienstausfall? Fortbildungen und die damit verbundenen Belastungen „gehören zu jedem Beruf dazu", erwidert Sander. Dem trage das BAMF Rechnung, indem es die ZQ „sehr flexibel" gestaltet habe. Dazu zähle die Möglichkeit, die Zusatzqualifikation „pandemiebedingt befristet vollständig virtuell" zu absolvieren. Das reduziere Reise- und Übernachtungskosten. Das BAMF vermutet ferner, dass sich viele Lehrkräfte bei mehreren Einrichtungen auf die Warteliste haben setzen lassen. Das erzeuge ein „verzerrtes Bild der Nachfrage". Zudem werde das Angebot an Kursen „fortlaufend erweitert". Die Frist zum Erwerb der ZQ zu verlängern, sei „zum gegebenen Zeitpunkt nicht geboten". Zur Kritik am Inhalt der ZQ entgegnet das BAMF: Hier hätten Fachleute mit „eigener, langjähriger Lehrerfahrung" mitgewirkt. Auch habe man „Fragen der praktischen Umsetzbarkeit" berücksichtigt. Zusammenfassend versichert Behördensprecher Sander, dass das BAMF die Lehrkräfte als „einen der wichtigsten Einflussfaktoren" für erfolgreichen Deutsch-Sprachunterricht betrachte. Was viele Betroffene bezweifeln.

Foto: Matthias Holland-Letz

Thomas Schmidt

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Video-Event statt Schoko-Verkauf

// Die Corona-Krise samt Homeschooling und Kontaktverbot hat zwar einige Schulprojekte gegen Kinderarbeit gebremst – viele aber auch beflügelt. //

Sie singen, putzen Schuhe oder verkaufen Zeitungen – viele Schulklassen beteiligen sich jedes Jahr zum Tag der Kinderrechte am 20. November an der Aktion „Straßenkind für einen Tag“. Sie verrichten ein paar Stunden lang Arbeiten, mit denen sich Millionen Gleichaltrige vor allem in armen Ländern tagtäglich über Wasser halten müssen. Das Kinderhilfswerk terre des hommes hat diese Aktion ins Leben gerufen, damit Schülerinnen und Schüler in Fußgängerzonen oder auf Märkten auf die Not arbeitender Kinder aufmerksam machen. Doch geht das auch in der Corona-Pandemie, wenn Fußgängerzonen verwaist und klassenübergreifende AG-Treffen nicht möglich sind?

Ja, denn der Kampf der Schulen gegen ausbeuterische Kinderarbeit ging trotz Corona weiter. „Wir konnten zwar nicht mehr auf die Straße gehen, aber wir haben das Projekt trotzdem gut hinbekommen“, sagt Anke Animashaun, Lehrerin an der Papst-Johannes-Gesamtschule in Pulheim bei Köln. „Wir mussten eben umdenken.“ Statt Schuhe zu putzen, haben die Fünft- und Sechstklässler im Winter 2020 Bascetta-Sterne gebastelt und verkauft – „statt wie sonst an Laufkundschaft halt kontaktlos über den Freundeskreis der Schule“.

Schulprojekte gegen Kinderarbeit litten nicht zwingend unter Homeschooling und Wechselunterricht. Manche liefen sogar besser als vor der Pandemie. „Als im Dezember der neue Lockdown ausgerufen wurde, dachte ich, oh nein, jetzt geht gar nichts mehr“, sagt Sue Eickhoff, Lehrerin am Käthe-Kollwitz-Gymnasium in Neustadt an der Weinstraße, seit Herbst 2020 eine Fairtrade-School. „Doch dann haben wir trotz aller Widrigkeiten ganz viel umgesetzt.“

Foto: Sue Eickhoff

Während des coronabedingten Lockdowns haben Schulteams mit viel Einfallsreichtum Aktionen auf die Beine gestellt. So haben zum Beispiel Schülerinnen und Schüler des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums in Neustadt an der Weinstraße statt eines gemeinsamen fairen Klassenfrühstücks To-go-Frühstückstüten verteilt.

Auf digital umgestellt

Jana Haberstroh von der Kindernothilfe – sie arbeitet eng mit Schulen zusammen – bestätigt das: „Viele haben mit viel Einfallsreichtum Aktionen auf die Beine gestellt.“ Schulteams haben beispielsweise digitale Ausstellungen zum fairen Handel als Live-Event organisiert, Fotocollagen zum Thema Fair Fashion kreiert, Videos über ihr Engagement gedreht, über Instagram-Kanäle Fotowettbewerbe zum fairen Frühstück ins Leben gerufen oder statt eines gemeinsamen fairen Klassenfrühstücks To-go-Frühstückstüten verteilt. Am Elisabeth-Selbert-Gymnasium in Filderstadt bei Stuttgart haben die Zehntklässler der AG Fairer Handel für den Verkauf von Produkten ohne Kinderarbeit ein Online-Bestellformular entwickelt; geordert und verteilt wurden Schokoladen, Kaffee oder Kunsthandwerk über den Weltladen im Ort. „Die Schulteams waren unglaublich kreativ“, hat Aileen Böckmann von der Kampagne Fairtrade-Schools beobachtet.

Unterrichtsmaterialien und Ideen für Schulprojekte

- Infos zu „Fit für den Sichtwechsel“ und Broschüre „Straßenkindern weltweit helfen – mit Abstand, ohne Distanz“ unter www.tdh.de/schule/strassenkind-fuer-einen-tag
- Zeitschrift „Global lernen: Kinderarbeit“ und Didaktisches Material zu mehreren Ländern für Sekundarstufe I unter www.brot-fuer-die-welt.de/publikationen-material
- Inspirationen: https://blog.fairtrade-schools.de
- www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de/aktiv_werden/schule
- www.actionkidz.de der Kindernothilfe
- Filme und Materialien unter www.fairtrade-schools.de/ideenpool/unterricht/materialien-fuer-den-digitalen-unterricht

M. H.

Wie der Schulunterricht fand auch die Projektarbeit überwiegend digital statt. „Vor Corona haben wir uns alle drei Wochen physisch getroffen – seit der Pandemie über die schulinterne digitale Plattform sogar noch öfter ausgetauscht“, sagt Eickhoff. In ihrem Schulteam gegen Kinderarbeit und für fairen Handel sitzen 13 Jugendliche der Klassen 7 bis 12, drei Eltern und ein Vertreter des Weltladens im Ort. Durch die Digitalisierung sei zudem die Reichweite gestiegen: „Über Aushänge in der Schule hätten wir die Schulgemeinschaft nie so gut erreicht.“ Außerdem waren die Projekte für den einen oder die andere eine willkommene Abwechslung zum Corona-Alltag: „Die Kinder sind seit Monaten Feuer und Flamme.“ Auch Christian Gottwald hat seit dem Herbst 2020 drei neue Schüler für die AG Fairer Handel gewonnen. „Diese Treffen waren das Highlight der Woche – auch für mich“, sagt der Lehrer am Elisabeth-Selbert-Gymnasium. „Die Teilnahme lag immer bei 100 Prozent – das gibt´s bei Präsenztreffen nicht.“

Corona veränderte die Inhalte

Corona hat die Schulprojekte auch inhaltlich verändert, sagt Gottwald – und den Schülerinnen und Schülern die Not vieler Millionen Kinderarbeiterinnen und -arbeiter noch eindringlicher vor Augen geführt. „Die Krise machte das Problem viel konkreter – manche Schüler haben erstmals erfahren, wie es ist, keine Schule besuchen zu können“, sagt auch Eickhoff. Vielen wurde klar: Anders als bei uns können in anderen Ländern viele Jungen und Mädchen nach dem Lockdown gar nicht mehr in ihre Schule zurück. „Sich das vor Augen zu führen, war für die Kinder und Jugendlichen gut“, ist Eickhoff überzeugt. Auch hier habe manches Projekt durch Digitalisierung gewonnen, sagt Kampagnenleiterin Böckmann: Zur Fairtrade-Schüler:innenakademie, die zweimal im Jahr stattfindet, konnten jetzt Partner aus Kenia zugeschaltet werden – „das hat die Treffen sehr bereichert“.

Schwieriger war es für Schulen, „durch das Homeschooling und die Einschränkung der Kontakte neue Partner für ihr Engagement zu gewinnen“, sagt Böckmann. Das bestätigt Lehrer Gottwald: „Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern des Rathauses oder Weltladens fanden während des Lockdowns nicht statt.“ Finanzspritzen für die AGs fielen auch weg, weil Händler vor Ort ihre Geschäfte schließen mussten oder Verwaltungen mit dem Aufbau von Impfzentren beschäftigt waren. Dennoch sei die Finanzierung von Schulprojekten zum Thema Kinderarbeit durch Dritte heute nicht zwingend schlechter, sagt Gottwald: „Manche Kommunen haben Mittel übrig, die bereits für Veranstaltungen genehmigt worden sind, wegen des Lockdowns aber nie abgerufen wurden.“ Einen solchen nicht ausgeschöpften Topf hat er jetzt für ein Online-Symposium zum Thema Kinderarbeit angezapft; er kann damit Technik ausleihen und einem Gastreferenten ein Honorar zahlen. Denn das Thema bleibe wichtig: „Corona hat viele Fortschritte gegen Kinderarbeit zunichte gemacht – das wird unser nächstes AG-Thema sein.“

Martina Hahn,
freie Journalistin

Kindern eine Kindheit geben

Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood.*
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.gew.de/internationales/fair-childhood
fair childhood ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

Ja, ich möchte mehr Informationen *fair childhood.* Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 07-08/2021

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

90 Jahre – neue Ziele

// Inge Werth und die GEW – das ist eine besondere Geschichte. Rund ein Vierteljahrhundert lang hat die Fotografin aus Leidenschaft den GEW-Hauptvorstand mit ihren Aufnahmen ins Bild gesetzt. //

Kaum eine E&W, die nicht mit ihren Bildern illustriert und gestaltet wurde. Kaum ein Kongress, den sie nicht dokumentiert hat. Ungezählte Bildberichte über Tagungen und öffentliche Aktionen … Doch Inge Werths Arbeiten als Bildjournalistin, Chronistin, Illustratorin, Visualistin reichen weit über die GEW hinaus. Sie hat auch für andere Gewerkschaften wie die IG Metall und renommierte Zeitungen wie die Frankfurter Rundschau, die Frankfurter Allgemeine Zeitung oder Die Zeit gearbeitet. Ihr Medium war die Schwarz-Weiß-Fotografie.
Inge Werths Herz schlägt links und für Menschen. Einen Namen hat sie sich vor allem als Zeitzeugin gemacht. Das verdankt sie ihrem Gespür für historische Momente und Prozesse des Wandels. Als Beispiel sei nur die Dokumentation der 68er-Bewegung in Frankfurt am Main und Paris genannt, die 2018 in einer Ausstellung im Museum Giersch in der Mainmetropole gezeigt wurde.
Aber wie alle Menschen hat sie auch Schwächen. Die eine ist: Sie hat eine eigene Meinung. Die andere: Sie sagt, was sie denkt. So ist die Szene im Büro einer langjährigen CDU-Kultusministerin anlässlich eines E&W-Interviews unvergessen. Das Interview war gut gelaufen. Die Fotos waren geschossen. Die Stimmung war gut. Der Moment des Abschieds war gekommen. Inge Werth bedankte sich warmherzig für die perfekten Arbeitsmöglichkeiten und wünschte der Hohen Frau persönlich alles erdenklich Gute. Nur – die nächsten Wahlen möge sie bitte schön verlieren. Weit und breit fand sich kein Loch, in das sich die Redaktion in diesem Moment hätte flüchten können.

Foto: Steffen Welzel

Inge Werth

Inzwischen lebt Inge Werth in einem Seniorenstift in Frankfurt am Main. Man könnte meinen, sie hätte sich zur Ruhe gesetzt. Weit gefehlt. Inge ist wieder mit der Kamera unterwegs. Sie hat sich vorgenommen, das Leben ihrer Mitbewohnerinnen und -bewohner ins Bild zu setzen.

Steffen Welzel,
ehemaliger Redaktionsleiter der E&W

Unermüdlicher Kämpfer

Foto: Erich Maria Remarque-Friedenszentrum Osnabrück

Prof. Tilman Westphalen

// Am 25. April ist Tilman Westphalen im Alter von 86 Jahren verstorben. Nur wenige wissen noch, dass ihm die Existenz des Organisationsbereichs Hochschule und Forschung in der GEW zu verdanken ist. //

Tilman gehörte zu den Teilnehmern der wegweisenden Klausurtagung der Bundesassistenkonferenz (BAK), aus der 1968 das „Kreuznacher Hochschulkonzept“ hervorgegangen ist. In seine Amtszeit als Bundesvorsitzender der BAK (zusammen mit dem leider ebenfalls verstorbenen Ludwig Huber und mir) fällt die fruchtbarste Periode der BAK mit der Herausgabe der „Blauen Hefte“ zum Forschenden Lernen, zur Reform der Lehrkörper- und Personalstruktur oder zum Zusammenhang von Wissenschaftsfreiheit und Mitbestimmung.
Als die BAK Anfang der 1970er-Jahre vor ihrer Auflösung stand, führte Tilman Verhandlungen mit der ÖTV (heute ver.di) und der GEW. Das Angebot des GEW-Vorsitzenden Erich Frister, im Vorstand einen neuen Bereich Hochschule und Forschung (Referat E) zu schaffen, war maßgeblich für die Empfehlung, der GEW beizutreten. In der Folge arbeitete der Rechtsausschuss der BAK personenidentisch als Arbeitsgruppe E1 im Referat E. Oft trafen wir uns am Nachmittag und fabrizierten grundlegende Papiere zur Hochschulreform, zum Beispiel für eine Bundeshochschulkonferenz oder 100.000 neue Hochschullehrerstellen. Tilman war ein unermüdlicher Kämpfer für die Sachen, die er als gut und richtig erkannt hatte. Dass BAK und GEW Vernünftiges, Nötiges gefordert haben, bezweifelt heute niemand mehr.
Für seinen couragierten Einsatz musste Tilman persönliche Nachteile in Kauf nehmen. Als er Vorsitzender der BAK wurde, war er kein Assistent, sondern Habilitations-Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Die verlangte unnachsichtig ihre Gelder als „zweckentfremdet“ zurück. Hunderte haben Tilman mit Spenden unterstützt. Er hat die Demütigung gut überstanden, aber als er als Professor an die neugegründete Universität Osnabrück berufen wurde, war dies vermutlich sein Abschied von der Hochschulpolitik.
Tilmans Leistungen in seiner Osnabrücker Zeit für Friedensbewegung, Umweltpolitik und Literaturwissenschaft sind bereits an anderer Stelle (Universität Osnabrück, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Osnabrück) gewürdigt worden.

Peter Hauck-Scholz, Rechtsanwalt

Realitätsfremd

(E&W 5/2021, Seite 18: „165 ist immer noch zu hoch“)

Die Forderung der GEW, bereits bei einem Wert von 100 den Wechselunterricht zu beenden, finde ich realitätsfremd und unangemessen! Vor einer solchen Forderung sollten die Mitglieder und Lehrer an den Schulen nach ihrer Meinung/ihrem Votum gefragt werden! Im Wechselunterricht wurden Masken getragen, ein Sitzabstand von 1,5 Metern eingehalten, alle 20 Minuten durchgelüftet, alle Schüler und Kollegen wurden mindestens zwei Mal die Woche getestet, und die Lehrer haben ein Impfangebot erhalten. Eine Ansteckungsgefahr halte ich unter diesen Bedingungen für gering – und selbst wenn sich Kinder anstecken sollten, gab es dazu vor kurzem eine Studie aus der Schweiz (wo die Schulen geöffnet blieben), nach der fast 20 Prozent der Schüler über Antikörper verfügten und nach der Erkrankung nur 4 Prozent Nachwirkungen hatten, von denen aber keine klinisch behandelt werden musste.

Im Wechselunterricht herrschten mit den kleinen Gruppen gute Unterrichtsbedingungen. Schüler und Lehrer konnten trotz Maske nach dem Fernunterricht wieder „durchatmen“! Zumindest für den Wechselunterricht sollten Schulen auch bei hohen Inzidenzwerten geöffnet bleiben, um vor allem die Kinder, aber auch Lehrer und Eltern zu entlasten!

Manfred Meyn, Hamburg

Wechselbetrieb als Alternative

Von Herzen wünsche ich mir eine Bildungsdebatte um einen Wechselbetrieb mit halbierten Lerngruppen statt der zurzeit so populären Diskussion um digitalisierte Schulen. Während die Digitalisierung sich nämlich unter den jetzigen Voraussetzungen nur in eine staatliche Abhängigkeit von der Tech-Branche verheddert, könnten halbierte Klassengrößen wirklich etwas verbessern. Ohne quälend lange Reformprozesse hat die Corona-Krise für Beweise und Tatsachen gesorgt. Als Grundschullehrer erlebte ich direkt nach dem zweiten Homeschooling-Lockdown: Ein Wechselbetrieb mit halbierten Lerngruppen ist schneller und eleganter umzusetzen als jede Digitalisierung. Von heute auf morgen und ohne jeglichen finanziellen Aufwand eroberte sich meine Schule durch diese simple Maßnahme Platz und Bewegungsfreiheit. Kollegen wie Kinder wirkten weniger gestresst und gehetzt. In der Folge waren sie emphatischer, gesprächiger und motivierter als in Vor-Corona-Zeiten. Trotz weniger Schulstunden pro Lerngruppe gestaltete sich das Lernen deutlich effektiver und glücklicher. Es triumphierten Achtsamkeit, offene Ohren und lange Aufmerksamkeitsspannen – seltsamerweise genau die Dinge, für die Digitalisierung ja nicht gerade steht. Überhaupt trat anstelle der üblichen Reibungsverluste viel gewonnene Zeit: Ideen für guten fachübergreifenden Unterricht kamen mir in den Sinn, ebenso wie Überlegungen zu festen Tagen mit reinem Fachunterricht. Alles wäre nach Corona und mit Hilfe von ErzieherInnen machbar, die sich ebenso über kleinere Gruppen freuen dürften. Wer das Bildungssystem für alle besser machen will, sollte vielleicht genau hier beginnen: bei den echten Verhältnissen und nicht bei den digitalen. Denn auch unsere Zukunft wird nicht gerettet, indem wir unsere Welt immer mehr in ein virtuelles Meisterwerk verwandeln, das mit einer Algorithmisierung aller Lebensbereiche unsere Bildung auskontert. Wir brauchen noch Räume, die echt sind. Und Veränderungen, die wir umfassend (be)greifen können.

Marcus Becker, Berlin

Offene Fragen

(E&W 5/2021, Seite 32: „Das ist eine große Aufgabe“)

Bildung und Erziehung ist ein einheitlicher Prozess der zielgerichteten systematischen Vermittlung von wissenschaftlichen methodischen Kenntnissen und Fertigkeiten sowie die Ausformung demokratischer Überzeugungen, Charaktereigenschaften und Verhaltensweisen.

Das Interview mit der Professorin Tuba Işık, islamische Theologie, von Lukas Philippi vom Evangelischen Pressedienst lässt eine Reihe von Fragen und Antworten offen, zum einen, weil sie nicht gestellt wurden, und zum anderen, weil sie sich aus den ausweichenden Antworten ergaben, aber nicht nachgefragt wurde.

Frau Işık bedauert, dass im Gegensatz zu den beiden großen christlichen Kirchen, der evangelischen und katholischen, keine islamische Religionsgemeinschaft de jure anerkannt wird. Wie auch? Gibt es doch sehr viele in sich geschlossene Islamgemeinschaften, die größtenteils von den Emiraten Arabiens sowie dem türkischen Religionsministerium finanziert und mit nicht deutschsprechenden Imamen versorgt werden. Diese islamischen Staaten sind durch die Bank Despotien!

Frau Işık fabuliert von der Vielzahl der islamischen Traditionstheologien, spricht von einem eigenen Kosmos, der einen Beitrag zur Gesamtgesellschaft leisten soll. Doch wie kann das bewerkstelligt werden?

Das Bewusstsein ist von vorneherein schon ein gesellschaftliches, religiöses Produkt und bleibt es, solange Menschen existieren. Das Bewusstsein hängt untrennbar mit der Sprache zusammen. Die Sprache ist also so alt wie das Bewusstsein. Die Sprache ist das praktische, auch für andere Menschen existierende Bewusstsein des Verkehrs mit anderen Menschen.

Ulrich Bald, Hagen

Bürgerversicherung für alle

(E&W 5/2021, Seite 36 ff.: „Wahlvorschläge für den Gewerkschaftstag 2021“)

Etwas verspätet las ich eben die Mai-Ausgabe. Darin entdecke ich fehlende Solidarität: Eine Höherstufung im Beamtenstatus schafft wegen der Anlage-/Haushaltsfragen verstärkt neue Probleme und schwächt die gesetzliche Versicherung (Umlagesystem), in der aktuell das Problem der Überalterung und schrumpfender nachfolgender Generation besteht. Aus Gründen der Solidarität hilft da nur – ähnlich wie in Österreich – eine Bürgerversicherung, in die Alle einzahlen. Insbesondere Mecklenburg-Vorpommern wird ein großes Haushaltsproblem bekommen, da hier auf Beamte – statt Angestellte – gesetzt wird.

Herbert Häußer, Crivitz, Ortsteil Wessin

>>>

Bizarre Sichtweise

(E&W 5/2021, Mitgliederforum Seite 44 f.: „Absurdes Geschichtsbild“)

Ich stimme Sabine Meise insofern zu, als dass es sich verbietet, das NS-Regime und die DDR gleichzusetzen. Das heißt aber nicht, dass beide nicht dennoch Parallelen aufweisen. Auf den Unrechtscharakter des DDR-Staates hinzuweisen, ist – auch in Anbetracht der noch mitten unter uns lebenden Opfer, deren Lebenswege teilweise für immer verformt worden sind – geboten!

Bizarr muss vor diesem Hintergrund anmuten, dass Frau Meise versucht, das DDR-Schulsystem als Ort der Seligen darzustellen, indem sie im Gegenzug ein finsteres Bild ihrer eigenen, heutigen Uni-Seminare entwirft, in welchen sie es ausschließlich mit verschüchterten „grauen Mäuschen“ zu tun habe, die Angst hätten, ihre Meinung zu sagen.

Umgekehrt wird ein Schuh draus! Die heutigen Studierenden müssen keine Angst mehr haben, offen zu sagen, was sie stört, und können ihre Meinung angstfrei äußern. Mir ist nicht bekannt, dass das im DDR-Schulsystem so gegeben war. Jedenfalls nicht, ohne Repressionen befürchten zu müssen.

Henning Preuß, Rostock

Fehlende langfristige Konzepte

(E&W 6/2021, Seite 16 f.: „Wir brauchen einen Neuanfang“)

Vielen Aussagen kann ich nur zustimmen. Die Kinder und Jugendlichen möchten gar nicht mehr so gern im gesamten Klassenverband lernen, da sie die Gruppenstärke von 14 Schülern genossen haben. Die Lehrkraft kann viel individueller arbeiten. Auch ich vermisse langfristige Konzepte, aber nicht unterteilt in 16 Bundesländer, in denen die Abschlüsse eine unterschiedliche Qualität haben. Leider wird selten auf die Basis und ihre Erfahrungen gehört bzw. mit einem „Dafür fehlt das Geld!“ abgetan. Man muss es auch ernsthaft wollen.

Ines Herrmann, Dresden

Nur Geschwurbel

(E&W 6/2021, Seite 34: „‚Querdenken‘ im Harz“)

Nicht zum ersten Mal, aber immer wieder. Trotzdem wird es nicht wahrer oder differenzierter oder sogar schlauer bei den Artikeln in der E&W zu Kritikern der Corona-Maßnahmen: Man nehme einen großen Topf, schmeiße alles rein, was einem nicht in den Kram passt – rechte Esoteriker, Freie Schule Altmark, Waldorfschulen, Querdenker, Eltern, die den Corona-Maßnahmen kritisch gegenüberstehen, rühre kräftig um, spicke es mit polemischen Formulierungen, fertig ist der Artikel.

Leider ist das kein Journalismus, sondern höchstens PR oder Geschwurbel. Anscheinend ist die Autorin Andrea Röpke nicht in der Lage, zwischen Sachinfos und eigener Meinung zu unterscheiden. Woher soll sie auch wissen, dass es da einen Unterschied gibt, wird doch bei den Leitmedien häufig ähnlich verfahren.

Dass es tatsächlich ernstzunehmende Kritik am Vorgehen der Herrschenden auch von wissenschaftlicher Seite gibt, scheint jenseits des Horizonts der Dame zu liegen. Vielleicht ist es auch zu beängstigend, wenn Vater Staat mal nicht recht haben sollte.

Ja, es gibt viele rechte (Mit-)Surfer auf der Welle der Corona-Kritik. Wenn die Exekutive dieses Staates die eigenen Grundregeln massakriert, ist das natürlich ein gefundenes Fressen für die.

Unvorstellbar für Frau Röpke ist anscheinend, dass man die Corona-Maßnahmen und einen sich autoritär gerierenden Staat kritisieren und demokratisch oder sogar links sein kann.

Christoph Günther, Wendisch Evern

Querdenkende Waldorfschulen

In Ihrem Artikel stellen Sie die Waldorfschulen pauschal in eine rechte Ecke bzw. in eine Reihe etwa mit Reichsbürgern. Mit meinen Kindern war ich 21 Jahre lang in einer Waldorfschule bestens integriert und habe Kollegium und Elternschaft zu einem großen Teil als grün angehaucht wahrgenommen. Dort besteht ein Wertekanon von Nachhaltigkeit, Gesundheit und wertschätzender Pädagogik. Durch die Corona-Pandemie entstehen zweifellos unabsehbare Kollateralschäden, gerade was eine am Kind orientierte Pädagogik und Werte der Gemeinschaftsbildung betrifft. Diese Schäden einfach widerstandslos zu schlucken, kann ja wohl nicht einfach selbstverständlich sein. Dass jetzt ungefragt neue Allianzen und Bündnisse entstehen, ist nicht auf dem Mist der Waldorfschulen gewachsen.

Bekanntlich wurden die Waldorfschulen im Nationalsozialismus verboten und geschlossen, weil sie auch damals quergedacht haben. Es geht nämlich nicht um politische Rechts-Grün-Links-Werte, sondern um pädagogische Fragen, die jetzt nicht einfach wegen Corona ausgeblendet werden dürfen.

Stefan Zimmermann, Filderstadt

Undifferenziert und unsachlich

Mir hat der Artikel nicht gefallen. Er ist sehr undifferenziert und unsachlich geschrieben. Die Autorin Andrea Röpke beschreibt, dass es Themen gibt, die in alternativ und ökologisch geprägten Teilen der Gesellschaft immer häufiger für Spannungen sorgen. Genau, und zwar deshalb, weil man die Corona-Maßnahmen und -politik definitiv unterschiedlich sehen kann. Und nur, weil rechts eingestellte Menschen zu ähnlichen Analyseergebnissen kommen wie man selbst, heißt das noch lange nicht, dass diese Analysen falsch sind, dass man selbst plötzlich rechts ist oder die gleichen Schlüsse daraus zieht wie Rechte.

In dem Artikel werden systematisch Menschen, die den Corona-Maßnahmen kritisch gegenüberstehen, mit extrem rechten Teilen der Gesellschaft in Verbindung gebracht – allerdings ohne für mich nachvollziehbare Begründungen.

Ich würde es begrüßen, wenn die E&W informativ und kritisch über die Proteste gegen die Corona-Politik berichtet. Auch sachliche Infos darüber, wie die Corona-Politik sich auf das extrem-rechte Milieu auswirkt, interessieren mich. Warum jedoch dieser hetzerische Artikel ausgewählt wurde, erschließt sich mir nicht. Die Botschaft dieses Meinungsartikels ist vor allem die, dass die Kritiker*innen der Corona-Maßnahmen politisch rechts außen stehen; ich kann gut verstehen, wenn linke Maßnahmenkritiker*innen sich über solche Pauschalisierungen sehr ärgern.

Die Corona-Pandemie ist der richtige Zeitpunkt, um zu erreichen, dass

Milliardär*innen und Konzerne sich angemessen an unserem Gesundheits- und Gemeinwesen beteiligen müssen. Ich wünsche mir, dass die GEW maßnahmen-begrüßende und maßnahmenkritische Linke für dieses Ziel vereint, anstatt Gräben zu vertiefen.

Nina Emmerich, Düren

Gewerkschaft, wach auf!

Auch die GEW mischt nun also kräftig mit bei der aktuellen Hetzkampagne in Sachen Corona-Maßnahmen gegen Andersdenkende. Sie wirft diese in einen Topf mit Rechtsextremen. In dem Artikel ist billigster pamphletistischer Journalismus zu Wort gekommen, nach dem Motto: „Wegen drei Mutterkorn-Funden im Kornsack taugt der ganze Inhalt nichts." Ist Ihnen noch nicht aufgefallen, dass zurzeit eine extreme Verleumdungs-, Medien- und Sozial-Ausschlusskampagne gegen Menschen läuft, die nicht „Mainstream"-mäßig die tonangebende Wissenschaft und Politik abnicken? Dass Zensur und Kesseltreiben von sehr besorgniserregender Art gegen Alternativ-Medizin und ihre Nutzer stattfindet – zugunsten vor allem der Pharma-Branche und der Plastik-Produktion. Gewerkschaft, wach auf! Die gewohnte politische Einordnung in Links und Rechts passt nicht mehr. Da läuft grad gründlich was schief in unserer Demokratie. Bisher vermeintlich „links" finde ich mich nun in die „rechte" Ecke gedrückt; weil ich die Sorge der Eltern vor den Folgen des Masken-Zwangs (Atemnot) für ihre Kinder teile; weil ich das Impfkonzept als einzig mögliches Lösungsmodell ablehne und stattdessen für heilsame Alternativen plädiere; weil ich die Erlasse-Politik an den Parlamenten vorbei höchst beunruhigend finde. Ich hatte von der GEW mehr Niveau, Differenzierung und Vermittlungseinsatz zwischen den Fronten erwartet.

Carola Neukirchen, Bollschweil

Anm. d. Red.: Die Redaktion steht zu der Veröffentlichung des Beitrags „‚Querdenken' im Harz" von Andrea Röpke und hält diese weiterhin für richtig. Der Beitrag ist gut und den journalistischen Qualitätsstandards entsprechend recherchiert und geschrieben.

Klimakrise fehlt

(E&W 6/2021, Beihefter „GEW-Positionen zur Bundestagswahl")

Ich bin einigermaßen erschüttert über Euer Positionspapier zur Bundestagswahl. Habt Ihr Eure Schülerinnen und Schüler schon vergessen, die als „Fridays for future" zu Tausenden auf die Straße gegangen sind, weil man Ihnen die Zukunft klaut? Ist die Zukunft dieser Kinder und Jugendlichen nicht zumindest einen Punkt auf der Liste der Forderungen der Lehrergewerkschaft wert? Sicher: Fachkräftemangel, Investitionsstau, digitale Ausstattung, Ganztag, politische Bildung sowie gute und gut bezahlte Arbeit sind zentrale Themen im Bildungsbereich, aber ohne gute Zukunftsperspektiven für die heutige Jugend ist das alles nichts – und die steht und fällt mit der Bewältigung der Klimakrise. Da die Zeit dafür jetzt schon sehr knapp ist, muss bei dieser Wahl das Klima im Fokus stehen. Gehen wir zusammen mit all den vielen Menschen und Organisationen, die diese Wahl zur Klimawahl machen wollen.

Hanns Carstens, Hamburg

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Postfach 900409, 60444 Frankfurt a. M.
E-Mail: katja.wenzel@gew.de

Die Redaktion bittet darum, die Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 2.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonym zugesandte Leserbriefe werden nicht veröffentlicht.

Ihre Feier hilft!
Wildtiere und Natur danken.
040 970 78 69-0
www.DeutscheWildtierStiftung.de/Spenden
DEUTSCHE WILDTIER STIFTUNG

Ihre Anzeige in der E&W:
Tel. 0201/84300-0
anzeigen@stamm.de

Die Quintenzirkeluhr
Lehrmittel mit Mehrfachnutzen

UvdS DESIGN
UvdS-Design.com
info@UvdS-Design.com
Quintenzirkeluhr.de
webshop.uvds-design.com

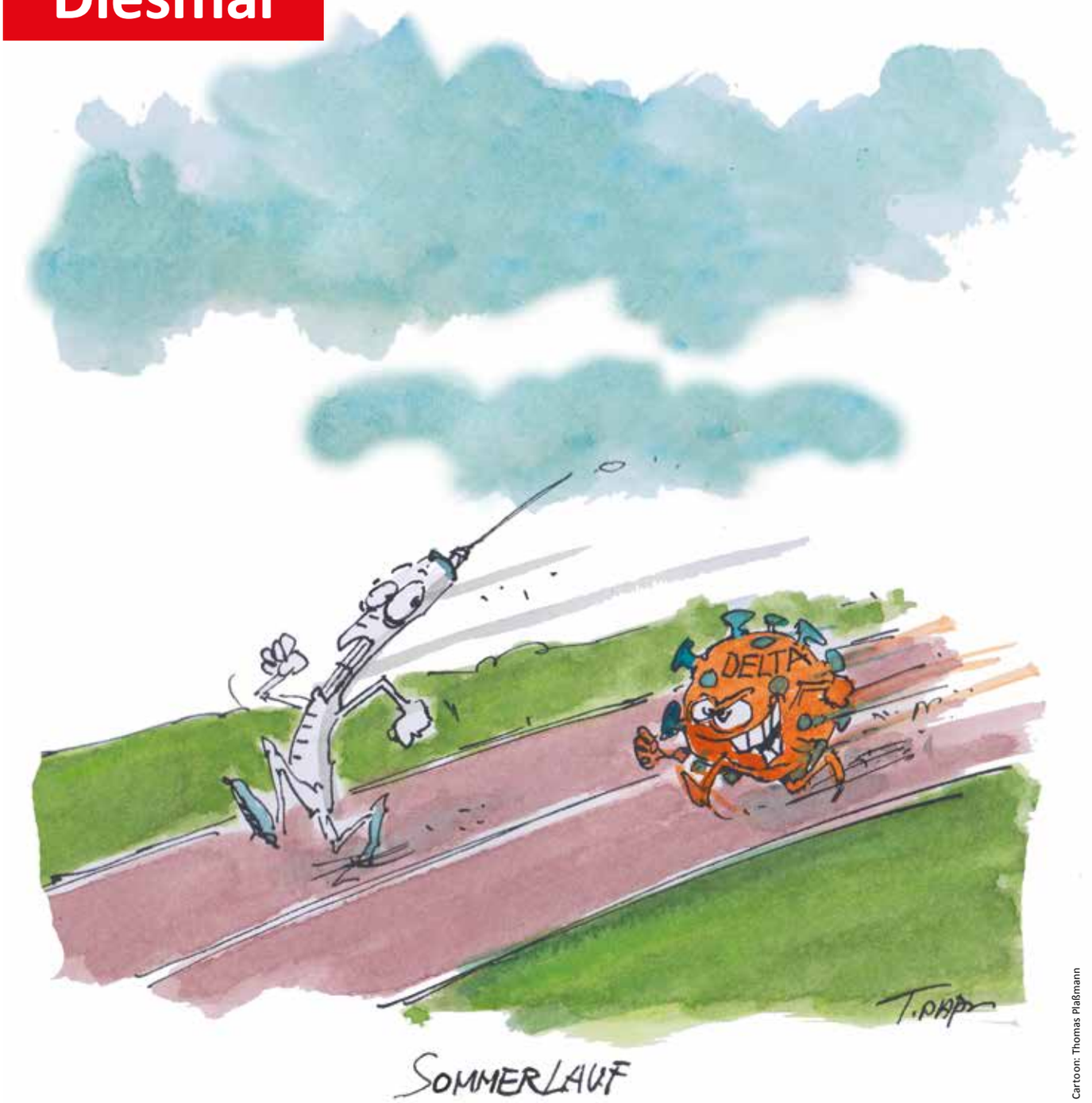
GR-Rhodos, Eliá Boutique Studios
Moderne Studios & Apartments. Ideal für Entdecker und Liebhaber der griechischen Kultur. **Tel.: 0049-170-9896952**
www.elia-studios.com

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

Insel Rügen: Ferienwohnungen in Putbus für 2 bis 4 Personen: ruhig, sonnig, Natur pur; **Tel. 038301 60289**, **www.ferienhaus-sonneninsel-ruegen.de**

www.schulorganisation.com
Dokumentation
Organisation
Rechtssicherheit
✆ 02521 29905-10
FL SCHULORGANISATION Verlage Flöttmann & Langenkämper

Diesmal



Cartoon: Thomas Plaßmann